



Organisation der
Vereinten Nationen für
Bildung, Wissenschaft,
Kultur und Kommunikation

Deutsche
UNESCO-Kommission e.V.

UNESCO heute

MAGAZIN DER DEUTSCHEN UNESCO-KOMMISSION

Nr. 2 | 2011

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG



INHALT

Nachhaltigkeit verstehen

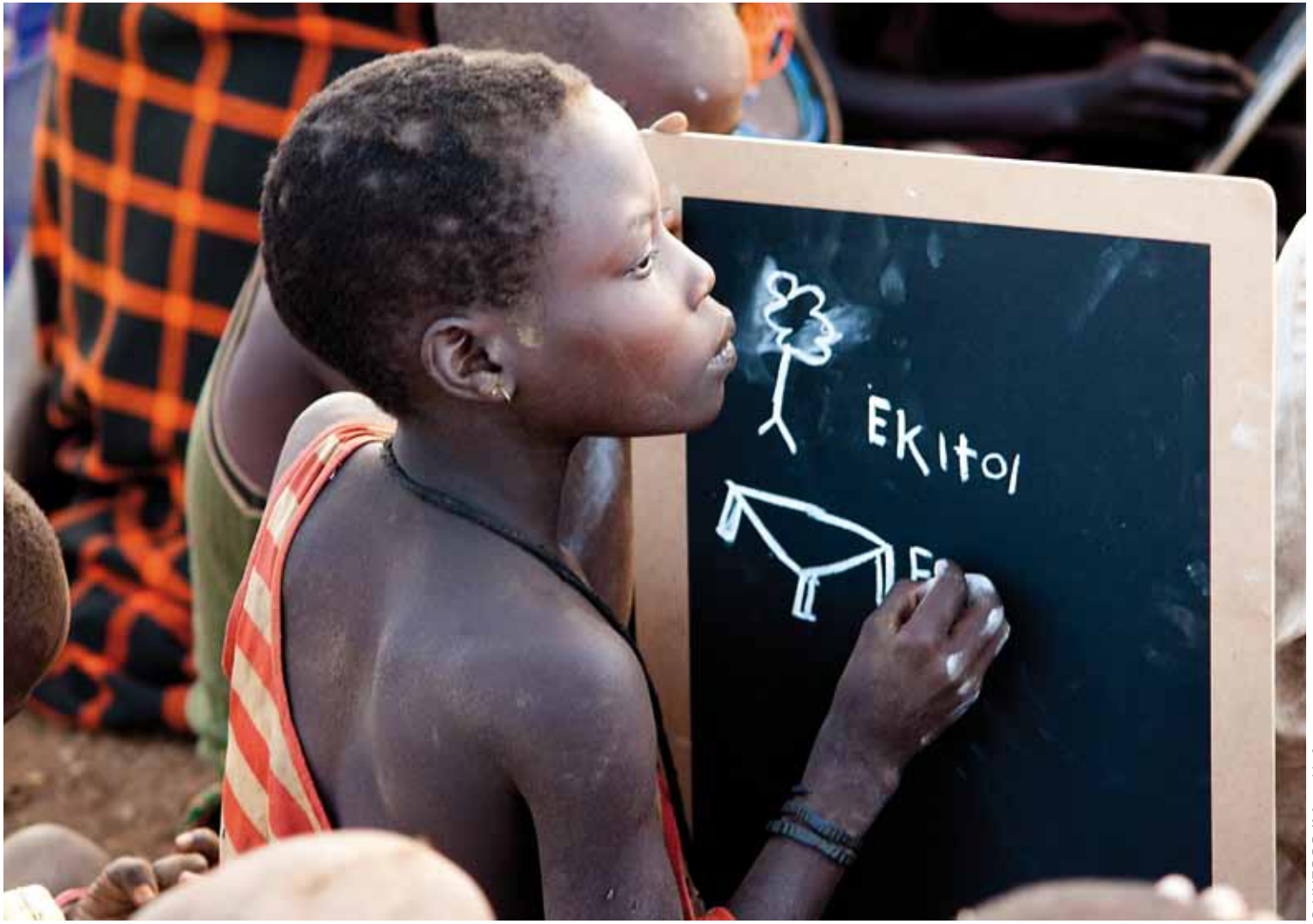
- Keine nachhaltige Entwicklung ohne Menschenrechte
- Warum wir nicht mehr tun

Nachhaltigkeit vermitteln

- Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Nachhaltigkeit in den Medien

Nachhaltigkeit gestalten

- Wohlstand ohne Wachstum
- Green Leapfrogging



© UNESCO/Marc Hofer



© BMU/Brigitte Hiss

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nachhaltige Entwicklung hat sich längst als Leitbild für die humane Gestaltung des Zusammenlebens in unserer international verflochtenen Welt etabliert. Nachhaltige Entwicklung fordert von uns, Entscheidungen als Individuen und als Gesellschaft so zu treffen, dass auch zukünftige Generationen und Menschen in anderen Teilen der Erde möglichst viele Optionen für ihre Lebensgestaltung behalten. Spätestens seit dem „Brundtland-Bericht“ der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987 hat der Begriff „Nachhaltigkeit“ eine beachtliche Karriere gemacht. Dies liegt natürlich nicht zuletzt daran, dass die enormen Risiken einer dauerhaften Verfehlung dieses Leitbildes sich immer deutlicher abzeichnen.

Alle Themenbereiche der UNESCO von Bildung über Wissenschaft zu Kultur und Kommunikation weisen substantielle Bezüge zur nachhaltigen Entwicklung auf. Daher stehen Aktivitäten zur nachhaltigen Entwicklung im Zentrum der Arbeit der Deutschen UNESCO-Kommission. Neben der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, deren deutsche Umsetzung die Deutsche UNESCO-Kommission koordiniert, ist das weltweite Netzwerk von Biosphärenreservaten ebenso zu nennen wie der Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen.

Mit diesem Themenheft „Nachhaltige Entwicklung“ unserer Zeitschrift „UNESCO heute“ möchten wir erfolgreiche Aktivitäten zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung vorstellen. Ebenso wichtig wie die Präsentation der vielfältigen konkreten Umsetzungen erscheint mir aber der Versuch, unser Verständnis von Nachhaltigkeit in seinen

Bezügen zur UNESCO-Programmatik fortzuentwickeln und zu schärfen. Ich freue mich sehr, dass es uns gelungen ist, hierfür zahlreiche namhafte Expertinnen und Experten als Autoren zu gewinnen.

Die Beiträge des Heftes teilen sich in drei Rubriken auf. „Nachhaltigkeit verstehen“ thematisiert grundsätzliche Fragen und aktuelle Herausforderungen in Bezug auf ein zeitgemäßes Verständnis nachhaltiger Entwicklung. „Nachhaltigkeit vermitteln“ stellt sich der Herausforderung, das komplexe Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in den Köpfen der Menschen zu verankern. „Nachhaltigkeit gestalten“ präsentiert eine Vielzahl von konkreten Ansätzen zur zukunftsfähigen Gestaltung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Über das Heft verteilte Informationskästen zeigen Projekte aus allen Programmbereichen der UNESCO.

Der Philosoph Peter Sloterdijk benutzte die Formel, dass wir unser Leben entscheidend ändern müssen, um nicht an einem ökonomischen und ökologischen Selbstauslöschungsprogramm teilzunehmen. Wir haben bereits viel Wissen darüber gesammelt, was wir tun müssten. Jetzt geht es darum, dieses Wissen umzusetzen. Auch deshalb hoffe ich, dass dieses Heft zahlreiche interessierte Leser findet.



Dr. Roland Bernecker
Generalsekretär der Deutschen
UNESCO-Kommission



Dr. Roland Bernecker

© UNESCO/Jakob Studnar



Nachhaltige Entwicklung

Editorial	3
Roland Bernecker	

Nachhaltigkeit verstehen

Nachhaltige Entwicklung – wo stehen wir?	7
Uwe Schneidewind	
Nachhaltigkeit als Satzungsauftrag	11
Interview mit Walter Hirche	
Zauberwort Nachhaltigkeit – warum wir sorgsam damit umgehen sollten	14
Ulrich Grober	
Keine nachhaltige Entwicklung ohne Menschenrechte	17
Hans Jörg Sandkühler	
Klimawandel: eine Frage der internationalen Gerechtigkeit	20
Mojib Latif	
Kulturelle Vielfalt als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung	23
Michael Schönhuth	
Nachhaltigkeit in schrumpfenden und expandierenden Gesellschaften	26
Ole Wintermann	
Was ist oder: Was wäre eine nachhaltige Wissensgesellschaft?	30
Verena Metze-Mangold	



Ein Bund für die Zukunft: Gemeingüter und Nachhaltigkeit.....33
 Silke Helfrich

Die Drachen der Untätigkeit: Warum wir nicht mehr tun36
 Robert Gifford

Nachhaltigkeit vermitteln

Bildung als Grundlage für nachhaltige Entwicklung 41
 Christoph Wulf

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung als Lernkultur 43
 Gerhard de Haan

Schüler pflanzen Bäume in China 47
 Interview mit Wilfried Bergau-Braune

Die Verantwortung der Hochschulen für eine nachhaltige Entwicklung 49
 Gerd Michelsen

„Schauen, was wir selbst tun können“ 52
 Interview mit Ariane Missuweit

Nachhaltigkeit in den Medien 54
 Friedrich Hagedorn

„Künste setzen sich stets mit existentiellen Fragen auseinander“ 57
 Interview mit Max Fuchs



© UNESCO/GMR Akash

Nachhaltigkeit gestalten

Politik zwischen Nachhaltigkeit und schnellen Erfolgen..... 60
 Gesine Schwan

„Geistige statt physische Mobilität ist für die Zukunft wichtig“ 63
 Interview mit Hermann Knoflacher

Nachhaltige Wirtschaft: Wohlstand ohne Wachstum..... 65
 Tim Jackson und Jules Peck

Green Leapfrogging: Aus den Fehlern des Westens lernen 68
 Kartikeya V. Sarabhai

Sumak Kawsay: Das Prinzip des Guten Lebens 71
 Alberto Acosta

Internet als Wegbereiter 74
 Peter Hellmonds

UNESCO-Weltkulturerbe und der Gedanke der Nachhaltigkeit 77
 Eva-Maria Seng

Biosphärenreservate als nachhaltige Modellregionen 81
 Werner Konold

„Immer auf dem Weg, nie am Ziel“ 85
 Interview mit Erich Harsch

Intelligentes Produktdesign für mehr Nachhaltigkeit..... 87
 Michael Braungart und Anna-Margaretha Griefahn

Kann nachhaltiger Konsum die Welt verändern? 90
 Chuanrong Wang

„Wir sind auf dem richtigen Weg“ 93
 Interview mit Rosie Agoi

Impressum 95

© KfW-Bildarchiv/Fotoagentur: photothek.net





Kampala, Hauptstadt von Uganda

Nachhaltigkeit verstehen

Uwe Schneidewind

Nachhaltige Entwicklung – wo stehen wir?

Der Weg zu mehr Nachhaltigkeit ist noch lang, aber letztlich ohne Alternative. Dafür müssen wir auch lernen, neue Strategien zu erproben.

Kurz vor dem 20-jährigen Jubiläum der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 sind die bisher erreichten Ergebnisse ernüchternd. Die Hoffnung, wir könnten die globalen Umwelt- und Entwicklungsherausforderungen über engagierte Umweltziele und durch eine im Wesentlichen technologisch getriebene Effizienzrevolution in den Griff bekommen, scheint gescheitert. Die nachhaltige Transformation moderner Industriegesellschaften ist auf mehr angewiesen als ambitionierte Ziele und eine Reihe von Technologiebausteinen. Das Wissen über und die Erfahrung mit Ansätzen komplexer sozio-technischer Veränderungsprozesse stehen aber erst am Anfang: Das ist ein Fazit von 20 Jahren Nachhaltigkeitspolitik.

Die eigentliche Herausforderung der kommenden Jahre liegt in einer prozeduralen Wendung der Nachhaltigkeitsforschung und -praxis. Sie müssen uns helfen, fundamentale gesellschaftliche Anpassungsprozesse in demokratischen Gesellschaften besser zu verstehen und mitzugestalten. Das „Wie“ wird immer drängender in einer Zeit, in der wir das „Was“ schon umfassend verstanden haben.

Nachhaltigkeit: eine Frage der globalen Gerechtigkeit

Die ganze Schwierigkeit einer nachhaltigen Entwicklung wird deutlich, wenn man sich die enge Vernetzung der vielen Ebenen verdeutlicht, die zu ihrer Umsetzung zusammenspielen müssen: Letztlich handelt es sich bei nachhaltiger Entwicklung um ein globales Gerechtigkeitsproblem. Es gilt, die global begrenzten Ressourcen und Umweltkapazitäten

unserer Welt so zu verteilen, dass weltweit sowohl heutigen als auch künftigen Generationen ein menschenwürdiges Leben möglich wird.

Wie schwer dies auf einer internationalen Ebene umzusetzen ist, hat die Kopenhagener Klimakonferenz im Dezember 2009 plastisch gezeigt: Wie bringen wir Interessen von Ländern wie den USA und Indien zusammen? In den USA kommen die Menschen pro Kopf auf einen jährlichen Ausstoß von 20 Tonnen Kohlenstoffdioxid, in Indien ist es dagegen eine Tonne pro Person. Die amerikanische Gesellschaft will auch in Zukunft nicht auf das erreichte Wohlstandsniveau verzichten. Und die indische Bevölkerung sieht ihre eigentliche ökonomische Expansion noch vor sich, auch, um allen

Die Klima- und Nachhaltigkeits-herausforderung als Viel-Ebenen-Problem



Global:

Internationale Klimaschutzabkommen, Globaler CO₂-Handel, Technologietransfer, „Carbon Bank“, ...



Europäisch:

Europäische Reduktionsziele, EU-Emissionshandel, Energieeffizienzrichtlinien, ...



National:

Nationale Energiesteuern, Förderprogramme für regenerative Energien (EEG), ...



Landesebene:

Förderprogramm auf Landesebene, spezifische Ausgestaltung nationaler Vorgaben, ...



Kommunal:

Lokale Energie- und Verkehrskonzepte, Bauplanung, Kommunale Förderprogramme



materiellen Wohlstand wenigstens auf der Ebene des Existenzminimums zu ermöglichen.

Die internationalen Verhandlungen in Kopenhagen haben gezeigt, dass die verschiedenen Länder die nötigen globalen Umweltziele anerkennen. Dabei geht es darum, die Erderwärmung auf maximal zwei Grad über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Der Weg zu einem international verbindlichen Klimaabkommen ist jedoch noch weit. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir mittelfristig den jährlichen Verbrauch auf zwei Tonnen Kohlenstoffdioxid pro Kopf bringen. Konsequente Folge ist ein erhebliches Transformations- und Investitionsprogramm insbesondere für die entwickelte Welt. Es zeichnet sich

ab, dass wir dies durch technologische Maßnahmen alleine nicht erreichen. Wir müssen diese durch alternative Wohlstands- und Zivilisationsmodelle flankieren.

Interessenskonflikte und Widerstände schwer zu überwinden

Die aktuellen Diskussionen auf europäischer und nationaler Ebene zeigen, wie schwer es ist, solche Vorgaben politisch umzusetzen. So gab es in Deutschland heftige Debatten über Strompreis-Erhöhungen, die eine Folge der Einspeisung erneuerbarer Energien waren. Vehemente Reaktionen gab es auch, als die Bundesregierung eine ursprünglich geplante Sanierung des gesamten Altgebäudebe-



© BMU/Bernd Müller

standes bis zum Jahr 2050 in ihrem Energiekonzept vorstellte. Dies alles war ein Vorgeschmack auf die Interessensgegensätze und Widerstände, die es gegen die nationale Umsetzung der globalen Klimavorgaben geben wird. Es wird immer deutlicher, dass klassische Politikmuster alleine kaum ausreichen, um den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung näher zu kommen. Der übliche Weg wären verbindliche globale Vorgaben, die die Politik auf europäischer und nationaler Ebene umsetzt. Unternehmen, Konsumenten und Gesellschaft erhielten so Leitplanken für ein umweltgerechtes Handeln.

Globale Nachhaltigkeitspolitik wird so alleine nicht funktionieren. Zwar ist es wichtig, dass auch die Akteure auf globaler Ebene weiter nach Lösungen für ein

verbindliches Klimaabkommen suchen. Dieses Top-Down-Prinzip wird sich jedoch viel länger hinziehen als es angesichts der drängenden Probleme möglich ist. Ein gut koordiniertes Bottom-Up-Vorgehen muss es daher ergänzen:

Kommunen, Unternehmen, aber auch Konsumenten-Netzwerke sind heute wichtige Treiber für einen nachhaltigen Wandel. Sie verfügen oft über mehr Innovationskraft und Beweglichkeit als staatliche Akteure. Mit erfolgreichen Nischenstrategien zeigen sie, welche Handlungsmöglichkeiten Gesellschaft und Wirtschaft haben, um eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Das macht es der Politik leichter, über geeignete Rahmenbedingungen zu entscheiden.

Modell für Veränderungen: der Transition-Zyklus

Um die Vielfalt der Experimente so zu bündeln, dass relevante Effekte für eine umfassende nachhaltige Entwicklung entstehen, bedarf es guter Koordination und eines klaren konzeptionellen Rahmens. Ein solcher Rahmen ist in den letzten Jahren in der Transition-Forschung in den Niederlanden entstanden. Einen guten Überblick über das Feld bieten vor allem die Arbeiten von John Grin und Derk Loorbach. Der Ansatz hat den Anspruch, besser zu verstehen, wie sich komplexe soziale Veränderungsprozesse im Nachhaltigkeitskontext gestalten. Dabei hat er eine hohe Bedeutung, weil er einerseits theoretisch fundiert ist und auf der komplexen Systemtheorie aufbaut. Andererseits hat er aber ein Begriffs- und Kategoriensystem geschaffen, das Nachhaltigkeitsakteure in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft gut verstehen.

Das System unterscheidet zwischen den verschiedenen Ebenen, die bei der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung zusammenspielen. Kern des Ansatzes ist die Idee des Transition-Zyklus. Um Veränderungen zu nachhaltiger Entwicklung anzustoßen, ist ein Kreislauf aus verschiedenen Faktoren, der Transition-Zyklus, wichtig. Der Kreislauf beginnt mit einer Problemanalyse, die meistens umfassend vorliegt. Dann folgt das Entwickeln einer gemeinsamen Vision. Dies ist auf regionaler Ebene oft sehr viel leichter möglich als auf nationaler oder gar internationaler Ebene. Vielfältige Experimente setzen zum Schluss die Vision um. Das können technische, aber auch institutionelle Tests sein. Auf die erfolgreichen Experimente müssen dann Lernprozesse und die Verbreitung von erfolgreichen Nischenstrategien folgen. Die Ausweitung von Regionen, die ihren Energiebedarf zu 100 Prozent mit erneuerbaren Energien decken oder die Transition-Town-Bewegung, in der Menschen für einen nachhaltigeren Lebensstil in Städten eintreten, sind Beispiele für so eine Verbreitung. Je dynamischer sich solche Prozesse entwickeln, desto leichter kann die Politik auf Landes- oder Bundesebene diese Ansätze durch geeignete Maßnahmen gesetzlich flankieren.

Dabei können politische Strategien selber Teil der Experimente und Lernzyklen sein. In diesem Sinne gilt es zum Beispiel den Föderalismus in Deutschland als Chance zu nutzen. Die 16 Bundesländer sollten durchaus unterschiedliche Politikmuster ausprobieren, um Klima- und Nachhaltigkeitsstrategien durchzusetzen. Auf diese Weise können sie erfolgreiche Politikstrategien identifizieren, die andere Bundesländer oder die Bundesebene übernehmen können. In der Sozialpolitik

finden wir hier in den letzten Jahren gute Beispiele. Das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein Beleg dafür, wie ein nationales Gesetz zum internationalen Politikschlager wird. Solche politischen und institutionellen Innovationen sind in vielen Fällen wichtiger als technologische Verbesserungen. Sie sind der Motor, der hinter den technologischen Innovationen liegt.

Bildung als Schlüsselfaktor

Der Transition-Zyklus macht auch deutlich, warum dem Thema Bildung eine so hohe Bedeutung zukommt, wenn es darum geht, eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Lernen für eine nachhaltige Entwicklung ist weit mehr als Problemlernen und der Erwerb von Systemwissen. Hier haben wir in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte gemacht. Die Vermittlung von globalen Umwelt- und Klimazusammenhängen ist fester

Bestandteil der Curricula in unseren Bildungssystemen. Mindestens genauso bedeutend ist es aber, Zielwissen und Transformationswissen zu erwerben, um die Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung zu bewältigen. Zielwissen beantwortet folgende Frage: Wie entwickle ich in meinem Handlungsumfeld eine gemeinsame Vision, die mich und andere zu konkretem nachhaltigen Handeln motiviert? Transformationswissen befasst sich mit der Frage: Was sind konkrete Wege, um die Vision umzusetzen? Genau hier setzen die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen und die Idee einer aufgeklärten Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) an.

Ein großer Erfolg auf diesem Gebiet sind nachhaltige Schülerfirmen. Bei den Schülerfirmen stehen das Ziel- und insbesondere das Transformationswissen im Vordergrund. Die Schüler erproben spielerisch unternehmerisches Handeln. Sie erfahren Möglichkeiten, ihr Umfeld mitzugestalten. Das kann sie inspirieren, in anderen Kontexten die Initiative zu ergreifen. Vorreiterschulen setzen die Bildung für nachhaltige Entwicklung als umfassendes Schulentwicklungskonzept ein. BNE schafft dort eine neue Identifikation für das Lehrerkollegium, die Schüler und die Eltern, verbindet fachübergreifenden Unterricht mit konkretem Engagement – oft bezogen auf spezifische Umwelt- und Nachhaltigkeitsinitiativen in der Schule. Solche Umfelder wecken den gestalterischen Elan, den wir brauchen, um die Transformationsgeschwindigkeit in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung zu erhöhen. Wichtig ist, ihn nicht nur in Schulen, sondern in allen Bereichen des Lebens zu entfalten.

Prof. Dr. Uwe Schneidewind ist seit 2010 Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie und Professor für Innovationsmanagement und Nachhaltigkeit an der Bergischen Universität Wuppertal.

Der Transition-Zyklus

(In Anlehnung an Rotmans/Loorbach)



Nachhaltigkeit als Satzungsauftrag

Walter Hirche, Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission, über die Bedeutung von Nachhaltigkeit bei der UNESCO und der Deutschen UNESCO-Kommission.

Welche Rolle spielt Nachhaltigkeit in der internationalen Arbeit der UNESCO?

Zentrale Werte, für die sich die UNESCO einsetzt, sind gemäß ihrer Verfassung Frieden und internationale Sicherheit. Die Autoren der UNESCO-Verfassung konnten im Jahr 1945 das Problem der Begrenztheit von Ressourcen zwar nicht voraussehen und damit auch nicht explizit in die Verfassung aufnehmen, jedoch ist das Zusammenleben von Menschen auf einem Planeten mit endlichen Ressourcen auch eine Frage von Frieden und Sicherheit. Insofern lässt sich Nachhaltigkeit – eine ökologisch, ökonomisch und sozial zukunftsfähige Entwicklung –

als ein besonderer Aspekt des Verfassungsauftrags der UNESCO sehen.

Bereits in den fünfziger Jahren initiierte die UNESCO Wissenschaftsprogramme zu Fragen natürlicher Ressourcen. „Nachhaltigkeit“ in der von der Brundtland-Kommission definierten Form ist seit der Rio-Konferenz 1992 ein Thema in praktisch allen UNESCO-Programmbereichen. Auf dem Weltgipfel in Johannesburg 2002 rief die Staatengemeinschaft die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005-2014) aus, die von der UNESCO koordiniert wird. Neben der Bildung hat die UNESCO in den letzten Jahren auch die Förderung der kulturellen Vielfalt stärker



© DUK

Walter Hirche



© Mike Krueger

Auszeichnung von Offiziellen Projekten der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

explizit in den Kontext der Bemühungen um eine zukunftsfähige Entwicklung der Weltgemeinschaft gestellt. Inzwischen steht auch die UNESCO-Arbeit zur Förderung moderner Wissensgesellschaften unter dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung.

Was hat die UNESCO in den letzten Jahren erreicht? Welche direkten Auswirkungen gab es?

Um eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen, müssen wir unsere Art zu leben ändern und dafür möglichst viele unterschiedliche Lösungsansätze mobilisieren. Kulturelle Vielfalt – auch im Sinne einer Vielfalt der Weltzugänge und Lebensstile – ist dabei ein Reservoir von möglichen Lösungen für die Probleme unserer Zeit. Die UNESCO-Konvention zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen von 2005 schreibt die essentielle Rolle von Kultur für nachhaltige Entwicklung erstmals völkerrechtlich fest. Im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ hat die UNESCO weltweit seit 2005 unzählige Projekte als Modelle für eine zukunftsorientierte Bildung sichtbar gemacht. In den Abstimmungen mit anderen internationalen Organisationen und Regierungen hat sie sich dafür eingesetzt, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung als Merkmal qualitativ hochwertiger Bildung verstanden werden muss.

Als eine Art globale Denk-Werkstatt und politischer Kompass setzt die UNESCO im Wesentlichen darauf, Ideen zu entwickeln, sie in Modellprojekten zu erproben und darauf hinzuarbeiten, dass sie in Politik und Gesellschaft ausstrahlen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die UNESCO keine Entwicklungshilfeorganisation ist, die mit einem großen Budget Aktivitäten fördert. Das jährliche UNESCO-Budget entspricht dem einer mittelgroßen deutschen Universität. Die UNESCO-Biosphärenreservate sind ein gutes Beispiel ihrer dennoch hohen Wirkungskraft. Sie sind Vorreiter für die Naturschutzdebatte weltweit, die neue Formen der ökologischen Landnutzung und eine angemessene Bewirtschaftung der Wasserressourcen einschließt.

In welchen Programmbereichen ist nachhaltiges Denken und Handeln besonders wichtig?

Als Leitbild für eine zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklung ist Nachhaltigkeit natürlich für alle vier UNESCO-Programmbereiche Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation relevant. Dabei gibt es Aktivitäten mit besonders direkten Bezügen. Bildung für nachhaltige Entwicklung vermittelt die Werte, Kompetenzen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die für die zukunftsfähige Gestaltung unseres Zusammenlebens erforderlich sind. Das UNESCO-Weltnetz von über 550 Biosphärenreservaten zeigt, wie Nachhaltigkeit gelebt werden kann: Biosphärenreservate schützen die biologische Vielfalt, fördern naturverträglichen Tourismus und betreiben ökologische Landwirtschaft. Die nachhaltige Bewirtschaftung der Wasserressourcen, mit der sich die UNESCO ebenfalls befasst, ist ohne Zweifel eine der großen internationalen Herausforderungen der Zukunft. Auch der Erhalt des kulturellen Erbes, die Bewahrung und Förderung der kulturellen Vielfalt und des Dialogs zwischen den Kulturen sowie kulturelle Bildung sind wesentlich für eine nachhaltige Entwicklung. Im Klimawandel engagiert sich die UNESCO ebenfalls mit einer eigenen Strategie.

Welche Länder oder Weltregionen sind besonders aktiv? Gibt es Best-Practice-Beispiele?

Eine einfache Antwort hierauf ist nicht möglich. Denn überall werden die Schwerpunkte bei der nachhaltigen Entwicklung mit gutem Recht anders gesetzt – das ist eine der Stärken und eine der Herausforderungen für eine global agierende Organisation wie die UNESCO. Bei uns stehen oft Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit und da besonders die Senkung von Treibhausgasemissionen im Vordergrund, aber auch Fragen der Demographie, des Flächenverbrauchs oder des Staatshaushalts stehen in Deutschland oben auf der Agenda. In anderen Ländern ist womöglich die Schaffung verlässlicher demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen viel wichtiger. Im



© Umweltbildungszentrum Licherode

Kinder mit selbstgebautem Solarkocher im Umweltbildungszentrum Licherode, einem Offiziellen Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.



Nahen Osten und Nordafrika ist die Wasserversorgung ein entscheidendes Problem, in vielen Ländern der Tropen die Verschlechterung der Bodenqualität und die Ausbreitung der Wüsten. Einen geeigneten global einheitlichen Indikatortyp zu finden, dürfte unmöglich sein – aber Beispiele guter Praxis gibt es natürlich viele. Das Bolsa-Familia-Programm in Brasilien oder verschiedene Mikrofinanzinstitutionen in Bangladesch sind genauso innovativ für soziale Nachhaltigkeit wie es etwa die Anstrengungen im Naturschutz in Costa Rica für ökologische Nachhaltigkeit sind.

Wie ist die Lage in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern?

Nur einige Stichworte zur ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit: Deutschland hat mit dem Einspeisegesetz für Erneuerbare Energien ein global beachtetes Instrument geschaffen und hat sich im weltweiten Vergleich sehr ehrgeizige Ziele bei der Emissionsreduktion gesetzt. Deutschland hat schon vor einiger Zeit

den Energieverbrauch vom Wirtschaftswachstum entkoppelt. Das ist ohne Zweifel eine große Errungenschaft. Entscheidend sind aber nicht Vorsätze und intelligente Instrumente, sondern Ergebnisse. Auch hier gibt es Erfolge: Wir haben die Emissionen zuletzt deutlich schneller gesenkt als geplant, allerdings auch als Folge der Wirtschaftskrise. Zugleich bleibt sehr viel zu tun, von der Verminderung des Flächenverbrauchs (immer noch 1 Quadratkilometer pro Tag), zur Renovierung des Gebäudebestandes bis zur Entwicklung neuer Antriebstechnologien.

Was tut die Deutsche UNESCO-Kommission konkret?

Dies möchte ich am Beispiel der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ erläutern. Die Umsetzung der UN-Dekade in Deutschland wird von der Deutschen UNESCO-Kommission auf Grundlage eines einstimmigen Beschlusses des Deutschen Bundestages koordiniert. Wir haben dafür ein Natio-

nalkomitee berufen. Einmal im Jahr kommen auf Einladung des Nationalkomitees rund 130 Vertreter wichtiger Initiativen der Bildung für nachhaltige Entwicklung zum Runden Tisch zusammen. Außerdem werden innerhalb der Dekade Projekte und Kommunen der Weltdekade für herausragendes Engagement im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet. Bisher gibt es 1.200 offizielle Projekte und elf Dekade-Kommunen, die vorbildlich nachhaltiges Denken und Handeln vermitteln. Dem Ziel, Bildung für nachhaltige Entwicklung in Lehrpläne zu integrieren und im Bildungssystem zu verankern, kommen Bund, Länder und Organisationen mit dem Nationalen Aktionsplan nach, in dem sie sich zu konkreten Maßnahmen verpflichten. Viele Bundesländer haben mittlerweile auch einen eigenen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Dekade.



Ulrich Grober

Zauberwort Nachhaltigkeit – warum wir sorgsam damit umgehen sollten

Alles soll heute möglichst „nachhaltig“ sein – von der Diät über das Projekt bis zur Lebensplanung. Der inflationäre Gebrauch verwässert die eigentliche Idee, ökologische, soziale und ökonomische Fragen sinnvoll zu verbinden.

Alle reden von Nachhaltigkeit. Sustainability, desarrollo sostenible, chi xu fa... Wer den Suchbegriff bei Google eingibt, und sei es nur in einer Handvoll Sprachen, kommt schnell auf sagenhafte 100 Millionen Einträge. Es gibt nicht viel, was die Menschen momentan stärker beschäftigt. Kein Zweifel, Nachhaltigkeit ist dabei, weltweit zum Schlüsselbegriff aufzusteigen. Unweigerlich gerät er dabei mitten in den Fokus von Reklamesprache und politischer Propaganda. Weit verbreitet ist die Klage über die inflationäre Verwendung des Begriffs. „Nachhaltige Befreiung der Kopfhaut von Schuppen“, „die nachhaltigste Autobahn aller Zeiten“, „nachhaltiges Wachstum“ – nichts ist unmöglich. Was tun? Angesichts der aktuellen Verwässerung des Begriffs empfehle ich die Rückbesinnung auf seinen Kern. Tauchen wir also für einen Moment in die Strukturen des Begriffs und seine Geschichte ein.

Die Ursprünge der Nachhaltigkeit

Mein Favorit im Dickicht der Definitionen ist schon 200 Jahre alt. Er findet sich in Joachim Heinrich Campes „Deutschem Wörterbuch“ von 1809: „Nachhalt ist das, woran man sich hält, wenn alles andere nicht mehr hält.“ Nur ein kurzer Satz. Er nimmt einen bereits etablierten fachsprachlichen Ausdruck auf. 1713 hatte der kursächsische Bergbauexperte Carlowitz angesichts der rapiden Entwaldung eine nachhaltige Nutzung der Wälder gefordert. Im Lexikoneintrag erscheint Nachhaltigkeit als Gegenbegriff zu Kollaps. Eine frappierende Entdeckung: Dasselbe Denkbild liegt dem Neustart des Begriffs im späten 20. Jahrhundert zugrunde. Am Anfang stand hier der Bericht an den Club of Rome von 1972. Seine Autoren suchten nach einem Modell für ein Weltsystem, das nachhaltig (sustainable) ist. Und das heißt: Gegen einen Kollaps gefeit und fähig, die Grundansprüche der Menschen zu befriedigen.

Ob im Wörterbuch von 1809 oder im Bericht von 1972 – der Begriff richtet den Fokus auf das, was tragfähig ist. Er bündelt die Lösungen, die dauerhaft unsere Lebensgrundlagen bewahren und damit die Optionen für eine lebenswerte Zukunft offen halten. Das ist die erste große Konstante des Nachhaltigkeitsdenkens seit seinen Anfängen. Angesichts der heutigen multiplen Krise von der Kernschmelze des Finanzsystems bis zum Kollaps des Klimas ist sie brandaktuell. Der Begriff erhält seine Berechtigung aus dem elementaren Wunsch nach einem tragfähigen Netz des Lebens, im Grundbedürfnis nach Sicherheit und Geborgenheit.

Vorsorge für künftige Generationen und die natürliche Mitwelt

Die zweite Konstante dieses Denkens knüpft nahtlos daran an: Nachhaltigkeit ist zuerst eine Strategie der Reduktion. Der Kollaps von Gesellschaften ist stets eine Folge der Übernutzung der verfügbaren Ressourcen. Zu allen Zeiten ging und geht es darum, den Raubbau zu stoppen und unsere Ökonomie wieder in die Haushaltung der Natur (Linné) einzubetten. Früher in lokalen und regionalen Zusammenhängen, heute global. Noch Goethe begriff Ökonomie als Teilnahme an den produktiven Kräften der Natur. Wir bewahren die Ressource Holz, sagten die Forstleute seiner Zeit, indem wir die wahren Kräfte der Forste zum Maßstab ihrer Nutzung machen. Das heißt, die Nutzung der Ressource an ihre Regeneration und nicht an die unsichtbare Hand des Marktes, also den jeweiligen Holzpreis, zu koppeln. „Die Holzabgabe aus den Wäldern auf Nachhaltigkeit berechnen“, so 1804 der preußische Forstmann Georg Ludwig Hartig, heißt sie „so zu benutzen suchen, dass die Nachkommenschaft wenigstens ebenso viel Vorteil daraus ziehen kann, als sich die jetzige Generation zueignet.“ Die Anklänge an die Formel der Brundlandt-Kommission der Vereinten Natio-

nen von 1987 sind unüberhörbar. Die alte Faustregel für den Umgang mit einer einzigen Ressource erweiterten die Vereinten Nationen zum modernen Leitbild für eine umfassende Entwicklung. Damals wie heute wird ein ethisches Prinzip zum Maßstab gemacht: Den Umfang der eigenen Selbstsorge reduzieren zugunsten der Vorsorge für künftige Generationen und die natürliche Mitwelt.

Wir überschreiten unsere Grenzen

Und jetzt? In meinem Terminkalender 2010 ist der 21. August dick angestrichen. An diesem Tag war der Vorrat an Naturressourcen verbraucht, die der Planet im ganzen Jahr erzeugt. An diesem Datum war die Menge an Müll deponiert und an Emissionen in die Luft geblasen, die die Ökosysteme in diesem Jahr absorbieren können. Umweltforscher nennen das den Earth Overshoot Day. An diesem Tag überschreitet nach ihren Berechnungen unser Konsum die Tragfähigkeit der Erde. Seit 1986 verletzen wir diese unsichtbare, aber sensible Grenze jedes Jahr erneut und jedes Jahr ein paar Tage früher. Dieser viel zu große ökologische Fußabdruck muss heute Ausgangspunkt jeder Form von nachhaltigem Denken und Handeln sein. Er zwingt uns zur Rückbesinnung auf die Essenz des Begriffs: Wir bewahren den Planeten, indem wir seine Ökosysteme weniger, pfleglicher und anders nutzen. Und nachhaltiges Wachstum? Ein Widerspruch in sich! Das vielbeschworene Dreieck der Nachhaltigkeit aus Ökologie, Ökonomie und sozialem Zusammenhalt erfordert den Bruch mit dem Wachstumsfetischismus und den Übergang zu einer naturverträglichen moral economy.

Suche nach dem guten Leben

Doch Nachhaltigkeit hatte von den Urtexten bis heute noch eine weitere Konstante: Die Suche nach dem guten Leben, das für alle zugänglich ist. Dieses Stre-



ben hat nun sehr wohl mit Wachstum, Aufstieg und Fülle zu tun. Doch das ist ein qualitativ anderer Prozess als die Steigerung des Bruttosozialprodukts. Da geht es um persönliche Entfaltung eines jeden Individuums und seinen Aufstieg zur jeweils höheren Stufe auf der Pyramide der Bedürfnisse. Da geht es um das Erlebnis von Vielfalt und Buntheit in der Natur, in den zwischenmenschlichen Beziehungen und den Kulturen der Welt, um die Möglichkeit, nach der Befriedigung der materiellen Grundbedürfnisse die immateriellen Bedürfnisse in den Mittelpunkt zu rücken, mit einem Wort: um Lebensqualität. Da sind nun keinerlei Grenzen des Wachstums gezogen. In diesen Spielraum lockt uns die Verheißung des guten Lebens für alle.

Nein, der Begriff Nachhaltigkeit ist nicht verbraucht. Im Gegenteil. Wir haben seine Tragweite noch gar nicht richtig verstanden. Wir ahnen erst, auf was wir uns mit dem Rio-Bekenntnis zur nachhaltigen Entwicklung eingelassen haben. Das ist ein Umkrempeln bis tief hinein in das Wesen unserer Industrie-Konsum-Zivilisation. Eine Revolution im wahrsten Sinne des Wortes. Der Begriff zielt auf das große Ganze dieser Transformation. Er enthält alles, worauf es ankommt. Es war der britische Thronfolger Charles, der vor einigen Jahren die Frage aufwarf, „ob nicht tief in unserem menschlichen Geist die Fähigkeit schlummere, nachhaltig im Einklang mit der Natur zu leben.“ So gesehen ist Nachhaltigkeit ein geistiges Weltkulturerbe.

Ulrich Grober ist Publizist und Journalist. Er veröffentlichte 2010 das Buch „Die Entdeckung der Nachhaltigkeit“ im Antje Kunstmann Verlag.



Hans Jörg Sandkühler

Keine nachhaltige Entwicklung ohne Menschenrechte

Nachhaltige Entwicklung ist als Ziel in zentralen internationalen Deklarationen und Konventionen verankert. Umstritten ist dagegen, wie die Weltgemeinschaft dieses Ziel erreichen kann. Die Menschenrechte geben den verbindlichen normativen Rahmen vor.

In der Rio-Deklaration über Umwelt und Entwicklung von 1992 fordern die Vereinten Nationen die Bekämpfung der Armut, eine angemessene Bevölkerungspolitik, den Abbau nicht nachhaltiger Konsum- und Produktionsweisen und die umfassende Einbeziehung der Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse. Dahinter stehen zwei zentrale Einsichten: Erstens haben alle Menschen ein Recht auf ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit der Natur, zweitens darf die heutige Entwicklung die Entwicklungs- und Umweltbedürfnisse sowohl der gegenwärtigen als auch der zukünftigen Generationen nicht untergraben. Adressaten dieser Forderung sind Staaten, Gesellschaften, Gruppen und wir alle als Individuen. Umstritten ist, was Entwicklung bedeutet, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne die Lebenschancen künftiger Generationen zu gefährden. Dies kann nicht überraschen, denn das Verständnis davon, welche Bedürfnisse legitim sind, hängt ab von Kulturen, Religionen, Weltanschauungen, Wertpräferenzen und politischen Systemen. Deshalb konkurrieren Lösungsvorschläge zu Problemen, die sich nicht nur im „Wie“, sondern auch im „Was“ nachhaltiger Entwicklung unterscheiden.

Nachhaltigkeit und die Verrechtlichung moralischer Vorstellungen

Die Idee der Nachhaltigkeit verbindet sich mit kultur-kontextuellen moralischen Vorstellungen eines „guten Lebens“. Die eine wahre Vorstellung vom



©KfW-Bildarchiv/Fotoagentur: photothek.net

„guten Leben“ gibt es nicht. Private Wert-einstellungen, Moralen und Ethiken sind weder dazu legitimiert, alle Menschen auf ihre Perspektive zur Lösung globaler Probleme zu verpflichten, noch dürfen sie durch Oktroi universalisiert werden. Daher hat das Konzept der nachhaltigen Entwicklung einen Kontext, der viel zu selten thematisiert wird: die Rechte der heutigen und zukünftigen Generationen. Im Recht hindern wir uns selbst daran zu diktieren, was die heutigen und zukünftigen Bedürfnisse aller zu sein haben. Zwar wird darüber gestritten, was Recht sein *soll* und welche Rechte Menschen sich einzuräumen bereit sind, doch was Recht *ist*, ist im nationalen und internationalen positiven Recht definiert. Und weil unter dem Titel „Recht“ Unrecht mit aktuellen und zukünftigen Folgen möglich ist, fragen wir nach Kriterien „richtigen“ Rechts. Richtiges Recht ist das Recht, das am Maßstab der interpersonellen und intergenerationellen Achtung der Menschenwürde gemessen ist. Das Recht, das über nationale und kulturelle Grenzen hinweg den weitest gehenden Konsens auf sich vereinigt, ist das Menschenrechte-Recht.

Menschenwürde und Menschenrechte als Voraussetzungen nachhaltiger Entwicklung

Die Welt entwickelt sich nicht von alleine zu einem lebenswerten Ort. Menschen müssen diese Entwicklung anstoßen und gestalten – in der Perspektive einer menschenwürdigen Welt. Damit ist der Kontext des Rechts auf nachhaltige Entwicklung in der Hierarchie der Rechtsnormen benannt. Der Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ entfaltet als Rechtssatz seine Personen, Gruppen, Gesellschaften und Staaten zwingend verpflichtende Wirkung. Er ist die Grundlage von Ansprüchen, auf die Menschen ein Recht haben und deren Schutz interindividuell und kollektiv, politisch, sozial und kulturell als *un-bedingt* garantiert werden muss. Vor diesem Horizont ist zu verstehen, dass und warum die Forderungen nach Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit und menschenwürdiger Zukunft aller Menschen auf nachhaltig gesicherte weltbürgerrechtliche Lebensverhältnisse



© KfW-Bildarchiv/Fotograf: Joachim E. Roettgers

zielen. Der Kosmopolitismus des Rechts findet in den im Internationalen Recht positivierten wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Menschenrechten seinen Ausdruck. Werden diese Menschenrechte nicht in ihrer Gesamtheit verwirklicht, bleibt nachhaltige Entwicklung eine Illusion. Nachhaltigkeit ist ein Entwicklungsmaßstab, der an den Menschenrechten zu messen ist, und die Menschenrechte müssen – dies ist das mit Nachhaltigkeit verbundene geschichtlich Neue – (i) unter Berücksichtigung der Begrenztheit natürlicher Ressourcen, also der vom Naturhaushalt gesetzten Grenzen, und (ii) im generationenübergreifenden Bezugsrahmen der Rechte zukünftiger Generationen verwirklicht werden. Nachhaltigkeit ist eine Mindestanforderung der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Das erste Bedürfnis, von dem in der Perspektive nachhaltiger Entwicklung gesprochen werden sollte, ist das Bedürfnis nach menschenrechtlichem Schutz der Menschenwürde. Hieraus ergibt sich das heute international anerkannte Men-

schenrecht auf nachhaltige Entwicklung; hieraus ergibt sich auch, dass die Rahmenbedingungen des politischen und gesellschaftlichen Handelns für nachhaltige Entwicklung einer weiteren internationalen und nationalen Verrechtlichung bedürfen.

Rechte wie etwa das Recht auf sauberes Wasser können bereits aus UN-Pakten wie dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 abgeleitet werden. Neu ist, dass in der Perspektive nachhaltiger Entwicklung – wie in der als Entwicklungsauftrag zu verstehenden *Agenda 21* – das unter Ressourcengesichtspunkten Zumutbare und Machbare in Übereinstimmung gebracht werden soll und die Aufmerksamkeit des politischen Handelns konkreter auf Fragen wie die gelenkt wird, über wie viel Wasser wir wo verfügen, unter welchen Bedingungen es verfügbar bleibt, für wen es zugänglich und wer davon bislang ausgeschlossen ist. Neu ist auch, in welchem Maße die Politik bei der Konkretisierung der Men-



© UNESCO/Lucia Iglesias



schenrechte in der Perspektive nachhaltiger Entwicklung auf natur- und sozialwissenschaftliche Expertise angewiesen ist.

Nachhaltigkeit und Menschenrechte der dritten Generation

Seit der Resolution 41/128 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 4. Dezember 1986 ist das – vor allem von Staaten der so genannten Dritten Welt eingeklagte – Recht auf Entwicklung und Selbstbestimmung anerkannt. Die Resolution geht davon aus, „dass Entwicklung ein umfassender wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Prozess ist, der die ständige Steigerung des Wohls der gesamten Bevölkerung und aller Einzelpersonen auf der Grundlage ihrer aktiven, freien und sinnvollen Teilhabe am Entwicklungsprozess und an der gerechten Verteilung der daraus erwachsenden Vorteile zum Ziel hat“. In Teil I, Art. 1 heißt es: „Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft

dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.“ Dies ist nach dem Zeitalter des Kolonialismus ein Fortschritt. Er hat allerdings seinen Preis. Die Kosten bestehen in der seitdem anscheinend unaufhaltsamen, auch in der UNESCO offensichtlichen Tendenz, (i) die Individualrechte zugunsten von Kollektivrechten zu schwächen, damit (ii) die negativen Freiheitsrechte, die Abwehrrechte der Individuen gegen Staaten, und die sozialen Gewährleistungsrechte zugunsten von Pflichten gegenüber Kollektiven zurückzunehmen und (iii) diese Kollektive durch Tradition und/oder Religion, das heißt durch kulturelle Identität, zu definieren. Betont man einseitig die kollektiven Entwicklungsrechte, dann muss dies – zu Lasten der Individualrechte und der Bindung der Staaten an diese Rechte – zu einer Verletzung des in Art. 2 (1) der Erklärung bekräftigten Kerns der Menschenrechte führen: „Der Mensch ist zentrales Subjekt der Entwicklung und sollte aktiver Träger und

Nutznieser des Rechts auf Entwicklung sein.“

Nicht das Recht auf Entwicklung ist umstritten, sondern die aus ihm zu ziehenden Konsequenzen. Nachhaltige Entwicklung ist zwar eine Aufgabe, die ohne Staaten, Staatengemeinschaften und gesellschaftliche Kollektive nicht zu bewältigen ist. Aber das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist keine Garantie dafür, dass die Verantwortlichen entsprechend der Nachhaltigkeitsperspektive politische Konzepte für die als Einheit verstandene Welt entwickeln und umsetzen. Eine Entwicklung, welche die Menschenrechte als Abwehr- und Gewährleistungsrechte für jeden Menschen aus dem Blick verliert, wird weder für heutige noch für künftige Generationen nachhaltig sein.

Prof. Dr. Hans Jörg Sandkühler vertrat bis 2010 den UNESCO-Lehrstuhl für Philosophie/Paris in Deutschland.



Mojib Latif

Klimawandel: eine Frage der internationalen Gerechtigkeit

In Folge der globalen Erwärmung werden die Wetterextreme weltweit zunehmen und damit Hochwasser, Waldbrände, Ernteaussfälle. Es braucht eine neue Ära der globalen Zusammenarbeit.

Der globale Klimawandel ist im vollen Gang. Die während des letzten Jahrhunderts gemessene weltweite Erwärmung von etwa 0,7 Grad Celsius geht hauptsächlich auf uns Menschen zurück, vor allem auf den Ausstoß von Treibhausgasen, insbesondere des Kohlendioxids. Das entsteht vor allem durch die Verbrennung der fossilen Brennstoffe, um Energie zu erzeugen. Treibhausgase wirken wie das Glas eines Treibhauses. Wenn sie sich in der Atmosphäre anreichern, führt das unweigerlich zur globalen Erwärmung, eine seit über hundert Jahren bekannte Erkenntnis. Die Auswirkungen der schon verursachten, harmlos erscheinenden Erderwärmung von nicht einmal einem Grad Celsius sind unübersehbar: Die arktische Eisbedeckung hat sich während der letzten 30 Jahre um knapp ein Drittel verringert, die Gletscher schmel-



© UNESCO / James Watt

zen, und der Meeresspiegel ist während des 20. Jahrhunderts um knapp 20 Zentimeter angestiegen. Der Weltklimarat (IPCC) geht je nach Emissionsszenarium und Klimaempfindlichkeit von einer weiteren Erwärmung von etwa zwei bis sechs Grad Celsius im weltweiten Durchschnitt bis zum Ende des Jahrhunderts aus. Eine Erwärmung am oberen Ende der Bandbreite wäre für die Menschheit in Ausmaß und Geschwindigkeit einmalig und würde vermutlich dazu führen, dass sich die Lebensbedingungen auf der Erde dramatisch verschlechtern.

Die Ölkatastrophe am Golf von Mexiko hat uns außerdem vor Augen geführt, dass es zunehmend gefährlicher wird, die verbleibenden Ölreserven zu fördern. Zudem sind sie ohnehin begrenzt. Der Zeitpunkt des „Peak Oil“, des Fördermaximums, wird höchstwahrscheinlich in den

kommenden 20 Jahren erreicht. Während die Erdöl-Produktion danach abnimmt, wird der Bedarf stetig steigen, vor allem in Ländern wie China und Indien, die sich in rasendem Tempo entwickeln. Dies wird dazu führen, dass die Nachfrage das Angebot bei weitem übersteigt und dadurch die Preise in ungeahnte Höhen schießen. Gerade die Entwicklungsländer werden darunter leiden. Auch für die Industrienationen bedeutet das Erreichen des „Peak Oil“ eine Gefährdung ihres Wohlstands.

Klimaschutz findet fast nicht statt

Nach Meinung der meisten Wissenschaftler sollte die Erdtemperatur um möglichst nicht mehr als zwei Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit ansteigen, um das Risiko von Kippeffekten zu minimieren. Ein solcher Effekt wäre das Abschmelzen des Grönlandeises, das zu einem Meeresspiegelanstieg von sieben Metern führen würde. Fatal wäre auch die Destabilisierung des indischen Monsuns. Eine solche Entwicklung wür-

de die Lebensgrundlage von Hunderten Millionen Menschen bedrohen. Eine andere, unumkehrbare Folge der Erderwärmung wäre das Entweichen von gigantischen Mengen an Treibhausgasen aus den auftauenden Permafrost-Böden, so dass sich die globale Erwärmung beschleunigen würde. Um den Temperaturanstieg tatsächlich auf 2 Grad Celsius zu begrenzen, müsste sich der weltweite Ausstoß an Treibhausgasen bis 2050 in etwa halbieren und bereits vor 2020 seinen Scheitelpunkt überschritten haben.

Es ist ernüchternd, wenn man die Herausforderung des Klimawandels mit den realen Entwicklungen vergleicht: Die energiebedingten Kohlenstoffdioxid-Emissionen sind weltweit zwischen 1990 und 2008 um 40 Prozent gewachsen und allein seit 2000 um 30 Prozent gestiegen. Trotz der weltweiten Rezession hat der Treibhausgasausstoß sogar in den letzten Jahren weiter zugenommen. Man muss es deshalb deutlich aussprechen: Klimaschutz findet bisher so gut wie nicht statt. Umso wichtiger ist es, keine Zeit mehr zu verlieren.



© BMU / Brigitte Hiss

Eine Frage der Gerechtigkeit

Der Klimawandel betrifft uns alle, er ist jedoch auf krasse Weise unsozial: Gerade die armen Länder der Erde, die bisher kaum Treibhausgase ausgestoßen haben, müssten mit den stärksten negativen Auswirkungen rechnen. Dazu gehört, dass die Subtropen weiter austrocknen und sich die Trinkwasser-Knappheit verschärft. Gleichzeitig wächst die Bedrohung durch Überschwemmungen infolge extremer Niederschläge. Denn das Aufheizen der Atmosphäre führt dazu, dass sich der Trend zu episodenhaften Starkregen mit Überschwemmungen verstärkt. Ohne kraftvolle Klimaschutzmaßnahmen könnte der Meeresspiegel bis zum Ende des Jahrhunderts weltweit im schlimmsten Fall um mehr als einen Meter steigen. Das wäre für Millionen von Menschen, gerade in den Tropen, existenzbedrohend.

Eine weitere und bisher kaum bekannte Gefahr ist, dass die Ozeane versauern. Denn sie nehmen in großen Mengen das von uns Menschen eingebrachte Kohlenstoffdioxid auf. Dies stellt neben der Erwärmung eine Bedrohung für das Leben im Meer dar – und es würde die ohnehin schon prekäre Ernährungssituation in vielen Entwicklungsländern verschärfen. Stoßen die Industriegesellschaften weiter ungebremst Kohlenstoffdioxid aus, dürften in den tropischen Ozeanregionen langfristig sogar große Sauerstofflöcher entstehen, also gewissermaßen Todeszonen, wo sich keine Fischbestände aufrechterhalten können.

Es ist auch eine Frage der internationalen Gerechtigkeit, ob wir einen ungebremsten Klimawandel zulassen wollen. Die globale Erwärmung hängt im Wesentlichen vom kumulativen Ausstoß des Kohlenstoffdioxids über viele Jahrzehnte ab. Zu diesem haben die reichen Länder des Nordens seit Beginn der Industrialisierung überwiegend beigetragen. Sie haben somit die historische Verantwortung für das Klimaproblem und stehen in der



© BMU/Brigitte Hiss

Pflicht, ihre Emissionen deutlich zu senken. Eine Blockadehaltung der Industrieländer ist unangebracht und verkennt im Übrigen die große Enttäuschung, die sich in den Schwellen- und Entwicklungsländern zunehmend entwickelt. Zuletzt zeigte sich diese Haltung in Kopenhagen nach dem Motto: „Nur wenn alle Länder mitziehen, verpflichten wir uns, unsere Emissionen zu senken“. Die Industrienationen müssen sich uneingeschränkt zu ihrer Verantwortung bekennen und zu couragierten Minderungszielen verpflichten.

Das Klimaproblem ist noch lösbar

Das Klimaproblem ist immer noch lösbar. Eigentlich sollte es selbstverständlich sein, den weltweiten Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren und dies mit einer nachhaltigen Strategie zur zukünftigen Energiegewinnung zu verknüpfen. Regenerative Energiequellen wie Sonnenlicht und Wind stehen uns praktisch unbegrenzt zur Verfügung. Die Techni-

ken zu deren Nutzung existieren, wenngleich wir viele Ansätze noch verbessern können. Technische Lösungen wie die Eisendüngung der Meere oder die Impfung der Stratosphäre mit Schwefel sind dazu keine Alternativen, da entweder ihre Wirkung wissenschaftlich nicht belegt ist oder sie enorme Umweltrisiken bergen. Wir sollten so schnell wie möglich beginnen, die Weltwirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit umzubauen. Dazu gehören verbindliche Ziele, um die Emissionen in den Industrieländern zu reduzieren, nachvollziehbare Fahrpläne, nach denen die Schwellenländer klimaverträglich Wirtschaftswachstum erzielen können. Und nicht zuletzt finanzielle Mechanismen, die den armen Ländern die Anpassung an nicht mehr vermeidbare Klimaänderungen und eine vernünftig nachholende Entwicklung ermöglichen.

Prof. Dr. Mojib Latif lehrt und forscht am Leibniz-Institut für Meereswissenschaften an der Universität Kiel.

Michael Schönhuth

Kulturelle Vielfalt als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung

Um eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen, müssen wir die Art zu leben ändern. Der Blick auf das Andere kann zu neuen Erkenntnissen führen.

„Kultur und Entwicklung“ – der Hintergrund

Das Begriffspaar „Kultur und Entwicklung“ taucht erstmals in den 1960er Jahren in der Diskussion um eigenständige Entwicklungswege der jungen Staaten in Afrika und Asien auf. Das von den blockfreien Staaten eingeforderte Recht auf eigene Entwicklungswege führte zur Forderung eines „Rechts auf Kultur“ und verknüpfte erstmals die ökonomische und die bildungsorientierte Seite von Kultur. In den 1980ern führten Ereignisse wie die Abwendung des Irans vom „westlichen Entwicklungsweg“ zur Einsicht, dass Entwicklung immer eine soziokulturelle Dimension hat. Während Modernisierungstheoretiker das „Festhalten an traditioneller Kultur“ als Entwicklungshemmnis ausmachten, begann sich in den 1990ern die Idee von kultureller Vielfalt als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung durchzusetzen.

Die am 2. November 2001 in Paris verabschiedete „Allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt“ fasst das Verhältnis zwischen Kultur und Entwicklung neu. Die Erklärung beschreibt kulturelle Vielfalt in bewusster Analogie zur biologischen Vielfalt der Natur als gemeinsames Erbe der Menschheit und als eine Voraussetzung für Entwicklung. Am 20. Oktober 2005 hat die UNESCO-Generalkonferenz ein „Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ verabschiedet. Das Übereinkommen schafft eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage für



© UNESCO/Michel Ravassard

das Recht aller Staaten auf eigenständige Kulturpolitik und es verknüpft erstmals die Handlungsfelder auswärtiger Kultur- und Entwicklungspolitik.

Der Geist der Konvention und die Herausforderungen bei deren Umsetzung

Die größten Herausforderungen für die Umsetzung der Konvention von 2005 sind folgende:

Der Doppelcharakter von Kultur und seiner Protagonisten

Die UNESCO erklärt zur Bedeutung von Kultur für nachhaltige Entwicklung: „Kultur in all ihren Facetten, ist eine fundamentale Komponente nachhaltiger Entwicklung. Als Handlungsfeld (...) leistet Kultur einen machtvollen Beitrag zu ökonomischer Entwicklung, sozialer Stabilität und Umweltschutz. Als Aufbewahrungsort von Wissen, Bedeutungen und Werten, die alle Aspekte unseres Lebens durchdringen, bestimmt Kultur die Art und Weise wie Menschen leben und interagieren, auf lokaler wie auf globaler Ebene.“ In dieser doppelten Funktion

von Kultur als Instrument für (wirtschaftliche) Entwicklung und als Bedeutungs- und Identitätsstifter für kulturelle Gruppen liegen Chancen, aber auch Verständigungsprobleme. Für Kulturexperten stellen Schutz und Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen einen Wert an sich dar, für ihre Pendanten aus der Entwicklungszusammenarbeit nur dann, wenn sich dieser Wert ökonomisch ausdrücken und messen lässt. Und so plädieren diese verschiedenen Fachkreise auch für völlig unterschiedliche Projekte und Programme und für unterschiedliche Strategien zur Zielerreichung.

Staatliche Souveränität – nach außen und nach innen

Die UNESCO-Konvention ist ein Abkommen, das Staaten untereinander geschlossen haben, um sich auf zwischenstaatlicher Ebene gegen ungebettete Einflüsse zu schützen – ein Grund, warum etwa „kulturexportstarke“ Länder wie die USA die Konvention bisher nicht ratifiziert haben. Aber auch überall dort, wo autoritäre Strukturen das kreative Potential lokaler Künstler innerhalb des eigenen Landes fürchten, stößt die Forderung nach Förderung der Vielfalt

kultureller Ausdrucksformen auf Widerstand. Die Generaldirektion „Interne Politikbereiche“ des Europäischen Parlaments veröffentlichte eine Studie zum Stand der Umsetzung der UNESCO-Konvention: „Der Grundsatz der Souveränität ist im Falle autoritärer Regime hochproblematisch. Derartige Regime neigen zumeist dazu, sich der mit der Souveränität einhergehenden Macht zu bedienen, sie zu missbrauchen und die durch die Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten gesetzten Grenzen zu ignorieren.“ Die Autoren weisen dabei unter anderem auf China, das unter ausdrücklicher Berufung auf die UNESCO-Konvention eine Zensur sämtlicher kultureller Güter mit Inhalten vorsieht, die sich negativ auf die öffentliche Moral oder die nationale Kultur auswirken könnten.

Interessen von Industrie- und Entwicklungsländern

Die Konvention stärkt durch eine Klausel zur Vorzugsbehandlung die Stellung von Entwicklungsländern. Die nur schleppende Umsetzung des Abkommens in vielen dieser Staaten ist allerdings ein Hinweis darauf, dass die in der Konvention vorgeschlagenen Maßnahmen deren finanziellen und organisatorischen Kapazitäten teilweise überfordern könnten. Zudem zeigen Rückmeldungen, dass das Übereinkommen dort „...nicht ausreichend in den einschlägigen sozialen Bewegungen verankert ist und sich unbeabsichtigt als repressives Instrument erweisen könnte, mit dem Mehrheitskulturen zu Lasten der nationalen kulturellen Vielfalt gefördert werden“ (Europäisches Parlament 2010). Forderungen vor allem der EU-Staaten nach einer globalen Gouvernanz und vereinheitlichten kulturpolitischen Maßnahmen auf internationaler Ebene verstärken diesen Eindruck noch.

Der schwache Verpflichtungscharakter und die ungesicherte Finanzausstattung

Im Gegensatz zu den Handelsvereinbarungen der WTO, die im Fall von Vertragsbrüchen empfindliche Sanktionen vorsehen, sieht die UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen



© UNESCO/Patrick Lagès



lediglich einen nicht einklagbaren Streitbeilegungsmechanismus vor. Die Vertragsstaaten „bemühen“ sich, sie sind nicht „verpflichtet“, die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zu schützen und zu fördern, „(...) was in der Praxis leicht als bloßes Recht ausgelegt werden kann, nach eigenem Ermessen zu handeln“, wie der Bericht des Europäischen Parlaments festhält. Der durch die Konvention eingerichtete und durch freiwillige Zuwendungen aus den Beitrittsstaaten finanzierte Internationale Fonds zur Förderung der Umsetzung der Konventionsziele in Entwicklungsländern ist mit derzeit rund 2,5 Millionen US-Dollar unterdurchschnittlich ausgestattet.

Oligopole

Der Schutz geistiger Eigentumsrechte, ein wichtiger Pfeiler der Konvention, droht kontraproduktiv zu wirken, wenn er von global agierenden Konzernen benutzt wird, um ihre marktbeherrschende Stel-

lung abzusichern. Eine Untersuchung der britischen Regierung zu den Auswirkungen des internationalen Schutzes geistiger Eigentumsrechte kam schon 2002 zu dem Schluss, dass ein hohes Maß an Rechtsschutz im Wesentlichen die auf dem globalen Markt dominierenden, oligopolen Akteure stützt. Diese Problematik wurde erst jüngst wieder deutlich, als die Europäische Union versuchte, den Zugang zu billigen lebensrettenden generischen Medikamenten für Menschen aus dem Süden einzuschränken.

Fazit

Es gibt diverse Vorschläge für eine Stärkung des Übereinkommens und damit auch des Politikfeldes Kultur und Entwicklung. So haben die UN im Herbst 2010 Kultur und Vielfalt als unverzichtbare Rahmenbedingungen für Entwicklung definiert, ohne die auch die Millennium-Entwicklungsziele nicht erreichbar seien. Die Millennium-Initiative der UN strebt bis 2015 die mittlerweile

aber kaum noch erreichbar scheinende Halbierung der Armut auf der Welt an. Ein anderer Vorschlag fordert, das Übereinkommen in völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt religiöser, politischer und nationaler Ausdrucksformen und deren Verbindung mit konditionalisierten Handelsvereinbarungen umzuarbeiten. Bis dahin ist der Weg noch weit und der größte Hoffnungsträger wohl die Zivilgesellschaft in den Vertragsstaaten. Die „Nationalen Koalitionen für kulturelle Vielfalt“ spielen dabei eine Schlüsselrolle, aber auch nationale Basisinitiativen wie HIVOS in den Niederlanden, „Kultur bewegt“ in Deutschland oder internationale wie die *Vienna Group on Culture and Development*.

Prof. Dr. Michael Schönhuth ist seit 2010 Professor für Ethnologie – Schwerpunkt Kulturelle Vielfalt und Entwicklungsprozesse an der Universität Trier. Er ist Mitglied der Bundesweiten Koalition Kulturelle Vielfalt.

Ole Wintermann

Nachhaltigkeit in schrumpfenden und expandierenden Gesellschaften

Die weltweite Verteilung der Bevölkerung verschiebt sich bis 2050 drastisch. Dieser Übergang wird zu Spannungen führen – zwischen alternden und wachsenden Gesellschaften.



© Susanne Beeck/pixello.de

Unter dem demographischen Wandel versteht man das Zusammenwirken von Alterung der Bevölkerung, Veränderung der Geburtenziffer und die Nettozuwanderung in ein Land. In Deutschland haben zurzeit nach der aktuellen Sterbetafel Neugeborene eine Lebenserwartung, die zwischen 77 für Jungen und 82 Jahren für Mädchen liegt. Die neueste 12. koordinierte Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Bundesamtes geht damit von einer gesteigerten Lebenserwartung aus. Während der Grund hierfür zu Beginn des letzten Jahrhunderts vor allem der Rückgang

der Säuglings- und Kindersterblichkeit war, ist es heute in erster Linie die Ausweitung der sogenannten fernerer Lebenserwartung der 65-Jährigen (17 Jahre bei Männern, 21 Jahre bei Frauen) durch eine verbesserte medizinische Versorgung. Die Geburtenziffer liegt heute bei 1,4 Kindern je Frau. Die Nettozuwanderung nach Deutschland betrug im 20. Jahrhundert in etwa 200.000 Menschen pro Jahr. In 2008 und 2009 gab es aber als vorläufigen Abschluss einer Negativentwicklung Nettoabwanderungen von

56.000 und 13.000 Menschen aus Deutschland. Die Vorausberechnung für Deutschland geht davon aus, dass der Umfang der Bevölkerung – bei einer angenommenen jährlichen Nettozuwanderung von 100.000 Menschen – von heute 82 Mio. auf 65 Mio. Menschen im Jahre 2060 zurückgehen wird.

Gerechter Lebensstil und politische Gestaltung

Während wir in Deutschland und vielen Teilen der Europäischen Union mit Alterung und gleichzeitiger Schrumpfung der Bevölkerung umzugehen haben, sind die meisten anderen Regionen weltweit eher von einem raschen Bevölkerungswachstum geprägt. So steigen beispielsweise nach Berechnungen der Vereinten Nationen die Bevölkerungszahlen zwischen 2008 und 2050 in Uganda (+168%), Kongo (+118%), Äthiopien (+82%) und Indien (30%) deutlich an. Die UN rechnen damit, dass im Jahre 2050 ca. 9,1 Mrd. Menschen auf der Erde leben werden (2008: 6,7 Mrd.). Mit Blick auf diese Entwicklung ergeben sich unterschiedliche Antworten darauf, wie eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft unter demographischen Gesichtspunkten ausgerichtet sein müsste. Damit stellt sich die Frage, welcher Lebensstil gegenüber den nächsten Generationen gerecht und damit nachhaltig ist und welchen Herausforderungen sich kommende Generationen gegenübersehen, für die wir heute gewollt oder ungewollt die Grundlage legen.



Nachhaltigkeit in schrumpfenden Gesellschaften bedeutet, zukünftigen Generationen noch ein Mindestmaß an politischer Gestaltungsfähigkeit zu garantieren. Für Deutschland prognostizieren Experten bis 2050 einen Rückgang der Erwerbsfähigen um 30 Prozent. Dies muss nicht zwangsläufig einen Rückgang der wirtschaftlichen Leistung pro Kopf mit sich bringen. Es ist aber von einer volkswirtschaftlichen Schrumpfung und Absenkung des langfristigen Wachstumspfad um zwei bis vier Prozentpunkte auszugehen. Diese Entwicklung hat für die staatliche Einnahmenseite fatale Folgen. Durch weniger Erwerbstätige und mehr Rentner wird sich das Aufkommen aus Steuern und Beiträgen sehr zurückhaltend entwickeln. Hinzu kommt, dass die

demographischen Folgekosten auf der staatlichen Ausgabenseite deutlicher zutage treten werden. In der Gesetzlichen Rentenversicherung, der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Sozialen Pflegeversicherung werden die Ausgaben durch umfangreichere Kohorten in höheren Altersstufen deutlich ansteigen. Von besonderer Relevanz ist, wie sich der Saldo aus Ausgabensteigerung und Einnahmestagnation entwickelt. Zurzeit sind die Baby-Boomer im Alter zwischen Mitte 40 und Mitte 50. Dieses Erwerbsalter ist durch ein Maximum an individueller Steuerzahlung und ein Minimum an Anspruchnahme staatlicher Leistungen gekennzeichnet. Daraus ergibt sich ein Einnahmeüberschuss, der zurzeit vor allem die Renten finanziert

sowie die Zinsen, die für die aktuellen Rekordschulden von 1.700.000.000.000 Euro anfallen. In den nächsten Jahrzehnten werden die Baby-Boomer in Rente gehen und damit von Steuerzahlern zu Rentenbeziehern werden, die Ausgaben der Sozialversicherungen werden ansteigen und die Einnahmen des Staates werden stagnieren. Gleichzeitig sinkt die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit, während der Schuldenstand pro Kopf allein schon wegen des Rückgangs der Bevölkerung steigen wird. Ist diese Politik nachhaltig?

Die wenigen noch frei disponierbaren Ausgabenanteile der öffentlichen Haushalte und auch ein Teil der Renten müssten konsequent in die Bildung umgeleitet

werden. Nur eine gut ausgebildete Erwerbsbevölkerung kann umfangreiche Steuerzahlungen leisten. Öffentliche Infrastruktur müsste jetzt schon gezielt zurückgebaut werden, um nicht in Zukunft mit hohen Fixkosten die Steuer- und Beitragszahler zu belasten. In diesem Kontext Steuererleichterungen und den Verzicht auf eine Schuldenreduzierung zu propagieren, ist das Gegenteil von Nachhaltigkeit.

Steigender Ressourcenverbrauch durch Bevölkerungswachstum

Nachhaltigkeit in wachsenden Gesellschaften bedeutet hingegen etwas vollkommen anderes. Mit dem in den expandierenden Ökonomien zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Wachstum darf in diesen Ländern nicht die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen zerstört werden. Gegenwärtig wird in vielen Ländern das volkswirtschaftliche Wachstum dadurch zunichte gemacht, dass die Wachstumsrate der Bevölkerung die der wirtschaftlichen Aktivität übersteigt. Deshalb geht die Wirtschaftsleistung pro Kopf dort zurück. Gleichzeitig steigt aber der absolute Ressourcenverbrauch und damit einherge-

hend steigen – unter den gegenwärtigen Bedingungen des nicht-nachhaltigen Wachstums – die CO₂-Emissionen. Auf diesem Wachstumspfad hat China im Jahr 2008 die USA als den größten CO₂-Sünder überholt. Beide zusammen belasten den Rest der Menschheit mit fast der Hälfte aller menschengemachten CO₂-Emissionen. China verfügt nicht über ausreichend Ressourcen und Land, um den inländischen Rohstoff- und Nahrungsmittelbedarf zu decken. Deshalb hat China in den letzten Jahren weite Regionen Afrikas zu geringen Preisen für die Nahrungsmittelproduktion gepachtet und große Teile der dortigen Ölförderindustrie aufgekauft. Es ist keine Herausforderung, sich ein Szenario zu denken, in dem weitere Länder wie Russland, Brasilien und Indien um die knappen Ressourcen konkurrieren. Müßig zu betonen, dass Afrika ein zweites Mal der Logik der marktwirtschaftlich getriebenen Ausbeutung anheimfallen wird. Aufgrund der zukünftigen weltweiten Verteilung der Bevölkerung – 4% der Menschen leben 2050 in den USA, 7% in Europa und 57% in Asien (davon 15% in China und 18% in Indien) – wird demnach die Demographie in den wachsenden Gesellschaften zu einer Neugewichtung der weltpolitischen Bedeutungen der westli-



© UNESCO / Gary Masters



© KfW-Bildarchiv / Fotoagentur: photothek.net

chen und der asiatischen Welt führen. Damit werden sich die Werte verändern, die weltweit die Grundlage der Regeln des Miteinanders bilden.

Nachhaltiges Wachstum kontra steigende Konsumwünsche

Wirtschaften die wachsenden Gesellschaften weiter wie bisher, ist mit Blick auf den Mehrverbrauch an Ressourcen davon auszugehen, dass wir zukünftig die Ressourcen der Erde noch um mehr als mit dem gegenwärtigen Faktor 2 bis 5 übernutzen werden. So haben die westlichen Industriestaaten jahrzehntelang



ihren Wohlstand auf Kosten der Entwicklungsländer und der Umwelt gesteigert. Die daraus resultierenden Erfahrungen führen nun – nach dem Erreichen eines gewissen Wohlstandsniveaus – zur Erkenntnis, dass eine Abkehr vom quantitativen Wachstumsdogma erfolgen muss. Wie aber sollen sich die wachsenden Gesellschaften in den sich entwickelnden Ländern verhalten? Nachhaltiges Wachstum in den wachsenden Gesellschaften ist nur möglich, wenn sie in sehr kurzer Frist aus den negativen Erfahrungen der westlichen Länder Lehren ziehen. Dass dies eine Herausforderung darstellt, verwundert mit Blick auf die sich entwickelnde Mittelschicht und ihre Kon-

sumwünsche in China und anderen Ländern nicht.

Die westlichen Länder vergeisen, sind hoch verschuldet, verlieren global an Bedeutung, sind zum größten Teil Schuld am bisherigen Klimawandel und wollen in dieser Situation China und Indien gute Ratschläge erteilen? Die einzige Hoffnung besteht in einem beschleunigten Lernprozess der Bevölkerung in den wachsenden Gesellschaften. Sandstürme über Peking, Überschwemmungen in Bangladesch, Trockenheit in Indien und Smog in den großen Städten Asiens sind Begleiterscheinungen des rasanten Wachstums dieser Regionen. Es bleibt nur

zu hoffen, dass diese Staaten nicht auch 100 Jahre benötigen werden, bevor sie Rückschlüsse aus diesen Umwelt- und Lebensbedingungen für ihr eigenes wirtschaftliches Handeln ziehen. Die Menschengemeinschaft sitzt in einem Boot. Es kann nur Gewinner oder nur Verlierer geben. Vielleicht können junge Gesellschaften hier von den alten Gesellschaften lernen?

Dr. Ole Wintermann ist bei der Bertelsmann Stiftung Projektleiter von Futurechallenges.org und bloggt auf globaler-wandel.eu zu Fragen der Nachhaltigkeit und der globalen Megatrends.



© KfW-Bildarchiv/Fotograf: Thomas Klewar

Verena Metze-Mangold

Was ist oder: Was wäre eine nachhaltige Wissensgesellschaft?

Wie werden wir im 21. Jahrhundert Wissen erwerben, wie miteinander teilen? Wie lässt sich angesichts des weltumspannenden, immer enger geknüpften Netzes eine Entwicklung beschreiben, die dem Begriff einer nachhaltigen Wissensgesellschaft entspricht? Im Frühjahr 2009 lud die UNESCO nach Paris ein zum Thema „Future Forum: Knowledge Acquisition and Sharing“.

Für Hans d’Orville, den Leiter der Strategischen Planung der Weltkulturorganisation und Initiator des Forums, war der bereits in Tunis 2005 formulierte Anspruch der UNESCO der Ausgangspunkt: Vom Begriff der globalen Informationsgesellschaft weg und hin zum Begriff der *Wissensgesellschaften* zu kommen. Die „Kronberg Declaration“, im Schloss Kronberg 2006 von internationalen Experten erarbeitet, bot dazu eine Reihe von Anknüpfungspunkten. „Nur ein humaner, an gesellschaftlichem Ausgleich orientierter Begriff von Wissens-

gesellschaften in ihren vielfältigen Erscheinungsformen ist geeignet, zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen“, erklärte Koïchiro Matsuura, der damalige Generaldirektor der UNESCO in Paris.

Die Erhöhung der Informationsflut allein, so Matsuura, sei nicht ausreichend, um die Möglichkeit zur Entwicklung ergreifen zu können, die sich durch Wissen bietet. Aus diesem Grund benötigten die Vereinten Nationen eine komplexere, ganzheitliche und umfassende *gesell-*

schaftliche Vision mit einer klaren Entwicklungsperspektive. Dabei steht die Welt vor drei entscheidenden Herausforderungen: Die digitale Kluft zu mindern und schließlich zu überwinden, die ganze Länder und Gruppen vom Zugang zu Informationen noch immer ausschließen; den freien Fluss von und einen gleichbehandelnden Zugang zu Daten, Informationen, Verfahren und Wissen in den jeweiligen Gesellschaften zu gewährleisten; und einen internationalen Konsens zu erzielen, und zwar insbesondere zu den erforderlichen Normen und Prinzipien des digitalen Zeitalters.

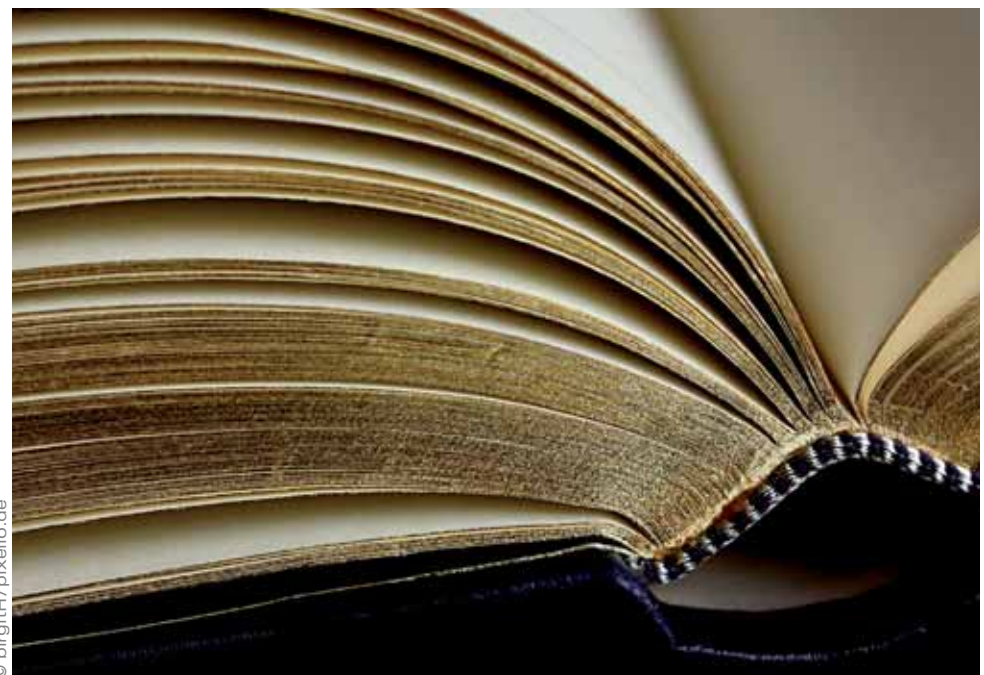
Vier Prinzipien der UNESCO

Was den Konsens anbetrifft, so geht es der UNESCO vor allem um die vier Prinzipien kulturelle Vielfalt, gleicher Bildungszugang, universeller Zugang zur Information sowie die Gewährleistung von Meinungsfreiheit. In einer von großen Ungleichheiten gekennzeichneten Welt sei es von entscheidender Bedeutung, die Wissensgesellschaften des 21. Jahrhunderts auf dem Bekenntnis zu den Menschenrechten und fundamentalen Freiheiten zu gründen. Das betreffe, so Matsuura, das Recht auf Bildung und die kulturellen Rechte ebenso wie die Schaffung und Aufrechterhaltung einer *öffentlichen Sphäre* der Information und des Wissens für Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftszwecke.

Ein wenig fühlte man sich bei der Eröffnung an jene berühmte Rede von André Malraux erinnert, Staatsminister für kulturelle Angelegenheiten de Gaulles, die er 1967 im französischen Parlament hielt: „Wir müssen davon ausgehen, dass eines Tages für die Kultur das erreicht werden wird, was Jules Ferry für die Bildung erreicht hat: Die Kultur wird kostenlos werden.“ In den folgenden Jahrzehnten war die Kultur allerdings einer immer stärkeren Kommerzialisierung unterworfen. Kultur wurde zum wirtschaftlichen Treiber, mit ihr handelte man auf dem Weltmarkt und verdiente die Zukunft. Der Zugang zur Kultur wurde nicht zu einem *allgemeinen Recht*. Eher umgekehrt: Sogar die Bildung wur-

de allmählich reprivatisiert. Obgleich es fraglich ist, ob wir uns das angesichts des demographischen Wandels in den westlichen Gesellschaften überhaupt leisten können. Wohin also?

Vielleicht kehrt die virtuelle Wende die Entwicklung ja plötzlich um? Jetzt, wo das Internet uns in die Zeit versetzt, in der der freie Zugang zur Kultur ein erstrebenswertes Ideal war, wie der Bulga-



© birgitH/pixelio.de

re Ivaylo Ditchew schreibt; ein Ideal, das uns heute in Form des individuellen, intimen Zugangs über die eigenen Rechner begegne. Der Zugang wird nicht oder eher zögernd von öffentlichen Institutionen sichergestellt, vielmehr von privaten Unternehmen wie Facebook oder YouTube. Es gehe deshalb nicht um den Zugang zu einer nationalen, sondern einer globalen kommerziellen Kultur. Und damit stelle sich die Frage, welche Art von Wissen erwerben wir? Welchen *Begriff von Wissenserwerb* haben wir?

Die digitale Kluft

Die rasche Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien in den letzten vier Jahrzehnten hat den Wissens- und Informationsfluss zunächst einmal enorm beschleunigt. Vielleicht

aber auch unseren Wissensbegriff verändert. Die Entwicklung weist jedenfalls eine Reihe von Trends auf, die das Potential der postindustriellen Gesellschaft für eine humane Welt unterläuft. Für die UNESCO ist die digitale Kluft kein technischer Begriff. Es gilt, die Kluft als eine soziale mit vielfältigen Dimensionen zu begreifen. Im Zentrum für eine *nachhaltige Entwicklung* stehen Inklusion, Gleichberechtigung und Vielfalt. Bereits beim „World Summit for the Information Society“ (WSIS) von der UNESCO formuliert, könnten diese strategischen Ziele für die Politik einer Wissensgesellschaft zu dem führen, was Generaldirektorin Irina Bokova als die große Herausforderung unserer Zeit bezeichnete, zu einem „neuen Humanismus“.

Eröffnung neuer Handlungsmöglichkeiten

Wir müssen uns auf das Wesentliche besinnen, um Maßstäbe für die Zukunft zu gewinnen. Der frühere portugiesische Bildungsminister Roberto Caneiro führte so in die Begriffsgeschichte der Wissensgesellschaft ein. Das Werk „Erkenntnis und Interesse“ von Jürgen Habermas fiel mir ein. Die eigentliche Macht der Geisteswissenschaften besteht ja in der Entwicklung von Begriffen und der damit einhergehenden Produktion von *gesellschaftlichem Sinn* – auch wenn sie über

die Genese der Begriffe letztlich keine Kontrolle haben. Der amerikanische Soziologe Daniel Bell hatte den Begriff Wissensgesellschaft einst geprägt. Und wir müssen uns fragen, ob sein jeweiliger Gebrauch lediglich einen Aggregatzustand beschreibt oder ob er einen Bewusstseinswandel impliziert. Oder worüber überhaupt gesprochen wird: Lediglich über Daten als Grundlage von Information, über Information als Grundlage von Wissen, Wissen als Grundlage von Lernen oder Lernen als Grundlage von Bedeutung und Sinnbildung?

Begreifen wir diese Unterscheidungen als Phasen gesellschaftlicher Entwicklung, so beschreiben sie zugleich den Weg vom Einfachen zum Komplexen, vom Quantitativen zum Qualitativen. Es sind die neuen Formen der Zusammenarbeit in beinahe allen Austauschprozessen der Menschheit, die wir beobachten. Sie werden allerdings von gestiegenen Interessenkonflikten begleitet, die Ausschlussprozesse zugleich implizieren. Die Verwertungsimperative der Informationsgesellschaft und ein zunehmend restriktiver Wissensbegriff produzieren neue Paradoxien, die es fraglich erscheinen lassen, dass sich der von John Stuart Mill beschriebene allgemeine Fortschritt als aufklärerische Funktion verbreiteten Wissens so einfach einstellen könnte.

Im Rahmen des Gipfels zu den Millenniumszielen im September 2010 in New York haben Staats- und Regierungschefs nicht nur die zentrale Rolle von Technologien, vielmehr den Umgang mit Wissen als Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung hervorgehoben. Wissen hat das Potential zu verändern, weil es immer wieder reproduziert und neu angeeignet werden muss. Das eröffnet immer auch neue Handlungsmöglichkeiten. Dabei gewinnen Erkenntnisse an Bedeutung, die in der Lage sind, Wirklichkeit zu verändern. Jede Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeit setzt nun ihrerseits einen Wissensrahmen voraus, der uns Menschen die Einordnung neuer Informationen und neuer Erfahrung erlaubt. Es geht nicht allein um Faktenwissen. Es geht um Handlungswissen, die Fähigkeit der Kooperation beim Aufspüren neuer Lösungen für die großen Fragen unserer Zeit, und es geht um die Bedeutung unseres Tuns – nennen wir es sinnstiftendes Wissen oder schlicht den Sinn unseres Lebens.

Dr. Verena Metze-Mangold ist Vizepräsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission und Geschäftsführerin der Filmförderung des Hessischen Rundfunks.



Silke Helfrich

Ein Bund für die Zukunft: Gemeingüter und Nachhaltigkeit

*Gemeingüter wie Wasser, Saatgut oder saubere Luft gehören allen.
Es müssen jedoch Regeln für einen sinnvollen Umgang geschaffen werden,
um sie auch für künftige Generationen zu erhalten.*





© Rainer Sturm / pixelio.de

Die DNA als Ganzes ist komplex, aber sie offenbart ein einfaches Prinzip: Nichts in ihr ist Monopol. Aus der freien Kombinierbarkeit ihrer vier Grundbausteine entsteht die Fülle aller Lebensformen. Genauso ist es mit den Commons, den Gemeingütern. Sie sind so vielfältig, weil sich ihre Elemente fast unbeschränkt miteinander kombinieren lassen: die Gemeinressourcen, die Nutzergruppen sowie die selbst bestimmten Regeln zum Umgang mit ihnen. Commons existieren nicht aus sich heraus, wir schaffen sie erst. Wie aber wird aus einer Ressource ein Gemeingut? Wer von uns erhält Zugangs- und Nutzungsrechte an den Ressourcen? Und wer nicht?

Der Begriff der Commons hat in den vergangenen Jahrzehnten akademische Karriere gemacht und wiederholt seinen Erfolg nun in der Politik. Er beschreibt eine spezifische Form der Gestaltung von Sozialbeziehungen in der Nutzung von Dingen, die nicht Einzelnen gehören, etwa Wasser und Wissen, Saatgut und Software, die Atmosphäre und öffentliche Räume. Es sind Ressourcen aus der sozialen, natürlichen und kulturellen Sphäre, die wir ererbt oder kollektiv hergestellt haben.

Gemeingütern ist gemeinsam, dass eine Gemeinschaft sie so entwickelt und pflegt, dass alle Nutzungsberechtigten über das verfügen, was sie zum Leben brauchen, jetzt und in Zukunft. Hier scheint die Idee der Nachhaltigkeit auf. Auch Nachhaltigkeit existiert nicht aus sich heraus. Nachhaltig zu sein ist genauso wenig eine Eigenschaft von Ressourcen wie Gemeingut zu sein. Eine Wasserquelle etwa kann man einzäunen, das Wasser in Flaschen füllen und verkaufen: So wird es zur Ware. Flaschenwasser aus dem Supermarkt wurde gar zum Inbegriff gesunder Lebensführung, hinter dem Griff ins Supermarktregal verschwindet das Gemeingut. Dabei müsste die Quelle für alle zugänglich bleiben. Anrainer und Nutzer können Re-

geln so vereinbaren, dass Quelle und Wasser Gemeingut sind.

Dass die Ressourcen an sich nicht identisch sind mit dem Konzept der Gemeingüter, zeigt auch die Etymologie des Begriffs Allmende. Zusammengesetzt aus *ala* und *gimeinida* (all + gemeinde), bedeutet er: „allen Gemeindemitgliedern im Wechsel zukommend“. Das verweist auf den Kern der Debatte: Es geht nicht um die Dinge. Es geht um uns! Und um das Menschenbild, die Prinzipien und Grundüberzeugungen, die eine Gesellschaft strukturieren.

Sind Commons automatisch nachhaltig?

Eine Grundüberzeugung, die für die Begriffe Gemeingüter und Nachhaltigkeit gilt, lautet: Trennung verstellt den Blick. Weder können wir den Menschen getrennt von der Natur denken, noch die Einzelnen getrennt voneinander. Wir leben eingebettet in soziale Beziehungen. Mit der Idee, die Natur zu beherrschen, entfernt man sich von nachhaltiger Praxis. Genauso ist die Beherrschung anderer mit dem Grundgedanken der Gemeingüter unvereinbar. Der Nachhaltigkeitsbegriff schärft den Blick für unsere Bindung an die Biosphäre. Die Commons lassen uns über unsere Sozialbeziehungen intensiver nachdenken.

Idealerweise gehört Nachhaltigkeit zu den Commons, doch der Befund scheint ein anderer: Zwar verwalten zahllose lokale Gemeinschaften Wälder oder Gewässer, die Vielfalt des Saatguts und das damit verbundene Wissen nachhaltig. Das beweist die internationale Forschung zu den Commons. Doch eine Kausalbeziehung, dass Gemeingut stets zu Nachhaltigkeit führt, gibt es nicht. Wenngleich dies die Zielperspektive vieler Menschen beschreibt, die Gemeingüter leben oder reproduzieren. Zudem bezieht sich die moderne Debatte über Commons nicht nur auf natürliche Ressourcen, sondern

auch auf die Wissensallmende. Anders als Land oder Wasser nehmen Wissen und Kultur an Gebrauchswert zu, je mehr Menschen daran partizipieren. Durchdringen nun moderne Technologien unseren Alltag, dann steigt in der Regel der Verbrauch von Schwermetallen und Strom, unabhängig davon, ob es sich nun um ein Gemeingut handelt oder nicht. Sollen alle an den modernen Wissens- und Kulturgütern teilhaben, geraten die natürlichen Ressourcen mitunter noch mehr unter Druck. Deshalb ist es zwingend, Nachhaltigkeit in die Sozialform der Gemeingüter einzuschreiben. Hier könnte man an einen modularen, recycelbaren Open-Source-Computer mit freier Software denken, gut für die Freiheit der Kommunikation und effizient im Ressourcenverbrauch. Wir müssen uns von Konsummustern unabhängig machen, die die Ressourcen verschlingen. Denn diese Muster fallen nicht vom Himmel, sondern sie werden aktiv hergestellt, etwa so, dass sich viele Menschen gezwungen sehen, mit jeder neuen Betriebssystemvariante einen neuen Rechner zu erwerben.

Wiederentdeckung der Gemeingüter

Es ist ein enormes Verdienst der wissenschaftlichen Diskussion um Gemeingüter, dass sie analysiert, was ist, statt darauf zu insistieren, was sein soll. Forschung von unten ersetzt hier Vorschrift von oben. Dass dies mit zahlreichen Unsicherheiten einhergeht, versteht sich von selbst. Das Verhalten von Nutzergemeinschaften ist nicht vorhersagbar. Doch die Wissenschaft müsse lernen, Komplexität und Ungewissheit auszuhalten, betont die Politikwissenschaftlerin Elinor Ostrom, die als Vordenkerin der Commonsforschung 2009 den Wirtschaftsnobelpreis erhielt.

Was Gemeingüterforschung so wenig verträgt wie Nachhaltigkeitsforschung ist Einleisigkeit. Interdisziplinarität ist

Trumpf. Das wird im „Workshop for Political Theory and Political Analysis“ der Indiana-Universität vorgelebt. Elinor Ostrom hat jahrzehntelang hunderte von Feldstudien aus der ganzen Welt ausgewertet. Sie hat formuliert, dass es zwar kein Patentrezept für ein erfolgreiches Gemeingut gibt, aber Prinzipien, die zu einem sinnvollen Umgang mit den Ressourcen führen. Wichtig sind hier möglichst selbstbestimmte Regeln, definierte Grenzen einer Ressource und ihrer Nut-

Die multiplen Krisen der Gegenwart zwingen zur Besinnung darauf, wie gemeinschaftliches Handeln zum gelingenden Leben beitragen kann, wenn weder Markt noch Staat dies tun. Die Natur hat sich in so viele verschiedene Spezies verästelt, weil sie die Grundbausteine der DNA frei nutzen kann, um das Lebensfähigste daraus zu basteln. Aus dieser maximalen Freiheit schöpft sich auch die Innovationskraft der Allmende. Intelligente Lösungen müssen diesem



© Günter Havlena/pixelio.de

zergruppe, direkte Kommunikation und der Aufbau vertrauensvoller Kooperationsbeziehungen. Eine große Rolle spielen auch durchsetzungsfähige Sanktionen im Fall von Regelverletzung und direkte Konfliktlösung. Große Ressourcensysteme verlangen nach Ostrom ein polyzentrisches Verwaltungssystem. Eine Ordnung also, die nicht aus einer ordnenden Autorität besteht, sondern aus vielen, die miteinander verzahnt sind – so dass Selbstbestimmung möglich bleibt.

Grundgedanken folgen. Sie bedürfen offener Strukturen. Sie brauchen Raum für Selbstorganisation und Kreativität. Eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen dieser Erde erreichen wir, indem wir den Gedanken der Gemeingüter zur Grundlage der sozialen Evolution machen.

Silke Helfrich arbeitet als freie Publizistin, Referentin und Moderatorin zum Thema Gemeingüter.

Der Text ist frei lizenziert:





Robert Gifford

Die Drachen der Untätigkeit: Warum wir nicht mehr tun

Öko-Tourismus, fairer Handel, Bio-Märkte: Immer mehr Menschen versuchen bewusster zu konsumieren. Der große Wandel steht aber noch aus. Denn nichts ist mächtiger als die Gewohnheit.



© Lukas von Loeper - Fotolia.com

Viele Menschen machen sich Gedanken und Sorgen um die Umwelt – ihr Verhalten ändern sie deshalb aber nicht unbedingt. In einigen Fällen sind die Gründe hierfür struktureller Natur und liegen somit außerhalb des Einflussbereiches des Einzelnen. Für viele andere bleibt jedoch die Frage: Was hält sie von umweltbewusstem Verhalten ab?

Die Antwort besteht aus sieben Gattungen der – wie ich sie nenne – „Drachen der Untätigkeit“, die wiederum 28 Arten umfassen.

I. Begrenzte Wahrnehmung

Wir Menschen sind bekanntermaßen weniger rational als einst angenommen.

Vorzeitliches Gehirn. Das menschliche Gehirn hat sich in den vergangenen Jahrtausenden nicht wesentlich weiterentwickelt. Als es seinen gegenwärtigen physischen Entwicklungsstand erreichte, waren unsere Vorfahren hauptsächlich mit ihrer Sippe, unmittelbaren Risiken, verwertbaren Ressourcen und der Gegenwart beschäftigt. Ganz auf das Hier und Jetzt bezogene Sorgen sind mit der Lösung von Umweltproblemen, die häufig ferne Risiken und zukünftige Auswirkungen einschließen, nicht vereinbar.

Unwissenheit. Einige Menschen sind sich der Umweltproblematik nach wie vor nicht bewusst. Andere wissen nicht, was sie tun sollen, wie sie entsprechende Handlungsmöglichkeiten umsetzen können und welche Vorteile diese bringen.

Taubheit gegenüber Umweltfragen. Unsere Welt umfasst weit mehr Erscheinungen, als wir überschauen können, und so wählen wir Elemente daraus aus, die für uns interessant sind. Daher sind sich Menschen der Umweltproblematik oft nicht bewusst.

Ungewissheit. Studien belegen, dass Ungewissheit umweltbewusstes Verhalten reduziert. Menschen legen Ungewissheit auf eine Weise aus, die den eigenen Interessen dient. Wenn ich glaube, dass es keine globale Erwärmung gibt, werde ich mir eher ein großes Auto kaufen.

Voreingenommene Unterschätzung. Menschen neigen dazu, geografisch

weiter entfernte Risiken zu unterschätzen. Studien haben belegt, dass Menschen Umweltprobleme in anderen Ländern schlimmer als in ihren eigenen wahrnehmen. Die Annahme, Probleme seien anderswo schlimmer, motiviert nicht unbedingt dazu, die eigene Umwelt zu verbessern.

Optimistische Verzerrung. Optimismus ist gesund, er kann jedoch übertrieben werden. So unterschätzen die Menschen ihr persönliches Risiko durch Umweltgefahren, was umweltbewusstes Handeln verhindert.

Empfundener Mangel an Einfluss. Da einige Probleme sehr umfassend sind, glauben viele Menschen, sie könnten als Einzelne nichts dagegen ausrichten. Ebenso sind einige der Überzeugung, selbst gemeinsame Anstrengungen führten zu nichts.

II. Ideologien

Einige Glaubenssysteme sind so weit gefasst, dass sie viele Aspekte des Lebens eines Menschen durchdringen und damit Verhaltensänderungen behindern.

Weltanschauungen. Eine weitere Quelle der Untätigkeit ist der unerschütterliche Glaube an die freie Marktwirtschaft, eine andere die „Systemrechtfertigung“, den gesellschaftlichen Status quo zu verteidigen.

Menschliche Ohnmacht. Einige Menschen tragen nichts oder nur wenig zum Klimaschutz bei, da sie glauben, Gott oder Mutter Erde habe alles in der Hand.

Rettung durch Technik. Technische Innovationen haben im Lauf der Geschichte zur Verbesserung unseres

Lebensstandards beigetragen und sie können auch an der Lösung von Umweltproblemen mitwirken. Manche Menschen glauben allerdings, dass Technik allein die Probleme lösen kann.

III. Die Rolle der Anderen

Menschen sind soziale Wesen, die ihre Situation mit der Anderer vergleichen.

Gesellschaftliche Vergleiche und soziale Normen. Menschen schauen auf Andere, um ihre Normen, was „richtiges“ Handeln ist, daraus abzuleiten. Normen können eine treibende Kraft im Umgang mit Umweltproblemen sein, müssen es aber nicht.

Gefühlte Ungerechtigkeit. Gefühlte (Un-)Gerechtigkeit wird häufig als Grund für Untätigkeit angeführt. Bekannte Persönlichkeiten, Organisationen oder andere Nationen werden als Umweltsünder dargestellt und damit wird die eigene Untätigkeit gerechtfertigt.

IV. Versunkene Kosten

Das Investieren von Geld, Zeit und in Verhaltensmuster ist wertvoll – sofern es nicht der Umwelt schadet.

Finanzielle Investitionen. Nachdem man einmal in etwas investiert hat, will man nicht darauf verzichten. Das Auto ist gekauft, also warum nicht auch nutzen?

Verhaltenskonditionierung. Viele Gewohnheiten lassen sich nicht so einfach ändern, auch wenn einige davon der Umwelt schaden.

Gegensätzliche Ziele und Ansprüche. Umweltfreundlicher zu handeln und etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen stehen im Widerspruch zu Wünschen wie dem Kauf von Flugreisen in exotische Länder oder einem größeren Wagen.



© UNESCO/Zhanat Kulenov

Mangelnde örtliche Bindung. Menschen kümmern sich eher um einen Ort, an dem sie hängen, als um einen, zu dem sie keine Bindung haben. Umweltbewusstes Verhalten wird gefördert durch die Bindung an die Natur dieses Ortes.

V. Mangelnde Überzeugung

Wenn Menschen anderen nicht glauben, werden sie sich auch nicht von ihnen leiten lassen.

Misstrauen. Vertrauen ist eine Grundvoraussetzung für gesunde Beziehungen. Wenn zwischen Bürgern und Wissenschaftlern oder Regierungsbeamten kein Vertrauen besteht, führt dies zu Widerstand gegen die von ihnen vorgeschlagenen Verhaltensänderungen.

Empfundene Unzulänglichkeit von Programmen. Politische Entschei-

dungsträger haben viele Programme umgesetzt, die klimafreundliches Verhalten fördern sollen. Letztlich entscheiden jedoch die Bürger, ob sie diese Angebote auch annehmen.

Verweigerung. Einige Menschen leugnen, dass sich überhaupt ein Klimawandel vollzieht und dieser durch den Menschen verursacht wird oder dass das eigene Handeln irgendeinen Einfluss darauf hat.

Widerstand. Einige Menschen reagieren auf politische Entscheidungen, die ihre Freiheit zu bedrohen scheinen, mit Protest wie z.B. dem Kauf von klimaschädlichen Produkten.

VI. Empfundenes Risiko

Verhaltensänderungen bergen mindestens sechs Arten potentieller Risiken.

Funktionelles Risiko. Wird es funktionieren? Wenn man zum Beispiel ein



Elektroauto kauft, könnte diese noch junge Technologie Batterieprobleme haben.

Gesundheitliches Risiko. Einige Anpassungen können als gefährlich empfunden werden. Ist dieses Elektroauto ebenso unfallsicher wie der Geländewagen, den ich dafür verkauft habe?

Finanzielles Risiko. Grüne Technologien erfordern Kapitalauslagen. Werden die Anschaffungskosten z.B. für ein Solarpaneel wieder herausgeholt?

Soziales Risiko. Umweltbewusste Entscheidungen setzen uns der Gefahr aus, von Anderen verurteilt oder verspottet zu werden.

Psychologisches Risiko. Wenn man von den Mitmenschen, die einem wichtig sind, für eine „grüne“ Entscheidung kritisiert wird, kann zu dem sozialen Verlust noch ein be-

schädigtes Selbstbewusstsein hinzukommen.

Zeitliches Risiko. Die Zeit, die dafür aufgewendet wird, eine umweltbewusste Vorgehensweise zu planen, muss nicht unbedingt zu den gewünschten Ergebnissen führen. Die meisten Menschen denken ziemlich lange darüber nach, ob sie sich ein Elektroauto anschaffen, Vegetarier werden usw. Was, wenn es nicht funktioniert? Dann war es Zeitverschwendung.

VII. Beschränktes Handeln

Viele Menschen tun zumindest etwas für die Umwelt. Wie begründen sie aber, dass sie weniger tun, als sie eigentlich könnten?

Alibiaktionen. Einige umweltfreundliche Verhaltensweisen sind leicht zu übernehmen, haben jedoch nur geringen Einfluss auf die wirklich großen

Probleme. „Ich trenne Müll. Das reicht aus.“ Leicht anzunehmende Handlungen werden kostenintensiveren, aber wirksameren Schritten vorgezogen.

Der Rückschlageffekt. Nachdem einige Anstrengungen unternommen wurden, werden ihre positiven Wirkungen häufig von Folgehandlungen wieder geschmälert. So fahren Menschen, die sich ein Elektroauto gekauft haben, wieder mehr Auto.

Besteht Hoffnung?

Gewisse strukturelle Hindernisse stehen Verhaltensänderungen im Wege, doch viele psychologische Barrieren bleiben auch für Menschen bestehen, die nicht mit jenen ersten Hindernissen konfrontiert sind. Einige der strukturellen Hindernisse können beseitigt werden, doch wird dies nicht ausreichen. Sozialwissenschaftler spielen bei der Überwindung der psychologischen Barrieren eine wichtige Rolle. In Kürze fünf Strategien hierzu: (a) ein besseres Verständnis der Hindernisse, mit denen verschiedene Gruppen konfrontiert sind, (b) Information und Aufklärung der Menschen über die unterschiedliche Wirksamkeit umweltbewusster Handlungsoptionen, (c) Verbesserung der Aufklärung über Umweltprobleme und effektivere Kommunikation dieser Probleme, (d) Entwicklung, Umsetzung und Bewertung besserer Maßnahmen und (e) Zusammenarbeit mit anderen Experten und politischen Entscheidungsträgern. Jede Disziplin hat wertvolle Werkzeuge und Fähigkeiten und sie alle sind notwendig, wenn wir diese große Herausforderung meistern wollen.

Robert Gifford ist Professor für Psychologie und Umweltforschung an der University of Victoria in Kanada. Übersetzung: Hella Schneider.



Nachhaltigkeit vermitteln

Christoph Wulf

Bildung als Grundlage für nachhaltige Entwicklung

Bildung ist ein Schlüsselfaktor für eine nachhaltige Entwicklung. Sie kann aber nur gelingen, wenn Menschen nachhaltig denken und handeln. Neue Bildungskonzepte können helfen.

Bildungsprozesse sind multidimensional und multimodal. Daher sind sie komplex und nur in begrenztem Maße intentional steuerbar. Sie finden in allen Sozialisationsbereichen wie Familie, Schule, Peergroup, Medien und Arbeitswelt statt und ergänzen die sich dort vollziehenden Lernprozesse. Dieser Voraussetzungen müssen wir uns bewusst sein, wenn wir uns darum bemühen, Bildung für nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Intentionale Bildungsprozesse finden vor allem in Erziehungs- und Bildungsinstitutionen statt. Sie vollziehen sich aber auch informell und werden von Individuen selbst initiiert. Dies ist zum Beispiel bei vielen Prozessen kulturellen Lernens der Fall, die sich mimetisch ereignen – also in Form kreativer Nachahmung. In solchen Prozessen lernen Individuen unter anderem den aufrechten Gang, das Sprechen und viele Emotionen. In Bildungsprozessen gibt es eine formale und eine materielle Seite, die es miteinander zu verschränken gilt. Mit Hilfe dieser beiden Seiten eignen sich junge Menschen Inhalte an. Dabei erwerben sie zugleich die formalen Fähigkeiten, sich neue Situationen zu erschließen und sich dabei zu bilden. In diesen Bildungsprozessen sind kritische und reflexive Momente wichtig, mit deren Hilfe Individuen ihre personale und soziale Eigenständigkeit konstituieren.

Ziel des Lernens

Der UNESCO-Bericht „Learning: the Treasure within“ geht von ähnlichen Voraussetzungen aus. Er unterscheidet vier Dimensionen, die für Bildungsprozesse wichtig sind. Diese Dimensionen



© Monika Kleineberg

fasst er unter einen weiten Lernbegriff. Danach ist Ziel der Bildung beziehungsweise des Lernens: Wissen lernen, Handeln lernen, Zusammenleben lernen, Sein lernen. Beim Wissen-Lernen geht es um die Auseinandersetzung mit Inhalten, zum Beispiel aus dem Bereich der Nachhaltigkeit. Dabei spielen selbstverständlich auch körperliche, soziale und emotionale Elemente eine wichtige Rolle. Das Ziel, Handeln zu lernen, verdeutlicht, wie wichtig praktisches Wissen ist. Dieses Wissen befähigt junge Menschen nicht nur komplexe Zusammenhänge zu analysieren, sondern auch in ihnen zu handeln. Zusammenleben-Lernen verweist darauf, dass Menschen soziale Wesen sind und daher das soziale Lernen von zentraler Bedeutung ist. Schließlich müssen Menschen auch lernen, sich in ihrem Sein so anzunehmen, wie sie sind.

Diese verschiedenen Formen des Lernens konstituieren allgemeine Kriterien für Bildung. Sie stehen auch im Zentrum der Grundbildung, die die UNESCO so intensiv fördert.

Die gegenwärtige bildungspolitische Diskussion reduziert die Komplexität der Bildung von Menschen häufig unzulässig. Sie fokussiert lediglich die Bereiche von Bildung, die sich messen und vergleichen lassen. In vielen Feldern der Bildung, wie bei der Entwicklung der individuellen und sozialen Handlungsfähigkeit oder der Modulierung von Emotionen, ist dieses Messen und Vergleichen nur schwer möglich. Dadurch entsteht die Gefahr, dass wir diese Bereiche und Dimensionen bei Bildungsanstrengungen zunehmend vernachlässigen.

Frieden, kulturelle Diversität und Nachhaltigkeit

Nach meiner Auffassung müssen wir Bildung für Nachhaltigkeit mit zwei weiteren Bildungsaufgaben verzahnen, die für die Gegenwart und die Zukunft der Menschen zentral sind: mit der Erziehung zum Frieden und mit Bildung für den Umgang mit kultureller Diversität.

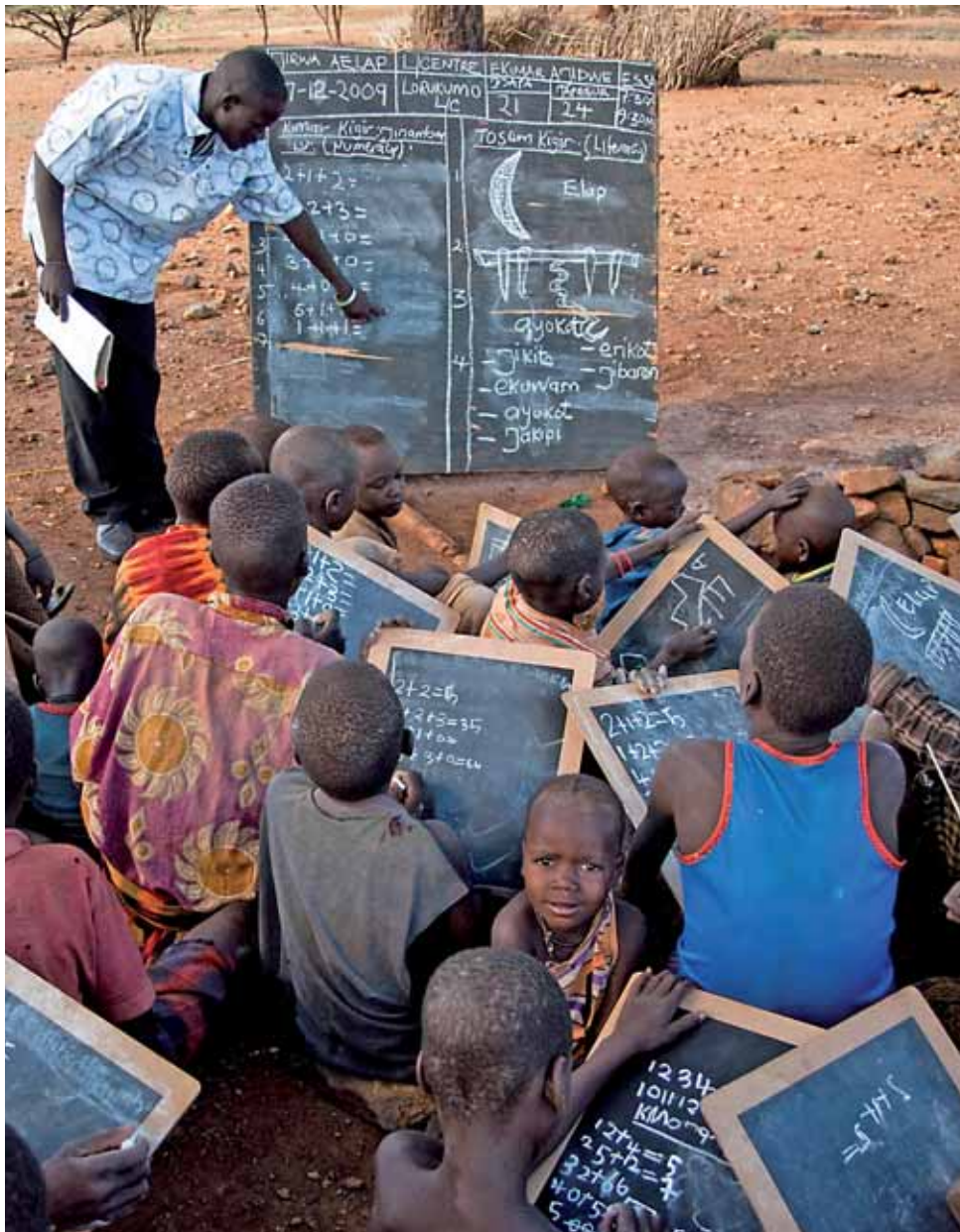
Frieden im Sinne der Abwesenheit von Krieg und manifester Gewalt ist die zentrale Voraussetzung menschlichen Lebens und damit auch jeder Bildung für Nachhaltigkeit. Doch dies reicht nicht: Eine Erziehung zum Frieden ist auch

wichtig, um Engagement für soziale Gerechtigkeit zu vermitteln. Dabei geht es darum, Armut zu bekämpfen, für Menschenrechte einzutreten und strukturelle Gewalt zu verringern. So benennen es auch die Millenniumsziele der Vereinten Nationen. Eine kritische Friedenserziehung muss außerdem die gesellschaftlichen Bedingungen analysieren, die diesen Zielen entgegenstehen.

Mit der Zunahme der Prozesse, die wir unter dem Schlagwort Globalisierung zusammenfassen, wird es immer bedeutender, mit kultureller Diversität umgehen zu können. Im Zentrum steht hier die Begegnung mit dem Fremden und der Alterität. Wenn vom Anderen die Rede ist, so handelt es sich nicht um ein in sich geschlossenes, feststehendes Fremdes. Das Verhältnis zum Anderen ist relational und dynamisch, also ist es offen für Veränderungen. Daher können wir Bildung heute nicht mehr nur im nationalen Kontext sehen. Bildung in Europa ist eine interkulturelle Aufgabe. Die jüngsten Bemühungen des Europarats, die Bilder des Anderen im Geschichtsunterricht zu berücksichtigen und so zum Verständnis einer gemeinsamen Geschichte aller Beteiligten zu gelangen, sind dafür ein Beispiel.

Um die nachwachsende Generation für die großen Probleme der Menschheit zu sensibilisieren und eine entsprechende Handlungsbereitschaft zu entwickeln, müssen wir Bildung für Nachhaltigkeit mit der Erziehung zum Frieden und zu einem produktiven Umgang mit kultureller Diversität verbinden. Damit diese Bemühungen den gewünschten Erfolg haben, müssen sie Teil einer zeitgemäßen allgemeinen Bildung werden.

Prof. Dr. Christoph Wulf ist Vizepräsident der Deutschen UNESCO-Kommission und leitet den Arbeitsbereich Anthropologie und Erziehung an der Freien Universität Berlin.



© UNESCO/Marc Hofer



Fahnen und Stempel für die Auszeichnung Offizieller Projekte der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Gerhard de Haan

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung als Lernkultur

Über das Leitbild Nachhaltigkeit sind sich alle einig. Kontrovers diskutiert werden jedoch Umsetzung, Ziele, Prioritäten und Strategien.

Sollen in erster Linie die Biodiversität erhalten, der Klimawandel gestoppt und der Ressourcenverbrauch reduziert werden? Soll in erster Linie auf den Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern geachtet werden oder kommt es primär auf die ökonomische Entwicklung an, weil mit ihr die Bedingungen der Möglichkeit von Wohlfahrt geschaffen werden? Sollte man den Schwerpunkt der Aktivitäten auf die Veränderung des Konsumverhaltens legen oder eher auf die Förderung neuer Technologien? Muss man sogleich auf eine Balance insistieren oder gar verlangen, dass Prioritäten nicht zu setzen sind, weil es zwischen den einzelnen Aspekten zu

viele Interdependenzen gibt? Die wissenschaftlichen wie politischen Differenzen sind in diesen Fragen beachtlich und substantielle integrative Konzepte gibt es wenige. Dennoch herrscht in der Debatte größtenteils Einigkeit darüber, dass das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung einen weit reichenden Wandel in den Lebens-, Denk- und Handlungsweisen der Menschen erfordert.

Bildung für nachhaltige Entwicklung: Kontroversen um Prioritäten

Wenn es um einen weitreichenden mentalen Wandel – also um eine in ihrer gan-

zen Komplexität veränderte Kultur des Wirtschaftens, des Alltagslebens, der Gerechtigkeit und der Politik – geht, werden Prozesse veränderter Bewusstseinsbildung der Individuen notwendig. Diese sind nur über das Lernen – und zwar in einer veränderten Lernkultur – zu verwirklichen: Über ein Lernen, das kaum noch dem Duktus von Belehrung und dem Verfahren folgen kann, bei dem sich die Schüler an Antworten auf Fragen herantasten müssen, über deren Richtigkeit die Lehrkraft entscheidet. Über ein selbsttätiges, entdeckendes, der Komplexität des Sachverhaltes angemessenes Lernen. Eine solche Lernkultur ist erforderlich, da nachhaltige Entwicklung den

Einzelnen in erheblichem Maß neue Kompetenzen abverlangt. Sie benötigen Kompetenzen für die Beteiligung an und die Selbstorganisation von Verständigungs- und Entscheidungsprozessen – etwa in Bezug auf die eigenständige Aneignung und Bewertung von Informationen – Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit, Perspektivübernahme in Hinblick auf die differenten Lebenslagen und Zielsetzungen in unterschiedlichen Kulturen sowie vorausschauendes Planen in vernetzten Systemen.

Der damit formulierte doppelte Aufforderungscharakter, Lernkonzepte für die Möglichkeit des Handelns im Sinne der Nachhaltigkeit zu entwickeln *und* in die offerierten Handlungsstrategien Elemente der Partizipation der Individuen zu integrieren, führt direkt in Konzeptionen der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Ihr wird seit Mitte der 1990er Jahre in Deutschland sowie international größere Aufmerksamkeit gewidmet. Auffällig sind in diesem Zusammenhang sogleich die Schwierigkeiten in der Konturierung der BNE. Ein großes Problem



© TU Dortmund

UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Jeder Mensch soll die Gelegenheit haben, die Werte, Kompetenzen, Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben, die für die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung erforderlich sind. Dies ist das Ziel der von den Vereinten Nationen für die Jahre 2005 bis 2014 ausgerufenen UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Auf der Grundlage eines einstimmigen Beschlusses des Deutschen Bundestags und mit Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung koordiniert die Deutsche UNESCO-Kommission die Umsetzung der UN-Dekade in Deutschland. Die deutsche Umsetzung steht unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. Die deutschen Aktivitäten im Rahmen der Dekade zielen darauf ab, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) höher auf der politischen Agenda zu platzieren, Kooperationen zwischen den Akteuren zu fördern, BNE konzeptionell weiterzuentwickeln und die Sichtbarkeit für BNE insgesamt zu erhöhen.



Das von der Deutschen UNESCO-Kommission berufene Nationalkomitee ist das zentrale Abstimmungs- und Steuerungsgremium für die Dekade in Deutschland. Es hat den Nationalen Aktionsplan verabschiedet. Um die Dekade-Umsetzung auf eine breite Basis zu stellen, hat das Nationalkomitee rund 130 Akteure der BNE an einen jährlich tagenden Runden

Tisch berufen und mehrere Arbeitsgruppen eingerichtet.

Die „Offiziellen deutschen Dekade-Projekte“ und „Offiziellen Dekade-Kommunen“ werden vom Nationalkomitee ausgewählt und stehen beispielhaft für gute, modellhafte und innovative Praxis der BNE. Bisher wurden rund 1.200 Projekte und elf Kommunen ausgezeichnet. Im Frühjahr 2009 trafen sich in Bonn bei der UNESCO-Weltkonferenz Bildung für nachhaltige Entwicklung Vertreter von 150 UNESCO-Mitgliedstaaten, darunter knapp 50 Minister- und Vizeminister. Sie appellierten in der Bonner Erklärung, die Bildungssysteme weltweit entlang des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung neu auszurichten. Die Konferenz wurde veranstaltet von der UNESCO und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, in Kooperation mit der Deutschen UNESCO-Kommission.

Informationen zur UN-Dekade:
www.bne-portal.de



erwächst insbesondere aus dem sehr weiten Verständnis von Nachhaltigkeit und den Aufgaben der BNE, wie sie in Dokumenten der Vereinten Nationen und der UNESCO formuliert werden.

Mein Vorschlag ist dabei, der BNE eine nationale Ausprägung zu geben. Das hat weniger mit der Souveränität der Staaten dieser Welt zu tun als mit den spezifischen Problemlagen und jeweiligen gesellschaftlichen Strukturen sowie vorhandener Expertise und Professionalität. So ist es unter Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit sicherlich richtig, in etlichen Ländern „education for all“ einzufordern. Wo nicht einmal eine Grundbildung für acht bis zehn Schuljahre verwirklicht ist und zudem Mädchen und Frauen kaum ein Zugang zur Bildung gewährt wird, muss man dieses Problem aus der Perspektive der BNE auf die Agenda setzen. Wo aber wie hierzulande für alle eine Schulpflicht bis zum Ende der Sekundarstufe I besteht, ist es wenig sinnvoll, diese Aufgabe der BNE zuzuschreiben.

Des Weiteren leben wir in einer Wissensgesellschaft. Deutschland ist ein rohstoff-

armes Land, dessen Prosperität von Hightech und intelligenten Dienstleistungen abhängt. Innovationen in diesem Feld sind von hohem Wissen abhängig. Zahlreiche Studien belegen, dass Wissen der Wachstumsfaktor Nummer eins ist. Technologien und Dienstleistungen unter Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit zu entwickeln, heißt eben auch, in diesem Feld über intelligentes Wissen zu verfügen. Überhaupt bietet die Nachhaltigkeit ein Themenfeld, das als paradigmatisch für eine zukunftsweisende Bildung gelten kann. Denn sie ist interdisziplinär und problemorientiert ausgerichtet. Durch BNE lassen sich anwendungs- und alltagsbezogenen Fähigkeiten erwerben, deren Nutzen für den Einzelnen wie für die Gesellschaft außerordentlich hoch ist.

Entwicklungen und Herausforderungen im schulischen Kontext

Betrachtet man die Fortschritte der BNE in Deutschland über die letzten Jahre, so lässt sich einerseits von einer Erfolgsgeschichte sprechen, wenn man bedenkt, dass innerhalb von 15 Jahren eine kon-



© Ned Horton / stock.xchng

zeptionelle Entwicklung ebenso voran getrieben wurde wie eine praktische Umsetzung der BNE im schulischen Kontext. BNE findet sich mittlerweile in zahlreichen Schulgesetzen und Lehrplänen verankert.

BNE möchte Schülern ermöglichen, aktiv an der Analyse und Bewertung von nicht nachhaltigen Entwicklungsprozessen teilzuhaben, sich an Kriterien der Nachhaltigkeit im eigenen Leben zu orientieren und nachhaltige Entwicklungsprozesse gemeinsam mit anderen lokal wie global in Gang zu setzen. Das Bildungsziel von BNE bleibt allerdings so lange schillernd und vage, wie es nicht mit Aussagen zu den Fähigkeiten verbunden wird, die im Kontext des Lernens erworben werden können oder sollen. Einen entscheidenden Schritt hat die Entwicklung der BNE in den letzten Jahren mit der Ausformulierung eines Kompetenzkonzeptes getan.

Allerdings ist andererseits auffällig, wie selten BNE in den Lehrplänen oder auch

Bildungsstandards der Schulfächer näher konkretisiert wird. Das hat seine Gründe: Die Bezugsdisziplin von BNE ist die Nachhaltigkeitswissenschaft. Diese ist interdisziplinär und problemorientiert ausgerichtet. Entsprechend können Themen der BNE im schulischen Kontext im Grunde nur in Kooperation zwischen Fächern behandelt werden. BNE in nur einem Fach zu unterrichten, scheint allein unter der Berücksichtigung von Multiperspektivität möglich. Von daher wird BNE auch als „Handlungsfeld“ bezeichnet. Das signalisiert, dass sich BNE nicht einem einzelnen Unterrichtsfach zuordnen lässt und selbst auch kein neues konstituiert.

Neue Themenkomplexe, wie eine Konsumkultur der Nachhaltigkeit, aber auch der Umgang mit den Gefahren des Klimawandels und expansive Anwendungsbereiche von Wissenschaft und Technik (etwa Mobilität oder Grüne Gentechnik) sowie veränderte Ansprüche an das Individuum (z.B. gesunde Ernährung oder zivilgesellschaftliches Engagement) wer-

den in ihrer Bedeutung für eine Kompetenzentwicklung, die vor allem die Fähigkeit zur aktiven Gestaltung der eigenen wie gesellschaftlichen Zukunft zum Ziel hat, immer noch vernachlässigt. In der Wissensgesellschaft sind es die wissensbasierten Innovationen, die einerseits die technologische, ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung und Prosperität sichern, andererseits Lebenschancen und Möglichkeiten zur Gestaltung des eigenen Lebens in Selbstbestimmung ebenso beschränken wie erweitern. Entsprechend muss sich die Bildung stärker jenen Themen und Lernfeldern sowie den interdisziplinär zu bewältigenden Problemkonstellationen öffnen, die sich durch Zukunftsrelevanz auszeichnen.

Prof. Dr. Gerhard de Haan leitet den Arbeitsbereich für Erziehungswissenschaftliche Zukunftsforschung an der Freien Universität Berlin und ist Vorsitzender des Nationalkomitees für die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Schüler pflanzen Bäume in China

Wie alle UNESCO-Projektschulen engagiert sich auch das Hainberg-Gymnasium in Göttingen besonders für Nachhaltigkeit. Schulleiter Wilfried Bergau-Braune erläutert Konzepte und Projekte an seiner Schule.

Welche Rolle spielt nachhaltiges Handeln im Alltag der Schule?

Wir haben in den vergangenen Jahren durch ein internes Qualitätsmanagement gelernt, alle Projekte auf ihre langfristige Wirksamkeit zu überprüfen. Wir sind davon abgekommen, gesellschaftlich gerade angesagte Aktionen zu starten, die dann vielleicht versanden. Die Einführung des Mensabetriebes zum Beispiel haben wir zwei Jahre lang mit allen geplant, vor allem mit den Schülern. Das Mensaessen ist jetzt allgemein gut akzeptiert

und ein wichtiger Teil der gestalteten Ganztagschule.

Welche Rolle spielt Nachhaltigkeit beim Schüleraustausch?

Nachhaltigkeit ist das Prinzip aller Schüleraustausch-Projekte. Wir beteiligen uns zum Beispiel am Programm der Stiftung Welt:Klasse, die ein Wiederaufforstungsprojekt in China fördert. Unsere Schülergruppen fahren für vier Wochen nach China und pflanzen mit chinesischen Jugendlichen Bäume an. Die Schüler sto-



© Monika Kleineberg

„WELT:KLASSE Göttingen“ wurde als Offizielles Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet.

Ben vor Ort unmittelbar auf die Themen Globalisierung, Entwicklungszusammenarbeit und Interkulturalität. In Videokonferenzen erzählen die Schüler den Klassenkameraden zu Hause von ihren Erfahrungen. Sie wecken damit auch das Interesse bei nachfolgenden Jahrgängen. Nach ihrer Rückkehr sind sie Multiplikatoren für die Verständigung mit fremden Kulturen. Sie nehmen Kontakt zu regionalen Unternehmen auf, um Stipendiengeber für künftige China-Aufenthalte zu gewinnen. Auf diese Weise profitieren alle von dem Projekt.

Inwieweit ist Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Unterricht eingebunden?

Nachhaltige Entwicklung ist fest in den Fächerkanon unserer Schule eingebunden. UNESCO-Themen wie erneuerbare Energien, Kinderrechte, Musik in fremden Kulturen haben hier ihren festen Platz. Unser UNESCO-Schulcurriculum sieht zum Beispiel vor, dass im Deutschunterricht der Klasse 6 nicht irgendein Jugendbuch gelesen wird, sondern ein bestimmtes, das das Leben in Afrika oder Asien schildert.

Hat Ihre Schule ein Energie- und Umweltkonzept?

Von einem Konzept kann man vielleicht noch nicht sprechen, es gibt jedoch langfristige Projekte, die ein umweltbewusstes Handeln fördern. Mülltrennung ist natürlich in jedem Klassenraum selbstverständlich. Die Schule nimmt an einem Energiesparprojekt teil, das der Schulträger aufgelegt hat. In den Klassen achten die Schüler auf Heizung, Lüftung und Licht. Bei allen Anschaffungen von Möbeln und Einrichtungsgegenständen schauen wir, dass sie umweltfreundlich produziert wurden. In der Schule verwenden wir Produkte von Fair Trade. Schüler können so auch zertifiziertes Schreibmaterial kaufen. Für unser Menssaessen nutzen wir Produkte aus dem regionalen Anbau. Und in der Schule gibt es überall Trinkwasserspender mit gefiltertem Wasser, die die Schüler viel nutzen. Zu einem Gesamtkonzept gehört sicher auch, dass wir das Schulgelände ökologisch gestalten, da liegen allerdings noch große Aufgaben vor uns.

Wilfried Bergau-Braune ist Schulleiter des Hainberg-Gymnasiums in Göttingen, einer UNESCO-Projektschule. Im weltweiten Schulnetzwerk der UNESCO arbeiten rund 200 deutsche Schulen mit. Welt:Klasse ist Offizielles Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Ausgezeichnete Bildungsarbeit: UN-Dekade-Projekte



Mit ihrem für die deutsche Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ eingerichteten Nationalkomitee zeichnet die Deutsche UNESCO-Kommission seit 2005 beispielhafte Initiativen aus, die die Ideen der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in die Praxis umsetzen. Seit 2005 ging die Auszeichnung „Offizielles Projekt der UN-Dekade“ bereits an rund 1.200 Projekte in ganz Deutschland. Elf Städte und Gemeinden waren bisher mit ihrer Bewerbung als „Offizielle Kommune der Weltdekade“ erfolgreich. Mit dieser Auszeichnung wird das kommunale Engagement für BNE gewürdigt.

Die Dekade-Projekte vermitteln nachhaltiges Denken und Handeln. Das heißt: Heute so zu entscheiden, dass auch die Menschen von morgen ein gutes Leben führen können. Wer solche Entscheidun-

gen treffen will, braucht Wissen über Wirtschaft, Gesellschaft und Ökologie. Wie erreichen wir wirtschaftlichen Fortschritt, soziale Gerechtigkeit – und das, ohne die Umwelt zu schädigen? Wie finde ich Lösungen für gesellschaftliche Missstände? Die ausgezeichneten Projekte liefern das Rüstzeug, um Antworten auf solche Fragen zu finden.

Die Projekte sind in ganz Deutschland aktiv. In Schülerfirmen lernen Kinder, ökonomisch sinnvoll, umweltverträglich und sozial gerecht zu handeln; Kindergärten bauen Solaranlagen oder engagieren sich für Fairen Handel; Institute bilden Fachleute für nachhaltige Geldanlagen aus; junge Aktivisten erklären Interessierten, wie nachhaltiger Konsum funktioniert.

Die Dekade-Projekte sind zu finden auf www.bne-portal.de/dekade-projekte

Gerd Michelsen

Die Verantwortung der Hochschulen für eine nachhaltige Entwicklung

Mehr und mehr Hochschulen integrieren nachhaltige Entwicklung in ihre Aktivitäten. Sie erkennen: Eine moderne, kompetenzorientierte Hochschullehre muss sich an Bildung für nachhaltige Entwicklung orientieren.

Hochschulen sind Orte, an denen zukünftigen Entscheidungsträgern Kenntnisse, Kompetenzen und Werte vermittelt werden, die für die künftige berufliche Tätigkeit eine wichtige Rolle spielen. Als Zentren von Forschung tragen sie eine besondere Verantwortung, indem sie Grundlagen schaffen und neues Wissen wie auch Innovationen erzeugen, die für die Gestaltung nachhaltiger Entwicklung von großer Bedeutung sind. Darüber hinaus verfügen sie über ein Netz internationaler Beziehungen und eine Infrastruktur, die für die Aufgaben nachhaltiger Entwicklung zu nutzen sind. Hochschulen haben außerdem als Institutionen eine beispielgebende Funktion, wenn sie ihre internen Arbeits- und Verfahrensabläufe am Leitbild der Nachhaltigkeit ausrichten. Dazu gehören unter anderem ein effektives Ressourcenmanagement und ein nachhaltiges Beschaffungswesen.

Es gibt zahlreiche Erklärungen auf nationaler und internationaler Ebene, die auf die Bedeutung der Hochschulen für eine nachhaltige Entwicklung abheben. In Folge der auf der Rio-Konferenz von 1992 verabschiedeten Agenda 21 sind neben anderen die Copernicus-Charta aus dem Jahr 1994, das Bergen-Kommuniqué der europäischen Bildungsminister



© Universität Konstanz/Jochen Staudacher

zur Verankerung von Nachhaltigkeitsaspekten in der Lehre von 2005 und die Bonner Erklärung, die 2009 anlässlich der UNESCO-Weltkonferenz Bildung für nachhaltige Entwicklung verabschiedet wurde, zu nennen. Sie alle fordern die Hochschulen dazu auf, sich in Forschung, Lehre und Transfer mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung zu befassen. 2010 hat die deutsche Hochschulrektorenkonferenz gemeinsam mit der Deutschen UNESCO-Kommission

eine Erklärung „Hochschulen für nachhaltige Entwicklung“ veröffentlicht, die Empfehlungen zur Orientierung universitärer Kernaufgaben wie Forschung und Wissenstransfer, Lehre und Studium sowie institutionelle Ausrichtung am Leitbild der Nachhaltigkeit enthält, durch die Hochschulen „ihre tragende und leitende Rolle unter Beweis stellen und ihre Stellung als Zukunftswerkstätten für die gesellschaftliche Entwicklung weiter stärken“ können.



© Universität Konstanz / Ralf Metzger



© Universität Konstanz / Michael Letz

Konsequenzen für die Hochschullehre

Welche Konsequenzen haben Hochschulen zu bedenken, wenn sie ihre Studienprogramme im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung ausrichten? Bezogen auf die Hochschullehre können Analysen und Lösungen innerhalb des Problemfeldes Nachhaltigkeit nicht allein von einer Disziplin erarbeitet werden, dazu sind sie viel zu komplex. Um Handlungsfähigkeit bei den Studierenden zu erlangen, ist eine Verknüpfung von Systemwissen – verstanden als Wissen über Strukturen, Funktionen, Prozesse und Wirkungszusammenhänge – und Orientierungs- oder Zielwissen in Form von Bewertungen, ethischen Orientierungen, Denken in Alternativen und vorausschauendem Denken notwendig. Um dies in der Hochschullehre berücksichtigen zu können, sind Zugänge zu suchen, die über eine rein fachspezifische Orientierung hinausgehen.

Neben dem Anspruch der Interdisziplinarität ist auch der Aspekt der Transdisziplinarität wichtig. Die Gesellschaft ist zunehmend mit Problemstellungen konfrontiert, die gekennzeichnet sind durch Vernetztheit und Eigendynamik, durch Unübersichtlichkeit und offene Zielsituationen. Die Herausforderung für die Hochschullehre besteht darin, Studierende mit der Veränderbarkeit komplexer Systeme vertraut zu machen, um Gesellschaft(en) und ihre Entwicklung angemessen wahrnehmen und verstehen zu können. Das Lösen von Problemen im Kontext nachhaltiger Entwicklung setzt ‚vernetztes Denken‘ voraus.

Inter- und transdisziplinäres Problemlösen und der Umgang mit Komplexität sind mit weit reichenden didaktischen und methodischen Herausforderungen verbunden. Erforderlich ist eine neue Lernkultur, die sich ermöglichungsorientiert, selbstorganisiert, fundiert und kompetenzzentriert versteht. Für die traditionelle Hochschullehre bedeutet

dies eine Abkehr von der ‚Belehrungsdidaktik‘ hin zu einer ‚Ermöglichungsdidaktik‘, die Prozesse der selbsttätigen, selbständigen und kooperativen Wissensererschließung und Aneignung unterstützt.

Kompetenzorientierung ist als wichtiges Kriterium einer modernen Hochschulbildung zu sehen. Neben dem Erwerb von Kompetenzen sollte aber auch die Bildung der Persönlichkeit eine wichtige Rolle spielen, und zwar als zusammenführendes Charakteristikum. Menschen müssen heute mit komplexen Situationen umgehen, Risiken ein- und Konsequenzen abschätzen sowie reflektiert handeln und entscheiden können. Die Entwicklung solcher Persönlichkeiten ist als zentrale Aufgabe von Hochschulbildung und als akademische Werteverpflichtung zu verstehen. Hochschulbildung im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung steht somit vor der Herausforderung, Wissen unterschiedlicher Disziplinen in Zusammenhänge einzuordnen, daraus Konsequenzen zu ziehen, verantwortliches Handeln abzuleiten und damit zugleich einen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung zu leisten.

Aufbruch in Richtung Nachhaltigkeit

Die deutschen Hochschulen beginnen zu erkennen, dass das Leitbild Nachhaltigkeit für sie auch eine Rolle zu spielen hat. Bislang haben nur wenige Hochschulen alle Aufgabenbereiche unter dieser Perspektive in den Blick genommen. Am konsequentesten verhalten sich bisher die Leuphana Universität Lüneburg und die Fachhochschule Eberswalde. Auch weitere Universitäten und Fachhochschulen haben erste Schritte in Richtung Nachhaltigkeit unternommen. Was die Einbeziehung von Nachhaltigkeit in die Lehre betrifft, ist die Leuphana Universität bislang wohl am weitesten gegangen, indem dort alle Studierende des ersten Semesters ein Modul ‚Wissenschaft trägt Verantwortung‘ besuchen müssen, das

sich mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung befasst. An dieser Universität gibt es seit dem Herbst 2010 auch eine Fakultät ‚Nachhaltigkeit‘ mit entsprechenden Forschungsschwerpunkten und Studienprogrammen.

Auch Hochschulen in anderen europäischen Ländern haben die Herausforderungen, die mit der nachhaltigen Entwicklung verbunden sind, erkannt. So ist in Schweden im Hochschulgesetz festgeschrieben, dass die Hochschulen sich auf allen Ebenen mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung auseinandersetzen müssen. In Österreich gibt es alle zwei Jahre einen Wettbewerb, an dem Hochschulen mit Nachhaltigkeitsprojekten teilnehmen. In Großbritannien werden Universitäten ausgezeichnet oder zertifiziert, die ihre Institution in Richtung Nachhaltigkeit weiterentwickeln. Mittlerweile existieren in fast allen europäischen Ländern Studienprogramme, in denen Nachhaltigkeit eine Rolle spielt. Darüber hinaus haben sich in Europa Netzwerke wie die Copernicus Alliance gebildet, die Hochschulen auf ihren Weg in Richtung Nachhaltigkeit unterstützen. Trotz der verschiedenen nationalen und internationalen Aktivitäten, auf Hochschulebene den Gedanken der Nachhaltigkeit und Forschung und Lehre zu verankern, ist dies noch nicht auf breiter Ebene gelungen. Wir können von einem Aufbruch der Hochschulen sprechen, von einer Bewegung kann aber noch lange nicht die Rede sein!

Prof. Dr. Gerd Michelsen ist Inhaber des UNESCO Chair „Higher Education for Sustainable Development“ an der Leuphana Universität Lüneburg. Er ist Vorsitzender des Fachausschusses Wissenschaft der Deutschen UNESCO-Kommission und Mitglied im Nationalkomitee für die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

„Schauen, was wir selbst tun können“

Ariane Missuweit (25) war mit »kulturweit« in Ruanda – der Freiwilligendienst ist ein Projekt der Deutschen UNESCO-Kommission, das vom Auswärtigen Amt gefördert wird. Sie beschreibt, welche Rolle Nachhaltigkeit in Ruanda spielt.

Sie waren fünf Monate in Ruanda als Mitarbeiterin bei der ruandischen UNESCO-Kommission. Was haben Sie dort getan?

Zu meinen Hauptaufgaben gehörten Medienförderung und Bildungsarbeit. Ich habe Journalisten-Workshops gegeben, an Radiosendungen mitgewirkt und Schulprojekte zum Umweltschutz unterstützt. An einem Tag haben wir mit Schülern über tausend Bäume gepflanzt, als Beitrag zum Internationalen Jahr der Biodiversität. Die Schüler haben mir versprochen, die Bäumchen behutsam groß zu ziehen. Die Zeit war eine wertvolle Erfahrung für mich.



Welche Rolle spielt Nachhaltigkeit für die Menschen in Ruanda?

Nachhaltigkeit ist auf Regierungsebene inzwischen ein Mainstream-Thema. Seit 2005 beteiligt sich Ruanda an einer Initiative der Vereinten Nationen gegen Armut und für Umweltschutz mit mehreren Programmen. Die Medien berichten viel über den Zusammenhang von Nachhaltigkeit und Entwicklung, das Bewusstsein dafür steigt in der gebildeten Stadtbevölkerung. Die meisten Ruander leben jedoch weiterhin von der Landwirtschaft. Ruanda hat die größte Bevölkerungsdichte in Afrika. Die Menschen müssen auf immer kleineren landwirt-

schaftlichen Flächen anbauen, die Böden werden übernutzt, Wälder abgeholzt. Es ist wahrscheinlich, dass der Klimawandel diese Probleme verschärft.

Für Ihre Generation ist es entscheidend, dass die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung jetzt gestellt werden. Was denken Sie, wenn Politiker drängende Zukunftsfragen wie beim Klimagipfel in Kopenhagen nicht angehen?

Ich denke, dass die Politiker die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung schon vor 40 Jahren, nämlich mit der zunehmenden Globalisierung, hätten stellen müssen. Beim Klimagipfel ging es, wie so oft in der großen Politik, mehr um Machtfragen als darum, Konflikte zu lösen. Das zeigt, wie komplex und ineffektiv die viel beschworene „Global Governance“ ist, solange nicht alle bereit sind, diesen Weg mitzugehen. Man kann die Konferenz als Politikspektakel, als modernes Theaterstück betrachten, mit Demonstranten und Medien in den Nebenrollen und einem gelangweilten Publikum. Fragt sich, wer der große Regisseur ist und was er damit zeigen wollte, vielleicht politische Leere.

Was erwarten Sie ganz konkret von der Politik?

Die Untätigkeit der Politiker ist aus meiner Sicht systemimmanent. Vielleicht sollten wir nicht zu viel erwarten, sondern schauen, was wir selbst tun können. Die aktuelle Shell-Studie hat ja gezeigt, dass der Klimawandel ein Problem ist, das uns sehr bewegt. Wir wissen, dass die reichen Industrieländer die Hauptschuld dafür tragen. Warum also ändern wir unser Verhalten nicht? Wir sollten unsere Ansprüche und unser Konsumverhalten anpassen und uns bewusst werden, auf wessen Kosten wir leben.



Müssen junge Menschen stärker einbezogen werden?

Das ist eine rhetorische Frage, wie könnte ich da als Noch-Jugendliche Nein sagen. Es ist ja nicht so, dass wir nicht mitreden dürfen. Wir haben Jugendparlamente, -medien und -initiativen. Unsere Ideen werden unterstützt, vom EU-Programm „Jugend in Aktion“ bis zum Freiwilligendienst »kulturweit«. Aber an den Hebeln der politischen Entscheidungsgewalt sitzen andere. Und mit dem demographischen Wandel in Deutschland wird es für junge Menschen noch schwerer, ihre Interessen durchzusetzen. Alle reden über Frauenquoten, aber wenige über die Altersstruktur in der Politik. Ich wünsche mir, dass sich das ändert.

»kulturweit« ist der internationale kulturelle Freiwilligendienst für junge Menschen, die sich im Bereich der Kultur- und Bildungspolitik in Entwicklungsländern und in Osteuropa engagieren möchten. Das Projekt wird von der Deutschen UNESCO-Kommission konzipiert und durchgeführt und vom Auswärtigen Amt gefördert.

Weitere Informationen: www.kulturweit.de

„Mehr wissen! Mehr tun!“

Die Internetplattform „Mehr wissen! Mehr tun!“ möchte die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit für das Thema Nachhaltigkeit weiter steigern und zeigen, dass es gar nicht so schwer ist, im Alltag etwas für die Gestaltung einer nachhaltigeren Zukunft zu tun. Die Seite gibt Anregungen zum Handeln und stellt Ideen und Projekte vor, die sich für eine gerechte und zukunftsfähige Entwicklung einsetzen. Die Initiative entstand im Rahmen des Runden Tisches und des Nationalkomitees für die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Internet: www.mehr-wissen-mehr-tun.de

**MEHR
WISSEN!
MEHR TUN!**

• Friedrich Hagedorn und Annette Schneider
• unter Mitwirkung von Julia-Lena Reinermann

Nachhaltigkeit in den Medien

Zu komplex, zu sperrig, zu abstrakt? Längst ist das Thema Nachhaltigkeit in den Mainstream-Medien angekommen. Das zeigen Berichte über Klimawandel, Naturschutz oder soziale Gerechtigkeit. Sie werden nur nicht unter dem Label „Nachhaltigkeit“ präsentiert.



Abnehmende Eisflächen in der Arktis, erhöhte Durchschnittstemperaturen, zunehmende Extrem-Wetterlagen – der Klimawandel ist längst Realität, auch wenn wir ihn oft nicht unmittelbar selbst erleben. Tatsächliche Katastrophen-Szenarien in den Abendnachrichten oder fiktive, wie etwa in den Filmen des Regisseurs Roland Emmerich, finden dabei die größte Aufmerksamkeit.

Vielen Menschen ist allerdings klar, dass eine solche Katastrophen-Öffentlichkeit nicht ausreicht. Wir müssen handeln, um eine Eskalation des Klimawandels und des Verbrauchs an Ressourcen zu begrenzen und einen Wandel zu einer nachhaltigen Entwicklung einzuleiten. Diese hat gravierende Konsequenzen für alle ökologischen, sozialen, kulturellen, ökonomischen und psychologischen Dimensionen unseres Lebens und betrifft die individuelle und gesellschaftliche Praxis. Medien, insbesondere Presse, Fernsehen und Internet, besitzen eine herausragende Bedeutung, um für einen nachhaltigen Lebensstil zu sensibilisieren. Jenseits von Katastrophen-Szenarien können sie Initiativen und zukunftsweisende Handlungsmodelle zeigen. Sie können durch ihre Beiträge eine nachhaltigkeitsorientierte Öffentlichkeit herstellen und gesellschaftliche Akteure und Individuen motivieren. Nur steht sich das Thema dabei selbst im Weg: Die Umsetzung von Nachhaltigkeitsthemen bleibt sperrig. Der Begriff findet sich in fiktionalen Medienformaten kaum wieder. Er scheint für die Medienmacher zu komplex, zu wenig emotionalisierbar, zu wenig personalisierbar zu sein.

Nicht für ein breites Publikum?

Zwar sind einzelne Aspekte von Nachhaltigkeit wie Naturschutz, Klimawandel und soziale Gerechtigkeit in den Medien präsent. Einige Zeitschriften haben in der Vergangenheit ganze Ausgaben grüner Themen veröffentlicht (etwa „stern“ im März 2007, „Cicero“ im September 2008, das Technikmagazin „Chip“ im September 2008). Zum Stichwort Klimawandel finden sich am 16.09.2010 bei Bild.de 737, bei derwesten.de 1.599 und bei Spiegel online zirka 2.500 Verweise. Diese Zahlen haben sich im Vergleich zum

Vorjahr teils signifikant erhöht. Printmedien bilden also Teilbereiche von Nachhaltigkeit ab. Gleiches gilt für den Fernsehbereich: Verschiedene Sender haben einzelne Formate oder Serien zu nachhaltigen Themen integriert. Das UNEP/Wuppertal Institute Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production hat dazu 2009 einen Überblick unter dem Titel „Wie kommen nachhaltige Themen verstärkt in die Medien?“ veröffentlicht. Bemerkenswert ist auch, dass sogar Sendungen, die in der Grimme-Studie „TV-Medien und Nachhaltigkeit“ als durchaus nachhaltigkeitsorientiert bewertet wurden, von den eigenen Redakteuren nicht mit dem



© Christian Evertbusch/pixelio.de

Nachhaltigkeitsleitbild in Verbindung gebracht wurden. Eine Workshop-Reihe des Grimme-Instituts, an der rund 200 TV-Planer, Redakteure, Autoren und Produzenten teilgenommen haben, hat zudem gezeigt, dass das persönliche Interesse der Teilnehmer am Thema bemerkenswert hoch ist. Sie suchen jedoch nach fernsehtauglichen Präsentationen, die auch ein breites Publikum erreichen können. Eine Erfolg versprechende Nachhaltigkeits-Dramaturgie ist bislang kaum in Sicht.

Das geeignete Format für Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeitsthemen in den Medien müssen informieren, unterhalten und auch schwer zu erreichenden Zielgruppen einen Bezug zum eigenen Alltag

UNESCO- Trainingsmanual: Medien als Partner für Bildung für nachhaltige Entwicklung

Das Trainingsmanual der UNESCO informiert Journalisten über grundlegende Themen nachhaltiger Entwicklung. Es enthält zahlreiche praktische Übungen, die investigative Recherche inspirieren sollen und bietet Journalisten, Aus- und Weiterbildnern Handreichungen für Unterrichtsstunden. Leser können beispielhafte Berichterstattungen zu Themen der nachhaltigen Entwicklung nachlesen. Auch bietet das Trainingsmanual zahlreiche Hinweise zu weiterführender Literatur sowie ein Nachhaltigkeitsglossar.

Die Publikation deckt ökonomische, ökologische und soziale Themen ab. Sie nimmt nicht für sich in Anspruch, Antworten auf alle Fragen zu kennen, bezieht sich jedoch auf Erfahrungsberichte von Journalisten und empfohlene Ressourcen für die Recherche. Durch das Trainingsmanual sollen Medienvertreter motiviert werden, sich in die öffentliche Debatte zur Nachhaltigkeit einzuschalten und diese maßgeblich im Sinne der nachhaltigen Entwicklung mitzugestalten.

Das Trainingsmanual ist in englischer und französischer Sprache verfügbar unter www.unesco.org.

UNESCO Open Training Plattform: Trainings- materialien

Die UNESCO Open Training Plattform bietet einen einfachen und kostenfreien Zugang zu Trainings- und Weiterbildungsmaterialien verschiedenster Akteure der Entwicklungszusammenarbeit. Diese dürfen zu nicht-kommerziellen Zwecken kostenlos auch weiterbearbeitet werden.

Die Online-Plattform wendet sich sowohl an Trainer und Multiplikatoren als auch an Selbstlerner. Die Plattform bietet derzeit knapp 3.500 Trainingsangebote von mehreren Hundert Institutionen und Praktikern der Entwicklungszusammenarbeit, darunter UN-Einrichtungen wie FAO, UNEP und WHO sowie internationale Nichtregierungsorganisationen. Das Internetportal zählt fast 5.000 Mitglieder. Es enthält Materialien zu einer großen Bandbreite an entwicklungsrelevanten Themen, so zum Beispiel zu Bildung und Alphabetisierung, Landwirtschaft und Ernährung, Medien und Kommunikation, Computertaining, Sprachen, Geschlechterparität, rechtlichen Fragen, Gesundheit und Hygiene.

Die Trainingsplattform ist in englischer Sprache verfügbar unter www.opentrainingplatform.org

vermitteln. Für Unterhaltungsformate ist dies eine besondere Herausforderung. Hier kann zum Beispiel die Kommunikationsstrategie Entertainment-Education (E-E) ansetzen. Diese platziert bildende Elemente in Unterhaltungsformaten und nutzt die Tradition des Geschichtenerzählens, um prosoziale Botschaften zu transportieren. Studien haben nachgewiesen, dass diese Strategie im US-amerikanischen und europäischen Ausland bereits



© UNESCO/Georges Malempré

erfolgreich war, um Einstellungen und Verhalten der Medienkonsumenten zu verändern.

Das Ziel muss also sein, Nachhaltigkeit nicht mehr rein informativ, sondern auch in geeigneten fiktionalen Formaten anzubieten. Der Spielfilm „Die Hitzewelle“ (Sat.1/2008) thematisierte zum Beispiel Temperaturanstieg und Wasserknappheit im Stil einer konventionellen Dramaturgie. Die Produzenten achteten bei dem Film selbst auf Nachhaltigkeit, indem sie auf Flugreisen verzichteten, Hybrid-Wagen verwendeten und Bio-Catering bestellten. Er war bis zu dem Zeitpunkt der erfolgreichste eigenproduzierte Spielfilm des Senders. Pro Sieben veranstaltete im März 2010 bereits den zweiten „Green Seven“-Tag, der sich verschiedenen Nachhaltigkeitsthemen in Unterhaltungsform widmete. „Nachhaltigkeit im TV – ein Quotenkiller?“ stimmt also in dieser Form nicht. Die gleichnamige Stu-

die von Clemens Schwender wies nach, dass während der untersuchten Sendungen Zuschauer vor allem dann abschalteten, wenn sie „Talking Heads“, nämlich Statements einzelner Personen, sahen. Einspieler zu Aspekten von Nachhaltigkeit empfanden sie hingegen eher als interessant.

Nachhaltigkeit im Internet

Im Internet gibt es eine klarere Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit, zumindest die Quantität der Beiträge weist darauf hin. Der interaktive Charakter dieses Mediums scheint dem Thema dienlich zu sein. Eine Google-Abfrage zu den Suchwörtern „Nachhaltigkeit/Umwelt“ ergibt fast zwei Millionen Treffer, die Suchwörter „Nachhaltigkeit/Klima“ fast eine Million. Selbst die vergleichsweise spröde Bezeichnung „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ existiert in 185.000 Beiträgen; extremer werden die Zahlen bei einer englischsprachigen Suche: „sustainability/environment“ – 55 Millionen Treffer; „sustainability/climate“ – 35 Millionen Treffer. Deutlich ist die Rolle der Kommunikation: Zu „sustainability“ und „blog“ sind fast 15 Millionen Hinweise zu finden. Die Zahl von Nachhaltigkeitsblogs wächst stetig. So hat etwa die erfolgreiche US-amerikanische Onlinezeitung „Huffington Post“, die in Blog-Form erscheint und monatlich mehr als eine Million Kommentare ihrer Leserschaft integriert, eine eigene Rubrik „Green“. Hier scheint das bereits zu funktionieren, was andere Medien anstreben: Die Nutzer nehmen das Thema als eines wahr, das eng mit der eigenen Person und den eigenen Interessen verbunden ist. Die Folge: Durch eigene Kommentare und Beiträge wird der ursprüngliche Konsument zum aktiv Beteiligten. Die Auseinandersetzung läuft.

Friedrich Hagedorn leitet das Referat Grimme Medienbildung des Grimme-Instituts und ist Mitglied am Runden Tisch der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Annette Schneider ist Leiterin des Projekts „NRW denkt nach(haltig)“ und Mitarbeiterin des Grimme-Instituts. Julia-Lena Reiner-mann promoviert zum Thema.

„Künste setzen sich stets mit existentiellen Fragen auseinander“

Max Fuchs, Präsident des Deutschen Kulturrates, erläutert, warum Kunst den Menschen die Ideen der Nachhaltigkeit näher bringen kann.

Nachhaltigkeit ist ein sehr abstraktes Konzept. Wie kann Kunst dazu beitragen, die Ideen der Nachhaltigkeit zu vermitteln?

Ohne Kunst ist das Leben unvollständig. Daher gibt es Künste, seit es Menschen gibt. Sie machen überlebensrelevante Dinge und Prozesse des Alltags bedeutungsvoll. Man gelangt tief in die Köpfe und Herzen der Menschen. Es liegt also nahe, wenn Nachhaltigkeit für das Überleben der Menschheit hochrelevant ist, sie mit Hilfe von Literatur, Theater, Musik, Tanz oder Bildender Kunst bedeutungsvoll zu machen und damit in den Köpfen und Herzen der Menschen zu verankern.

Können das klassische Formate wie Konzerte und Theaterstücke ebenso leisten wie andere Ausdrucksformen?

Ein zentraler Begriff der Künste ist spätestens seit dem Ende des 18. Jahrhunderts die Autonomie. Der Begriff meint, dass die Künste sich von äußeren Zwecksetzungen befreit haben. Es bedeutet aber nicht, dass sie im luftleeren Raum schweben. Sie setzen sich stets mit existentiellen Fragen menschlicher Befindlichkeit auseinander. Sie tun es allerdings auf ihre spezifische Art und Weise. Sie ersetzen nicht intellektuelle Reflektion und Wissen durch Nachhaltigkeit. Insofern kann man die Frage mit Ja beantworten.

Wie wichtig ist es für eine nachhaltige Entwicklung, Menschen kreatives Handeln zu vermitteln?

Will man eine nachhaltige Entwicklung, muss man offensichtlich seine Umgangsweise mit sich und der Natur ändern, muss also kreativ werden, neue Verhaltensweisen erproben. Es ist dabei unstritten, ob Kreativität lehr- und lernbar



© Samuel J. Fleiner

Leuchtwand aus gebrauchten Kunststoffflaschen von Bär und Knell

ist. Wenn man aber die Sehnsucht nach einer besseren Umgangsweise mit der Natur weckt, weil es gelingt, deren Notwendigkeit plausibel zu machen, dann werden Menschen nach alternativen Handlungsstrategien suchen.

Welchen Beitrag leistet kulturelle Bildung zu einer Bildung für nachhaltige Entwicklung?

Bildung heißt zum einen Lebenskompetenz: Man ist in der Lage, sein Leben selbstgesteuert zu führen. Dazu gehört ein bewusstes Verhältnis zu sich und zur Natur. Kulturelle Bildung meint dasselbe, wobei dieses Ziel mit spezifischen, etwa künstlerischen Arbeitsweisen erreicht wird. Daher ist Sensibilität für die natürlichen Ressourcen, für die Umwelt und für sich und sein eigenes Verhalten stets Teil kultureller Bildung. Und deshalb kann kulturelle Bildung auch einen Beitrag zu einer Bildung für nachhaltige Entwicklung leisten. Viele interessante Kulturprojekte wie „Überlebenskunst“, ein Initiativprojekt der Kulturstiftung des Bundes, oder die Ausstellung „Zur Nachahmung empfohlen“ zeigen dies.

Prof. Dr. Max Fuchs ist Direktor der Akademie Remscheid, Vorsitzender des Instituts für Bildung und Kultur und Präsident des Deutschen Kulturrates. Er ist Mitglied der Deutschen UNESCO-Kommission und Mitglied in ihrem Fachausschuss Kultur.

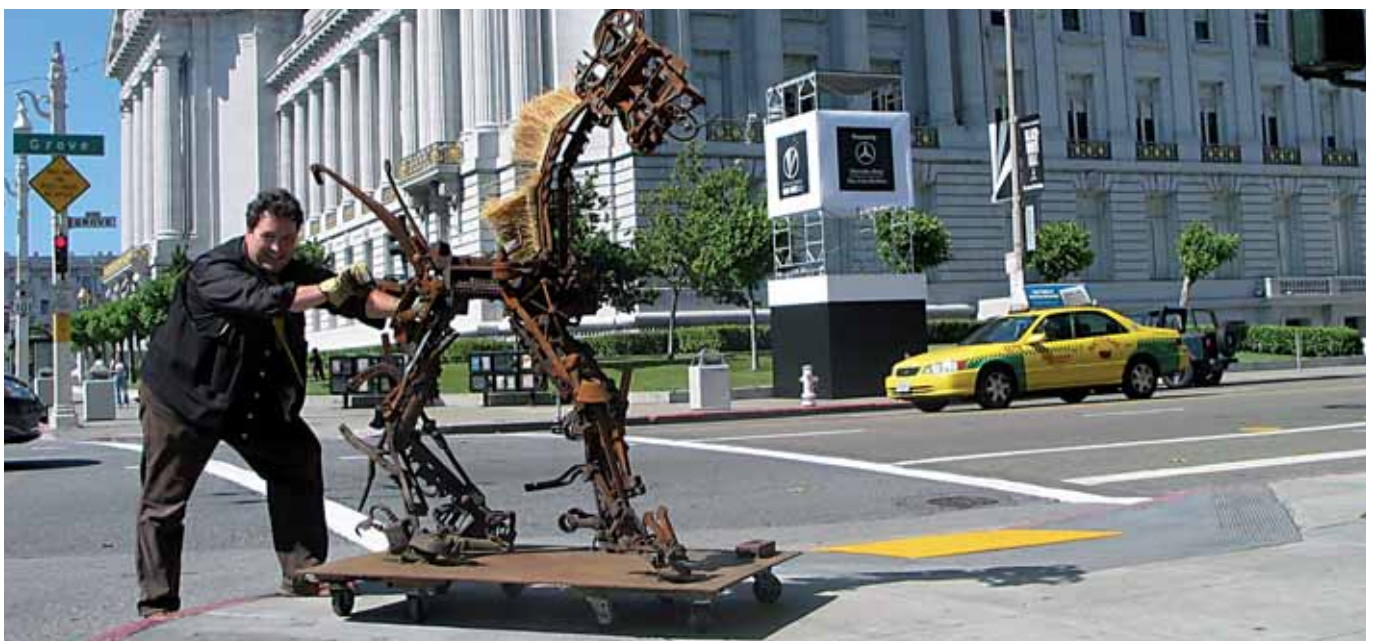
ÜBER LEBENSKUNST: Initiative für Kultur und Nachhaltigkeit

Die Kulturstiftung des Bundes und das Haus der Kulturen der Welt verankern mit dem gemeinsamen Initiativprojekt ÜBER LEBENSKUNST die Debatten, die im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung längst geführt werden, stärker als bisher in Kunst und Kultur. ÜBER LEBENSKUNST setzt sich künstlerisch – in Bildender Kunst, Diskurs, Literatur, Musik und Performance – mit den tiefgreifenden Veränderungen unseres Planeten auseinander und setzt dort an, wo naturwissenschaftliche Evidenz und politisches Handeln enden. Neue Allianzen zwischen Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, aber auch neue alltagstaugliche Ideen für einen kulturellen Wandel, an dem sich alle beteiligen, sollen initiiert werden.

2011 macht ÜBER LEBENSKUNST Berlin zum Schauplatz für künstlerische Projekte, die Kultur und Nachhaltigkeit verbinden: mit einer

Veranstaltungsreihe, Aktionen und Installationen im Stadtraum und einem Festival vom 17. bis 21. August. Eine internationale Jury hat 14 ÜBER LEBENSKUNST-Initiativen ausgewählt, die ein Jahr lang gefördert werden und ihre Wirkung an verschiedenen Orten Berlins entfalten. Weitere Projekte setzen sich mit den Themen Ernährung und Nahrungsanbau, Mobilität und individuellen Ressourcenverbrauch auseinander. Das mit dem Institut Futur der Freien Universität Berlin entwickelte Bildungsprogramm ÜBER LEBENSKUNST.Schule trägt die Themen Kultur und Nachhaltigkeit im gesamten Bundesgebiet in die Schulen und wurde im November 2010 als offizielle Maßnahme in den Nationalen Aktionsplan der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ aufgenommen.

Mehr Informationen:
www.ueber-lebenskunst.org



Transport der Schrottplastik „Hipparion“ von Odo Rumpf in die City Hall San Francisco.



Nachhaltigkeit gestalten



Gesine Schwan

Politik zwischen Nachhaltigkeit und schnellen Erfolgen

Nachhaltiges Handeln bedeutet Entscheidungen zu treffen, deren Erfolge sich erst in langfristiger Perspektive zeigen. Dagegen konzentriert sich das politische System hauptsächlich auf rasch nachweisbare Erfolge. Welche politischen Strukturen und Akteure sind nötig, um nachhaltige Politik durchzusetzen?

Nachhaltigkeitsthemen werden seit einiger Zeit mit steigender Intensität thematisiert und diskutiert. Dabei verstehen wir Nachhaltigkeit nicht mehr nur im ökologischen Sinne, sondern beziehen verstärkt soziale und ökonomische Fragen in die Diskussion mit ein. Trotz der Definition, dass Nachhaltigkeit die ebensqualität gegenwärtiger und zukünftiger Generationen sichern soll, thematisieren die verschiedenen Gesellschaftsakteure das Konzept in erster Linie innerhalb ihres Wirkungsfeldes.



© Deutscher Bundestag/Achim Melde

Entscheidungen mit langfristigem Horizont

Wir stehen auf nationaler Ebene vor Herausforderungen wie dem demografischen Wandel und sozialer Spaltung. Auf internationaler Ebene sehen wir uns Problemen wie Armut, HIV/Aids, Migration und Ressourcenknappheit gegenüber. Im Kontext politischen Handelns und angesichts dieser Entwicklungen stellt sich die Frage, ob unser derzeitiges politisches System der nationalstaatlichen De-

mokratien nachhaltige Politik fördert oder hervorbringen kann. Im Zusammenhang damit ist auch interessant, welche Reaktion nachhaltige politische Entscheidungen auslösen und welche Konsequenz sie für die Entscheider, also die politischen Verantwortlichen, bergen.

Ausschlaggebend hierbei sind unter anderem folgende Faktoren:

1. Die von uns gewählte Demokratieform zeichnet sich unter anderem durch die gewollten regelmäßigen Wahlen und die zeitlich begrenzten Legislaturperioden aus. Dieses System begünstigt daher eher kurzfristige und dadurch auch kurzsichtige Entscheidungen, die eine (Wieder-)Wahl unterstützen sollen.
2. Nachhaltige, langfristige und dadurch generationsübergreifende Entscheidungen erfordern eine gründlich vorbereitete, breite Unterstützung in der Bevölkerung, damit diese bereit ist, etwaige Belastungen in Kauf zu nehmen.
3. Damit Bürger nachhaltige Entscheidungen und deren Umsetzung akzeptieren, ist es wichtig, dass man die dahinter stehenden Interessen verallgemeinern (nach Habermas) und global durchsetzen kann. Hierin liegen aber auch die größten Hemmnisse für erfolgreiche Politik unter dem Gebot der Nachhaltigkeit: Territoriale Staaten haben eine unterschiedlich hohe Demokratieausprägung und einen unterschiedlichen wirtschaftlichen Wohlstand. Diese sehr verschiedenen Ausgangssituationen machen einheitliche Lösungen schwierig. So scheitern nachhaltige Entscheidungen oft bereits zu Beginn der Umsetzungsdebatte daran, dass die Akteure divergierende Auffassungen darüber haben, in welchem Ausmaß und in welchen Zeiträumen Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Im Lichte der Tagespolitik erscheinen solche Prozesse oftmals erfolglos und führen dazu, dass die Wähler die Verantwortlichen mit niedrigeren Zustimmungsqoten abstrafen.

Schon an diesen wenigen Kriterien lassen sich viele grundsätzliche Erfordernisse für einen lohnenden nachhaltigen politischen Einsatz ableiten:

- Aufklärung der Bevölkerung und Dialog
- Schaffung eines internationalen Regelwerkes durch die Vereinten Nationen

- Stärkung von Nicht-Regierungsorganisationen
- Der Privatsektor muss politische Verantwortung übernehmen für von ihm verursachte externe Kosten – also etwa Kosten für Umweltfolgen von Produktionsprozessen
- Mut und Zivilcourage der politisch Verantwortlichen
- Good-Governance-Ziele.

Die kurzfristigen Horizonte demokratischer Politik sind um der Kontrolle willen unvermeidbar. Wir müssen sie um Strukturen und Akteure ergänzen, die in längeren Horizonten denken und handeln. Sie können sich dabei zwar nicht durch Wahlen legitimieren, aber durch ein Handeln, das sich gemeinwohlorientiert an den universal verabschiedeten Werten und Rechten ausrichtet. Außerdem brauchen wir Mut und müssen Zusammenhänge analysieren, um unserer Interdependenz gerecht zu werden. So können wir effektive Alternativen und Mechanismen schaffen, um entgrenzte politische Herausforderungen gemeinschaftlich zu lösen.

Good Governance als Alternative

Solche Alternativen bieten Governance-Modelle und Multi-Akteurs-Koalitionen. Dabei ist mit Governance nicht eine individuell und hierarchisch geführte Entscheidungsstruktur gemeint, sondern eine Vielfalt von Akteuren und Prozessen, die aufeinander einwirken und sich miteinander abstimmen. Daher ist Good Governance kein geschlossenes System, sondern eine schlüssige Ordnung. Entscheidend ist, dass soziale Demokratie in diesem Paradigma nicht mehr allein auf den Nationalstaat als Akteur zurückgreifen kann. Vielmehr muss der traditionelle Sektor der Politik mit dem privaten Sektor, also den Unternehmen, und dem Sektor der organisierten Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Die Beteiligten haben durchaus unterschiedliche Kompetenzen und Legitimationen. Aber sie sind aufeinander angewiesen, um gemeinschaftlich Lösungen zu finden. Um dies zu verwirklichen, müssen Prozesse, die ein solches Modell konstituieren, möglichst koordiniert verlaufen und Akteure dementsprechend handeln. Das ist nicht einfach, aber es ist möglich. Dazu müssen alle außerstaatlichen Akteure



über ihre Eigeninteressen hinaus politische Verantwortung für internationale, gemeinwohlorientierte Regeln übernehmen. Good Governance ermöglicht es, Lösungen zu finden, die die Gesellschaft nicht nur mitträgt, sondern aktiv unterstützt und umsetzt. Wir brauchen noch viel konzeptionelle Überlegung und auch viel praktische Übung, um zu solcher Good Governance zu gelangen.

Für die Zukunft bedeutet dies: Wir brauchen verantwortliche Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft sowie eine aufgeklärte Öffentlichkeit, um ein globales Good-Governance-Modell durchzusetzen. Denn die Fähigkeit, Koalitionen nicht gegen Personen und Ziele zu bilden, sondern mit anderen Personen und Institutionen für gemeinsame Ziele, erfordert nicht nur Mut und Toleranz. Sie erfordert auch das notwendige Wissen um die Chancen und Möglichkeiten solcher Multi-Akteurs-Koalitionen.

An dieser Stelle kommt der UNESCO eine zentrale Schlüsselrolle zu. Über die Schwerpunkte und Arbeitsfelder Kultur, Wissenschaft, Bildung und Kommunikation, insbesondere aber über die in der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ initiierten Projekte arbeitet die UNESCO maßgeblich daran, das Thema Nachhaltigkeit in seiner gesamten Bandbreite in der Gesellschaft zu verankern. Bildung kann zum Schlüssel des mentalen Wandels werden, sofern wir sie effektiv gestalten. Um nachhaltige Entwicklung und nachhaltiges Handeln nicht nur im politischen Sektor zu ermöglichen, sondern auch auf sozialer und ökonomischer Ebene zu etablieren, ist eine andere Form der Bildung notwendig. Sie muss bereits Kindern und Jugendlichen vermitteln, verantwortungsbewusst zu handeln, vorausschauend zu denken und gemeinsam Entscheidungen zu treffen. Nur so können wir in Zukunft den eingangs erwähnten Herausforderungen gerecht werden, denn laut UNESCO kann „Nachhaltigkeit Menschen nicht verordnet werden, Nachhaltigkeit kann nur erlernt werden“. Diesen Prozess des lebenslangen Lernens gilt es kontinuierlich zu ermöglichen und zu unterstützen.

Prof. Dr. Gesine Schwan ist seit 2010 Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance



„Geistige statt physische Mobilität ist für die Zukunft wichtig“

Warum Radfahrer und Fußgänger an Bedeutung zunehmen und das Auto eher zum Hilfsmittel wird, begründet Hermann Knoflacher im Interview.

Schneller, höher, weiter. So lautet das Prinzip unserer Zeit. Brauchen wir wirklich immer mehr Mobilität?

Dass Mobilität für Menschen wichtig ist, behaupten die Konzerne und die von ihnen beeinflusste Politik und meinen die Fernmobilität. Eigentlich war die Fernmobilität für den größten Teil der Menschheitsgeschichte eine Bedrohung als ein Wunsch. Nicht physische Mobilität war gefragt, sondern geistige Mobilität. Sie war die Voraussetzung, um Zivilisation und Kultur zu entwickeln. Technische Verkehrssysteme haben diese Grenzen gesprengt. Das moderne Verständnis von Mobilität beruht auf dem Irrglauben, Zeit durch Geschwindigkeit einzusparen. Das war die treibende Kraft etwa für Flugzeug und Auto.

Diese Verkehrsmittel tragen heute massiv zum Klimawandel bei. Müssen wir darauf in Zukunft verzichten?

Sie tragen nicht nur zum Klimawandel bei, sondern haben auch die Strukturen des Zusammenlebens grundlegend verändert. Siedlungen und Wirtschaft sind von unfassbaren Mengen an Energie für Mobilität abhängig, die es bald so billig und konzentriert nicht mehr geben wird. Wir müssen in Zukunft auf ineffiziente Verkehrsmittel verzichten. Das wird ein Gewinn sein. Denn bei technischen Verkehrsmitteln handelt es sich genau genommen um Bewegungsprothesen. Verzicht auf diese Prothesen, ist das ein Gewinn an Vitalität und Unabhängigkeit. Die geistige Mobilisierung ist daher die Herausforderung der Zu-

kunft. Leider gibt es Bemühungen, genau das um jeden Preis zu vermeiden, weil es bequemer erscheint.

Wie sieht für Sie die Mobilität der Zukunft aus?

Auch in Zukunft werden die Menschen täglich im Schnitt genauso viele Wege wie heute zurücklegen, rund drei. Die Zeit für Mobilität wird die Gleiche sein wie heute, etwas mehr als eine Stunde täglich. Die Wege werden nur kürzer sein und damit kann es lokal besser angepasste, vielfältigere und schönere Lösungen geben. In einer gut organisierten Struktur können wir bewegte Massen und Geschwindigkeiten reduzieren. Fußgänger und Radfahrer nehmen an Bedeutung zu, ebenso der öffentliche Verkehr. Das Auto



© Georg Winkens / iStockphoto.com

hat keine Zukunft in der Stadt – auch nicht auf dem Land. Menschen nutzen es nur noch als Bewegungsprothese oder Hilfsmittel beim Transport.

Was wird sich an unserer Infrastruktur verändern müssen?

Die bestehende Infrastruktur wurde im 19. und vor allem im 20. Jahrhundert gebaut – aus heutiger Sicht vollkommen falsch, es gilt sie zu beseitigen. Einzelne Städte und Regionen haben damit bereits begonnen. Sie wandeln Fahrbahnen zunehmend in Fußgängerzonen um, reißen Autobahnen wie in Birmingham oder Seoul ab, oder bauen sie gar nicht mehr, wie in Bogota. Die Infrastruktur, aber auch die Siedlungsstrukturen müssen sich wieder dem Menschen anpassen und nicht, wie heute, dem Auto. Nur so können wir die Probleme der Zukunft bewältigen.

Wer steht eher in der Pflicht: Die Politik, die die Strukturen ändert oder der Einzelne, der seine eigenen Handlungsmuster hinterfragt?

Strukturen bestimmen das Verhalten. Daher sind alle, die Struktur festlegen, verpflichtet, die erforderlichen Strukturänderungen durchzusetzen. Der Einzelne ist dabei aber ebenso gemeint wie die Politik. Wir müssen weg von den sozialen, ökologisch und ökonomisch unverträglichen hin zu zukunftsfähigen Strukturen. Wir müssen weg von den Parkplätzen bei den Objekten, in den Dörfern und Städten hin zu autofreien und menschengerechten Siedlungen, Gesetzen und Finanzregeln. Wir brauchen eine menschliche Kultur des Miteinanders statt Gegeneinanders.

Prof. Dr. Hermann Knoflacher ist emeritierter Professor am Institut für Verkehrswissenschaften der Technischen Universität Wien.

Tim Jackson und Jules Peck

Nachhaltige Wirtschaft: Wohlstand ohne Wachstum

Die Wirtschaft muss wachsen, wachsen, wachsen. Jahrzehntelang galt dieser Glaubenssatz. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat jedoch eine neue Debatte ausgelöst.

Die Segnungen des Wirtschaftswachstums sind ungleichmäßig verteilt. 20 Prozent der Weltbevölkerung verdienen nur zwei Prozent des globalen Einkommens. Damit verbessert sich nicht das Leben derjenigen, die es am dringendsten nötig hätten. Eine wachsende Wirtschaft wirkt sich auch auf die Umwelt aus. Wir leben zurzeit so, als stünden uns endlos Ressourcen zur Verfügung. Da die reichen Länder weit mehr als ihren gerechten Anteil des Planeten verbrauchen, müssen wir radikal zurückfahren, wenn für die Armen dieser Welt überhaupt Hoffnung auf eigenen Wohlstand bestehen soll.

Technische Verbesserungen führen dazu, dass immer weniger Arbeitskräfte zur Herstellung derselben Güter benötigt werden. Wenn die Produktionsmenge nicht steigt, werden Arbeitsplätze abgebaut und eine Spirale der Rezession beginnt. Innerhalb dieses Systems ist Wachstum notwendig, um einen Kollaps zu vermeiden.

Die Bankenkrise erschütterte das vorherrschende Wirtschaftsmodell in seinen Grundfesten. Sie definierte die Grenzen zwischen Markt und Staat neu und zwang uns, finanzielle Nachhaltigkeit – wie auch ökologische Nachhaltigkeit – in der Weltwirtschaft zu erreichen. Wenn das Wachstum zum Erliegen kommt, werden Unternehmen zahlungsunfähig, verlieren Menschen ihre Arbeit und Regierungen können scheitern. Wir befinden uns also in einer Zwickmühle: Wachstum ist nicht unbedingt nachhaltig, aber „Nicht-Wachstum“ scheint wiederum instabil.

Begrenzttes Volumen und der Entkopplungsmythos

Es wird daher eine „Entkopplung“ der Wirtschaftstätigkeit vom Materialdurchfluss gefordert. Auf den ersten Blick passt diese Logik zu den Fakten. So sank zum Beispiel die globale Kohlendioxid-Intensität in den letzten Jahrzehnten um fast 25 Prozent. Aber Effizienzsteigerungen werden stetig durch ein höheres Gesamtvolumen aufgehoben. Die Koh-

lendioxid-Emissionen stiegen weltweit um 40 Prozent, während die Kohlendioxid-Intensität sank. In einer Welt mit fast sieben Milliarden Menschen müsste die Kohlendioxid-Intensität um mehr als elf Prozent jährlich sinken, um das Klima zu stabilisieren. Das wäre 16 Mal schneller, als dies seit 1990 der Fall war.

Entkopplung in diesem Umfang ist undenkbar. Wir müssen das Gesamtvolumen der globalen makroökonomischen



Tätigkeit begrenzen. Die reiche Welt muss einen Rückwärtsgang finden, wenn wir gerecht mit unseren Mitbürgern zusammenleben wollen. Auch Regierungen befinden sich derzeit in einem Konflikt. Obwohl es ihre Aufgabe ist, „die Zukunft zu sichern“, werden sie, solange die makroökonomische Stabilität vom Wirtschaftswachstum abhängt, soziale Strukturen fördern, die einen materialistischen Individualismus stärken.

Wohlstand und nachhaltige Wirtschaft

Das Buch *Prosperity Without Growth* (Wohlstand ohne Wachstum) und der Blog TED stellen in drei Bereichen zwölf Schritte für den Übergang zu neuem Wirtschaften vor. Erster Bereich ist die Festlegung von Ressourcen- und Umweltgrenzen und deren Integration in wirtschaftliches und soziales Wirken durch: Rohstoff- und Emissionsobergrenzen und Reduktionsziele, Steuerreformen und Unterstützung des ökologischen Wandels in Entwicklungsländern.

Zweiter Bereich ist die Entwicklung einer neuen Makroökonomie für Nachhaltigkeit, deren Stabilität nicht von der unermüdlichen Steigerung des Materialdurchflusses und vom Wachstum abhängt durch: Entwicklung einer ökologischen Makroökonomie, Investitionen in Arbeitsplätze, Güter und Infrastruktur, Erhöhung der finanziellen und steuerlichen Umsicht und Überarbeitung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Dritter Bereich ist die Befreiung des Menschen von der sozialen Logik der materialistischen Konsumgesellschaft durch: Arbeitszeitpolitik, Inangriffnahme systemischer Ungleichheiten, Messung von Möglichkeiten des Gedeihens, Stärkung des sozialen Kapitals und Entzauberung der Konsumkultur.

In vielen dieser Bereiche müssen die Regierungen die Führung übernehmen, aber auch Unternehmen müssen zu Veränderungen beitragen. Robert Solow, Wirtschaftsnobelpreisträger und einer der Architekten der modernen Theorie des

wirtschaftlichen Wachstums, sieht zwischen Nullwachstum und Kapitalismus keinen Widerspruch. Forderungen nach einer Modernisierung des Kapitalismus werden immer häufiger laut.

Eine Wirtschaft des Dynamischen Gleichgewichts

Unsere Vision ist eine neue Form der Wirtschaft des Dynamischen Gleichgewichts, die bei einem stetigen Gesamtvolumen trotzdem sehr dynamisch bleibt

und in den Unternehmen ebenso kreativ und innovativ sein müssen. Hierbei konzentrieren sich Unternehmen und Märkte darauf, die höchstmögliche Anzahl an Wohlstandseinheiten pro Einheit Planeteninput zu erzielen.

Dazu bedarf es einer Verschiebung des Schwerpunkts von einem geschaffenen „Bedarf“ hin zu echten „Bedürfnissen“ und von „größer und mehr“ zu „besser“. Volles Eigentum im Sinne des Cradle-to-Cradle-Prinzips und eine Hinwendung zu



Servicemodellen werden die Norm. Die Herstellung von Produkten wird als Beitrag zur Erfüllung der gesellschaftlichen Bedürfnisse betrachtet.

Obergrenzen für die Wirtschaft und strikte Begrenzungen des Durchsatzes erfordern wirtschaftliches Handeln, bei dem erneuerbare Ressourcen in Mengen verbraucht werden, die die Regenerationsrate nicht überschreiten und die Abbaumengen nicht erneuerbarer Ressourcen die Menge der diese ersetzenden,

geschaffenen erneuerbaren Ressourcen nicht übersteigen.

Von Menschen erzeugtes Kapital wird intakt gehalten und der Schwerpunkt wird auf Technologien liegen, die die Produktivität von Ressourcen steigern. Die Unternehmen werden sich auf langlebigere, beständige Produkte umorientieren, die während ihrer Lebensdauer in der Ressourcennutzung effizienter sind und nicht so schnell ersetzt werden müssen. Auch eine neue Investitions-

Ökologie wird erforderlich, die die Langfristigkeit von Investitionen in Nachhaltigkeit fördert und Unternehmen von Ressourcenintensität, Arbeitsproduktivität, endloser schöpferischer Zerstörung und Hyperkonsumismus fortführt.

Unser Wohlergehen und die Grenzen unseres Planeten können als treibende Kraft für eine neue Sicht auf Innovation und neue Geschäftsmodelle genutzt werden. Bei diesen Veränderungen wird es Verlierer und Gewinner geben. Einige Wirtschaftsbereiche werden sich stärker umstellen müssen als andere. Die Unternehmen, denen es gelingt, sich auf diese Veränderungen einzustellen, werden erfolgreich und ein Teil der Bewegung in eine nachhaltige Zukunft sein.

Das Weltwirtschaftsforum bestätigt dies in seiner Veröffentlichung *Redesigning Business Value*, in dem es eine Wirtschaft voraussieht, in der „wir keine ‚Sachen‘ mehr verkaufen; wir steigern das Wohlergehen der Menschen insgesamt. Nachhaltigkeit war und ist daher für uns ein Katalysator für Innovationen, wobei es um das Recht aller Erdenbürger geht, effizient und ausreichend innerhalb der Grenzen der natürlichen Systeme zu konsumieren.“ Wahrer Wohlstand besteht in unserer Fähigkeit, als menschliche Wesen zu gedeihen – innerhalb ökologischer Grenzen eines endlichen Planeten. Die Herausforderung für unsere Gesellschaft, für Politik und Wirtschaft besteht darin, die Bedingungen zu schaffen, unter denen dies möglich ist. Dies ist die dringlichste Aufgabe unserer Zeit und eine lösbare.

Tim Jackson ist Professor für Nachhaltige Entwicklung, Leiter der Research Group on Lifestyles, Values and Environment (RESOLVE) und Wirtschaftskommissar der britischen Sustainable Development Commission (SDC). Jules Peck ist Gründungsmitglied der Innovations- und Strategieberatungsagentur Abundancy Partners, Trustee von nef und Fellow von ResPublica. Übersetzung: Hella Schneider.



© Maria Riús Planas / stock.xchng

Kartikeya V. Sarabhai

Green Leapfrogging: Aus den Fehlern des Westens lernen

Der Konsum in Entwicklungs- und Schwellenländern nimmt zu. Und bedroht auch dort Umwelt und natürliche Ressourcen. Neue Wege sind gefragt, um aus den Fehlern des Westens zu lernen.

Wenn ein sich entwickelndes Land tatsächlich einen Weg der nachhaltigen Entwicklung einschlagen kann, dabei aus den Fehlern der entwickelten Länder lernt und gleichzeitig alles Positive und Nachhaltige erhält, dann könnte Entwicklung heute vorteilhaft erscheinen. Den Entwicklungs- und Schwellenländern fällt dies nicht unbedingt leicht. Auf der Welt ist nur noch wenig Raum für weiteres menschliches Einwirken; was vielleicht vertretbar und vorhanden war, wurde bereits von den entwickelten Ländern aufgebraucht. Alte Technologien werden wie abgetragene Kleider in die Entwicklungsländer abgegeben. Der Zugang zu saubereren Technologien ist begrenzt und kostspielig. Gegebene Versprechen zur Entwicklungshilfe werden nur von wenigen Ländern erfüllt.

Während der traditionellere Entwicklungsweg bekannt ist und daher bequemer wirkt, ist die Route der nachhaltigen Entwicklung unerforscht. Die Bilder von Entwicklung sind in der sich entwickelnden Welt tief verwurzelt. Obwohl diese wenig nachhaltig sind, besteht trotzdem die Sehnsucht, diese zu imitieren, statt daraus zu lernen. Der indische Bericht zum Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro hob dieses Dilemma hervor. „Während es bei Entwicklung um die Frage zu gehen scheint, ‚wie man sie erreicht‘, ist die eigentliche Herausforderung, ‚wie man es vermeidet, dahin zu gelangen‘. Wie



© HENG KONG CHEN / istockphoto.com

kann man sich von den konventionellen Entwicklungszielen mit all ihren scheinbaren Verlockungen fernhalten, von mehr und größeren Privatautos, von klimatisierten Einkaufszentren und einer Gesellschaft, die jede Menge Abfall produziert?

„CO₂: Triff die richtige Wahl!“

Der Slogan der UNEP-Kampagne zum Welt-Umwelttag 2008 lautete: „CO₂: Kick the Habit!“ („CO₂: Gib die (schädliche) Gewohnheit auf!“). Unser Zentrum für Umweltbildung wurde von der Regierung beauftragt, die Kampagne in Indien umzusetzen. Was würde solch ein Slogan für einen indischen Dorfbewohner bedeuten, der vielleicht noch nie Zugang zu elektrischem Strom, weder

fließendes Wasser noch eine Toilette hatte? Welche CO₂-intensiven Gewohnheiten sollte eine arme indische Familie auf dem Land „aufgeben“ oder auch Bewohner indischer Städte? 40 Prozent der Stadtbevölkerung Indiens lebt in Slums. Wie sollen diese Menschen eine Gewohnheit aufgeben, die sie sich niemals leisten könnten? So entstand ein neuer Slogan: Das Wort „kick“ wurde durch „pick“ (wählen) ersetzt und lautete nun „CO₂: Pick Right“ („CO₂: Triff die richtige Wahl“). Dadurch sollten Menschen aufgefordert werden, über nachhaltige Entwicklungsentscheidungen nachzudenken. Mit diesem Slogan sollte auch auf das Konzept des Leapfrogging, also des freiwilligen Auslassens einzelner Stufen im Laufe eines Entwicklungsprozesses, aufmerksam gemacht werden.



Von Wahlmöglichkeiten und traditionellen Lösungen

Dieses Konzept bringt mehrere Herausforderungen mit sich: Die größte ist die geistige Herausforderung. Wie können wir Planer und den Großteil der Gemeinschaft, die eine konventionelle Vorstellung von Entwicklung haben, zu kritischen Denkern machen und sie in die Lage versetzen, etwas anders zu machen? Die zweite Herausforderung besteht im Zugang zu Wahlmöglichkeiten und Technologien. Zu wissen, welche Optionen es gibt und neue Lösungen zu entwickeln oder zu übernehmen, an örtliche Gegebenheiten anzupassen und mitunter auf traditionelle Lösungen zurückzugreifen. Die dritte Herausforderung liegt im Umgang mit jenen Akteuren, die ein eigenütziges Interesse an der Propagierung einer veralteten Lösung haben. Dies können sowohl lokale als auch multinationale Unternehmen sein. Es ist gar nicht so einfach, organische Dünger anstelle von Kunstdünger zu propagieren oder die dafür bestehenden Subventionsstrukturen zu verändern.

Denn nachhaltige Lösungen haben keine so starken Fürsprecher wie industrielle Lösungen. Die Gruppen, die für Autos und Straßen argumentieren, sind stärker als jene, die sich für breitere Fußwege oder Radwege aussprechen. Die vierte Herausforderung ist die finanzielle. Kurzfristig mag die traditionelle Lösung, die mit älteren Technologien einhergeht, kostengünstiger wirken, wenn die Umweltkosten vernachlässigt werden. Und die fünfte ist schließlich die Frage der finanziellen Unterstützung. Bereits in den 1970er Jahren „vereinbarten die reichsten Länder der Welt, jährlich 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens in internationale Entwicklungshilfe zu investieren.“ Mit Ausnahme der skandinavischen Länder und der Niederlande hat sich jedoch keines der wohlhabenden Länder an diese Verpflichtung gehalten.

Handeln lernen und eine nachhaltige Gesellschaft aufbauen

In der Kopenhagener Vereinbarung heißt es: „Entwicklungsländern, vor allem jenen mit geringem Emissionsaufkommen,

sollten Anreize geboten werden, um bei ihrer Entwicklung weiterhin den Weg geringer Emissionen zu beschreiten. Den Entwicklungsländern sollte eine aufgestockte, neue und zusätzliche, planbare und angemessene Finanzierung sowie ein verbesserter Zugang zu dieser (...) zur Verfügung gestellt werden, damit verstärkte Minderungsmaßnahmen zur verstärkten Umsetzung der Klimarahmenkonvention ermöglicht und unterstützt werden können, einschließlich umfangreicher Finanzierungshilfen zur Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung (REDD-Plus), für Anpassung, Technologieentwicklung und -transfer sowie Kapazitätsaufbau.“

Auf globaler Ebene ist es nicht wirklich eine Frage des Willens, ob Entwicklung nachhaltig sein sollte oder nicht. Es wird geschätzt, dass wir Menschen etwa 1,3 Mal so viel verbrauchen, wie unser Planet hergibt. Wir bräuchten zwei Erden, damit sich die bis 2030 von den Menschen benötigten Ressourcen regenerieren können.

Funktionierende Wissenschaftsinfrastrukturen

Was nachhaltige Entwicklung für einen Staat bedeuten soll, kann nur die jeweils betroffene Bevölkerung selbst festlegen. Um Alternativen und deren Vor- und Nachteile in einem informierten und demokratischen Prozess abzuwägen, braucht es umfassende Forschung – im Land selbst.

Ein Beispiel: Der IPCC prognostiziert für einzelne Länder grobe Klimatrends, kann aber wenig über die Auswirkungen auf die Landwirtschaft oder auf Tier- und Pflanzenarten sagen. Auf globaler Ebene kann auch nicht beurteilt werden, wie Bewirtschaftungsformen auf Veränderungen des Klimas reagieren. Daher braucht es in jedem Land wissenschaftliche Einrichtungen, die empirisch und konzeptionell forschen und den globalen Wandel überwachen. In einigen wenig entwickelten Ländern wird Forschung fast ausschließlich von ausländischen Forschern durchgeführt, was den Ländern keinen dauerhaften Nutzen bringt.

Nachhaltige Entwicklung ist in Zeiten globalen Wandels ein ehrgeiziges Entwicklungsziel. Daher brauchen heute alle Staaten eine Wissenschaftsinfrastruktur: Forschungsinstitute, Universitäten, Förderfonds, wissenschaftliche Politikberatung etc. Dazu beizutragen ist eine wichtige Aufgabe der UNESCO. In Afrika hat sie Dutzende von Staaten beraten, um eine eigene Wissenschaftspolitik zu entwerfen. Sie hilft außerdem vielen Staaten dabei, statistische Daten über ihre Forschungssysteme zu sammeln und sorgt dafür, dass Umweltdaten über Ländergrenzen ausgetauscht sowie Daten aus globalen Beobachtungsnetzen dauerhaft nach einheitlichen Standards gespeichert werden. Dutzende von Forschungsinstituten unter UNESCO-Schirmherrschaft arbeiten weltweit zusammen, ebenso mehrere hundert Nationalkomitees zu Umweltforschungsprogrammen und darüber hinaus hunderte von UNESCO-Lehrstühlen.

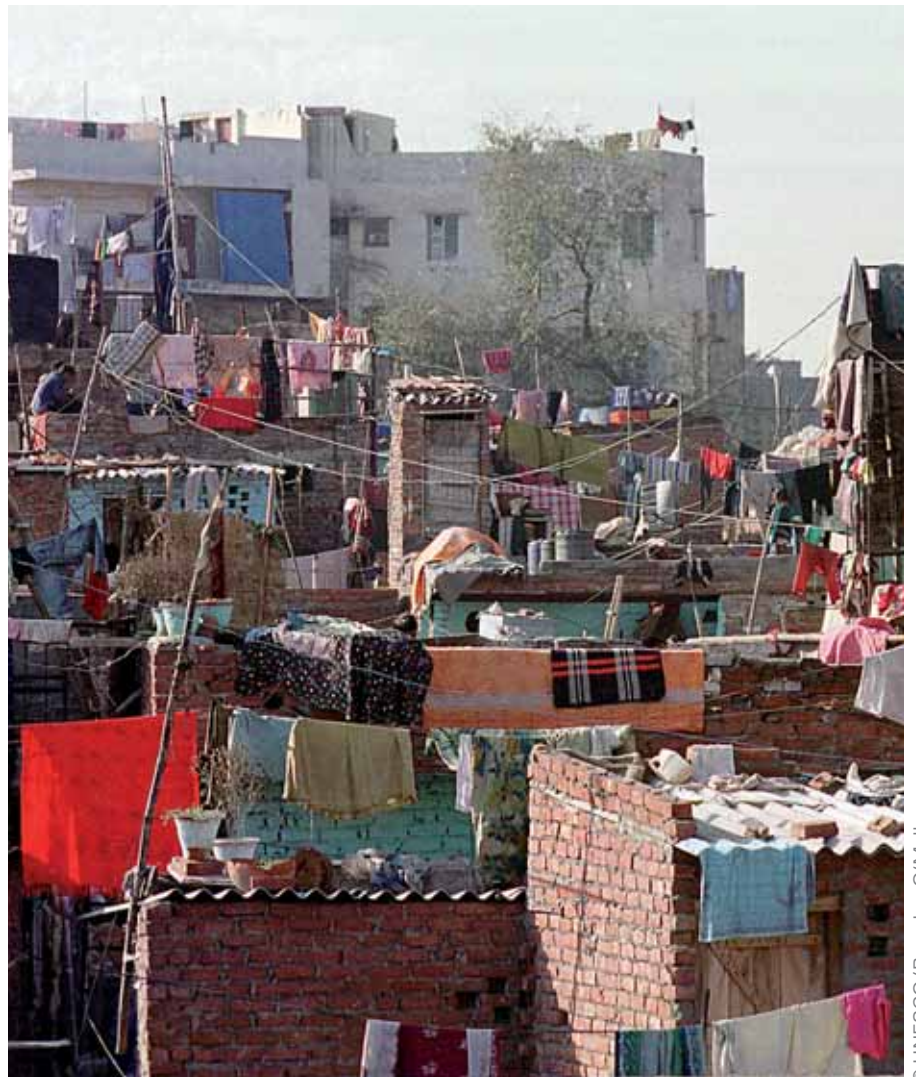
Doch dieses krasse Bild wird immer noch nicht ernst genommen. Der menschliche Glaube an eine Wundertechnologie, die alle Probleme lösen wird, ist vielleicht zu stark. Ihren Lebensstil zu verändern, scheint für die entwickelten Länder zu schwierig zu sein und für die sich entwickelnden Länder auch mehr als unwahrscheinlich. Die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, in der Federführung der UNESCO, wurde in genau dieser Absicht ins Leben gerufen. Die Weltkonferenz in Bonn zur Halbzeit der UN-Dekade betonte erneut die Notwendigkeit kritischen Denkens, wählen zu können statt zu imitieren, und, ganz wichtig, handeln zu lernen. Die Zivilgesellschaft muss sich engagieren und zur treibenden Kraft für eine nachhaltige Welt werden. Hierfür ist ein ethischer Rahmen für eine nachhaltige Welt ebenso wichtig wie Wissen, Können, Technologien, politische Maßnahmen und Überwachungsmechanismen. Bil-

dung für nachhaltige Entwicklung muss die nötige Bedeutung als Schlüssel zu Veränderungen beigemessen werden.

Die Welt muss sich zur Nachhaltigkeit hin entwickeln. Während die reichen Nationen ihren Lebensstil überdenken und sich neu ausrüsten müssen, hat die sich entwickelnde Welt die Möglichkeit, einige Entwicklungsschritte zu überspringen und direkt eine nachhaltige Gesellschaft aufzubauen, statt der klassischen Route zu folgen und ein Land mit hoher CO₂-Emission zu werden. Das ist grünes Leapfrogging. Es ist möglich und notwendig!

Kartikeya V. Sarabhai ist Direktor des Centre for Environment Education (CEE) in Ahmedabad, Indien. Er war General Rapporteur der UNESCO-Weltkonferenz Bildung für nachhaltige Entwicklung 2009 in Bonn.

Übersetzung: Hella Schneider.



Alberto Acosta

Sumak Kawsay: Das Prinzip des Guten Lebens

In Ecuador ist die Natur durch die Verfassung geschützt. Der Schutz des Regenwaldes hat damit Vorrang vor Bohrungen nach Erdöl. Entwicklungs- und Wirtschaftskonzepte berücksichtigen auch die Weltsicht der Ureinwohner.

Eine globale Krise erschüttert die Welt. Ihre Auswirkungen breiten sich in konzentrischen Kreisen aus. Täglich wird über den Anstieg der Arbeitslosigkeit, der Armut und des Hungers auf der Welt berichtet. Niemand zweifelt mehr an der Zerstörung der Umwelt. Die herkömmliche Wirtschaftspolitik ist in Verruf geraten und das vorherrschende Denkmuster mit dem Markt als Dreh- und Angelpunkt stürzt in sich zusammen. Die Politik der multilateralen Kreditinstitutionen erlebt eine rasante Entwertung. Der Kapitalismus ist – wieder einmal – in einer tiefen Krise.

Diese Krise ist, wie alle Krisen, asymmetrisch, doch weist sie eine Reihe von neuen und parallel laufenden Facetten auf, die über den wirtschaftlichen Aspekt hinausgehen. Sie zeigt Auswirkungen in anderen Gebieten wie Umwelt, Energie und Ernährung, möglicherwei-



se als Vorstufe einer tiefen und lang anhaltenden Zivilisationskrise. Das macht sie umso komplexer und erfordert dringende strukturelle Lösungen statt Provisorien.

Prinzip des Guten Lebens als Chance

Aus Sicht der historisch ausgegrenzten und benachteiligten Bevölkerungsgruppen stellt sich das Prinzip des Guten Lebens oder Sumak Kawsay (in Quechua) in diesem komplexen Moment der Menschheitsgeschichte als Chance dar, eine andere Gesellschaft aufzubauen. Außerdem offenbart diese Auffassung die Fehler und Grenzen der verschiedenen so genannten Entwicklungstheorien. Um zu verstehen, was das Gute Leben impliziert, das nicht einfach mit dem „westlichen Wohlstand“ gleichzusetzen ist, müssen wir zunächst die Weltanschauung der indigenen Völker und Nationen heranziehen. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Modernisierung der Gesellschaft, insbesondere durch die Aufnahme zahlreicher und äußerst wertvoller technischer Errungenschaften in die Logik des Guten Lebens, negiert werden soll.

In der indigenen Weltanschauung ist die soziale Entwicklung eine Kategorie, an der kontinuierlich weitergebaut wird und die sich ständig reproduziert. Dabei steht das Leben selbst auf dem Spiel. Aufgrund der Vielfalt der Elemente, welche die menschlichen Handlungen bedingen, die das Gute Leben ermöglichen, sind materielle Güter bei diesem holistischen Ansatz nicht die einzigen bestimmenden Faktoren. Es geht um andere Werte, darunter Wissen, soziale und kulturelle Anerkennung, ethische und sogar spirituelle Werte im Umgang mit Gesellschaft und Umwelt, menschliche Werte und Zukunftsvisionen.

Lebensphilosophie der indigenen Gesellschaften

Diese Weltanschauung basiert nicht auf einem linearen Prozess, der ein Vorher und ein Nachher voraussetzt und somit fehlt auch das Konzept der Unterentwicklung, die es zu überwinden gilt, sowie der Zustand der idealen Entwicklung, der erreicht werden soll (was im Übrigen für die Mehrheit der Bevölkerung unmöglich ist). Sie entbehrt diesen in der westlichen

Auffassung vorhandenen Zwiespalt, der zum Fortbestehen der derzeitigen Zustände maßgeblich beigetragen hat. Die indigenen Völker teilen nicht die traditionelle Auffassung, Armut sei an mangelnde materielle Güter bzw. Reichtum an ihr Vorhandensein geknüpft.

Das Gute Leben ist also eine Kategorie in der Lebensphilosophie der alten indigenen Gesellschaften, die aufgrund der Praktiken und Botschaften der modernen westlichen Welt nach und nach ins Hintertreffen geraten ist. Allerdings legt sie uns ohne falsche Idealisierung die Existenz eines anders gearteten „Wissens“ nahe, in einem Prozess kontinuierlicher Entkolonisierung des Denkens. Diese Andenvision ist jedoch nicht die einzige Inspirationsquelle für die Förderung des Guten Lebens. Auch aus bestimmten westlichen Kulturkreisen erheben sich immer mehr Stimmen, die bis zu einem gewissen Grad mit der Vorstellung der Indigenen harmonieren könnten.

Wirtschaftswachstum bedeutet nicht Entwicklung

Den verheerenden Folgen des Klimawandels durch einen anthropozentrischen Lebensstil werden tief greifende Veränderungen entgegengesetzt, die nötig sind, um die Menschheit vor den drohenden ökologischen und sozialen Risiken zu bewahren. Der zügellose Materialismus könnte zum kollektiven Selbstmord führen, angesichts solcher schwer wiegender Probleme wie die Erwärmung der Erdatmosphäre, das wachsende Ozonloch, der Verlust von Süßwasservorkommen, die Verringerung der landwirtschaftlichen und wild wachsenden Artenvielfalt, die Verschlechterung der Bodenqualität und das Verschwinden der Lebensräume der indigenen Bevölkerungen.

Zunächst muss der Begriff des Wirtschaftswachstums überdacht werden. Wirtschaftswachstum ist nicht gleichbedeutend mit Entwicklung. Deshalb ist es auch nicht der Weg, dem einzig und allein Priorität eingeräumt werden soll. Auch auf globaler Ebene hat die Auffassung eines Wachstums auf der Grundlage unerschöpflicher natürlicher Ressourcen und eines Marktes, der die Gesamtheit der produzierten Waren aufnehmen kann,



nicht zu einer Entwicklung geführt. Viel mehr gibt es eine „Fehlentwicklung“ zu bemängeln, auch in den Industrieländern, die gemeinhin als „entwickelt“ gelten.

Aber das ist noch nicht alles, denn zum Einen wird damit der materielle Wohlstand nicht erreicht und zum Anderen die Sicherheit, die Freiheit und die Identität der Menschen aufs Spiel gesetzt. Diese dem Kapitalismus systemimmanente Fehlentwicklung hat ihren Ursprung an dessen Spitze, in den Zentralregierungen und deren international agierenden Konzernen, oder in den führenden Eliten in einer verarmten Welt, und läuft auf eine extrem komplexe Situation hinaus, die nicht monokausal gedeutet werden kann. Insbesondere hinsichtlich der ökologischen Risiken werden vielerorts auf der Erde Stimmen laut, die dringend ein Umdenken fordern. Dabei ist es wichtig, nicht in die Falle einer vermeintlichen „nachhaltigen Entwicklung“ oder eines „grünen Kapitalismus“ zu geraten, die eine Umwertung des Kapitals nicht berücksichtigen. Auch der Technik und der

Wissenschaft sollte man kein übermäßiges Vertrauen schenken. Unterm Strich muss die althergebrachte Idee des materiellen, kumulativen und unbestimmten Fortschritts in Frage gestellt werden.

Genügsamkeit und verantwortungsvoller Konsum

Bei dieser Suche nach neuen Lebensweisen muss die politische Debatte neu angeregt werden, die vom Wirtschaftsgedanken durchtränkt ist. Durch die Verherrlichung der wirtschaftlichen Aktivität und des Marktes wurden viele nicht wirtschaftsbezogene Instrumente außer Acht gelassen, die für die Verbesserung der Lebensqualität unabdingbar sind. Die Lösung dieser Probleme erfordert ein interdisziplinäres Vorgehen zur Schaffung einer neuen Lebensweise. Der Aspekt der Genügsamkeit muss Berücksichtigung finden gegenüber einer Logik der Effizienz, die als eine immer rasantere Anhäufung materieller Güter verstanden wird, vor der die Demokratie in die Knie geht. Die Welt – insbesondere die Gesellschaften

der reichen Länder und die Eliten der Entwicklungsländer – muss sich dringend vom enthemmten Konsumismus zu einem sozial und umweltpolitisch verantwortungsvollen Konsumismus wenden.

Aus dieser Sicht strebt das Gute Leben nach einer ausgewogenen und harmonischen Lebensweise zwischen allen Menschen und Gemeinschaften mit der Gesellschaft und der Natur. Es darf nicht vergessen werden, dass wir menschlich gemeinschaftlich handeln (oder handeln sollten), zusammen mit und für andere Menschen und ohne den Anspruch, die Natur zu beherrschen. Es ist an der Zeit, dass die Menschheit zur Natur zurückfindet.

Alberto Acosta ist ecuadorianischer Wirtschaftswissenschaftler und Politiker. Er war 2007-2008 Präsident der Verfassungsversammlung seines Landes. Übersetzung: Urs Taeger.



© UNESCO/Linda Shen

Peter H. Hellmonds

Internet als Wegbereiter

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien fördern in Entwicklungsländern eine nachhaltige Entwicklung. Sie gleichen eine marode Infrastruktur aus und leisten einen Beitrag zur Armutsbekämpfung.

Wenn wir uns überlegen, wie Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) eine nachhaltige Entwicklung unterstützen können, so müssen wir uns zunächst fragen, was mit nachhaltiger Entwicklung gemeint ist. Zum einen setzt heute die öffentliche Diskussion den Begriff der Nachhaltigkeit vielfach mit dem der Umweltverträglichkeit gleich: Es geht dabei zum Beispiel um nachwachsende, also nachhaltige Brennstoffe als Ersatz für

die fossilen und damit endlichen Brennstoffe. Aber der Begriff der Nachhaltigkeit geht weit über solche Fragen der umweltschonenden Ressourcennutzung hinaus. Stattdessen umfasst Nachhaltigkeit eine wirtschaftliche, umweltverträgliche und sozial wünschenswerte Entwicklung. Die Herausforderung besteht darin, diese drei Ziele in Einklang zu bringen und in Balance zu halten. Bei Nokia sprechen wir deshalb von der „Triple Bottom Line“. Damit ist gemeint,

dass das unternehmerische Wirken sich sowohl nach dem wirtschaftlichen Erfolg, der „economic bottom line“, ausrichten soll, als auch nach der Umweltverträglichkeit und dabei gleichzeitig den sozialen Mehrwert berücksichtigt, den das Unternehmen in der Gesellschaft leistet.

Informationstechnologie vermindert die Umweltbelastung

Diese dreifache Zielsetzung wird den heutigen globalen Problemen wesentlich besser gerecht – das gilt beispielsweise für Entwicklungsländer. Wie kann IKT dort zur nachhaltigen Entwicklung beitragen? Betrachtet man zum Beispiel die Situation in vielen indischen Dörfern, so sind diese nur durch schwer befahrbare Straßen mit den größeren Städten verbunden. Wenn nun ein Dorfbewohner einen Behördengang unternehmen muss, ist das nicht wie in Deutschland in ein paar Minuten oder Stunden geschehen, sondern dauert im schlimmsten Fall ei-

nen oder gar mehrere Tage für die Fahrt in die nächste Stadt und zurück. Hier kann IKT einen gehörigen Beitrag leisten und unproduktive Fahrzeiten reduzieren. So können die Menschen solche Behördengänge über ein mobiles e-Government-Portal abwickeln, eventuell unterstützt durch schreibkundige Mittler, die Zugang zur notwendigen Technologie haben. Hier wird deutlich, dass IT nicht nur Zeit, Geld und Nerven für den Bürger einspart, sondern auch Umweltressourcen schont, denn ein Telefonat oder eine Online-Transaktion, die eine mehrstündige Auto- oder Busfahrt vermeidet, reduziert die Umweltbelastung.

Die heftig debattierte Frage, ob eine „Green IT“ angesichts eines hohen Energie- und Ressourcenverbrauchs überhaupt möglich sei, lässt sich vor diesem Hintergrund klar bejahen. Allerdings muss man berücksichtigen, dass eine Basisstation für ein Funknetz nicht wirtschaftlich die Energie über die Verbrennung von Brennholz beziehen kann. Also sind für die notwendige elektrische Energieversorgung ein paar Überlegungen anzustellen. In Frage kommen Energieversorgungsquellen, die sowohl mittels einer unterbrechungsfreien Stromversorgung in schwachen Netzen operieren können, als auch bei Fehlen eines Stromnetzes über alternative Quellen wie Wind- oder Sonnenenergie die notwendige Stromversorgung schaffen können. Auch der Energieverbrauch selbst lässt sich erheblich reduzieren: Nokia hat zum Beispiel die Stromaufnahme eines Basisstation-Modells so weit reduziert, dass durch intelligentes Energiemanagement die Energiekosten gegenüber Stationen früherer Generationen um bis zu 90 Prozent gesunken sind.

Wissensdefizite überbrücken und Armut überwinden

IKT kann zu einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit und zum Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele substantielle Beiträge leisten. Um die Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen bis 2015 wie geplant zu realisieren, bedarf es unter anderem einer besseren Informations- und Wissensverbreitung sowie besserer Bildung, speziell



© Jouljou / pixelio.de

außerhalb der traditionellen Bildungseinrichtungen. Ein Beispiel: Wenn Mütter wissen, dass Moskitonetze ihre Kinder schützen, wenn sie Bescheid wissen über richtige Hygiene und gesunde Ernährung, dann sinkt die Säuglingssterblichkeit. IKT kann dazu beitragen, diese Wissensdefizite zu überbrücken.

IKT hilft auch, die Armut zu überwinden. Im „Grameen Phone“-Projekt in Bangladesch finanzieren Frauen über einen Mikrokredit ein Mobiltelefon mit einer Pre-Paid Karte. Sie verkaufen die Gesprächsminuten gegen einen kleinen Aufpreis weiter und finden so einen Weg aus der Armut, weil sie sich auf diese Weise ein Einkommen sichern. IKT versorgt Menschen außerdem mit wichtigen Informationen, die sie für Handel, Arbeit und andere wirtschaftliche Aktivitäten nutzen können. So erfährt ein Bauer, der Zugang zum Internet hat, mehr über Preise für seine Waren oder über Markttermine in der Umgebung. Auch das trägt dazu bei, Armut zu reduzieren.

Der vielzitierte digitale Graben zwischen den Onlinern und Nicht-Onlinern verläuft nicht primär zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern – auch wenn hier weiterhin große Unterschiede bestehen. In der Regel verläuft dieser Graben innerhalb von Ländern und Regionen. Auch in weit entwickelten Industrieländern wie Deutschland, im Vereinigten Königreich und in den USA gibt es die digital vernetzten urbanen Zentren und die ländlichen Regionen, die abgeschnitten sind von einer tragbaren Verfügbarkeit von breitbandigen Angeboten. Beispielsweise wurde erst kürzlich ein Experiment in einer ländlichen Region in England gemacht, was wohl schneller sei: ein Upload von Videos auf YouTube oder die Lieferung der Videos mittels eines USB-Sticks, den eine Brieftaube transportierte. Wer hat gewonnen? Genau: die Brieftaube! Ursache: Der Mangel an leistungsfähigen Internetzugängen auf dem Land.

Der digitale Graben verläuft also zwischen urbanen und ländlichen Gebieten, aber auch zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, Altersgruppen und Bildungsschichten. Neben der nötigen technologischen Infrastruktur gilt es auch, Medienkompetenz für den Umgang mit Internet und anderen Technologien zu vermitteln. Das gilt ebenso für Industrie- wie für Entwicklungsländer.

Mittlerweile wird verstanden, dass der Zugang zu breitbandigen Internet-Angeboten eine sozial wünschenswerte Bereicherung des Lebens darstellt, so wie es früher der Zugang zu Radio oder Fernsehen war. Die EU und auch die Bundesregierung unterstützen daher die Bestrebungen, Breitband in die ländlichen Regionen zu tragen.

Peter H. Hellmonds ist Head of Public & International Affairs bei Nokia Siemens Networks.





Eva-Maria Seng

UNESCO-Weltkulturerbe und der Gedanke der Nachhaltigkeit

- *Auch im Begriff Kultur steckt die Idee der Nachhaltigkeit. Kultur- und Naturerbe der Menschheit sind Bestandteile der Erinnerungskultur.*
- *Es gilt, sie für heutige und künftige Generationen zu schützen.*

Der Begriff des Erbes bedeutet ursprünglich, dass nach dem Tod einer Person Güter den Besitzer wechseln. Dabei geht es darum, wertvolle Dinge von einer zur nächsten Generation zu geben. Diese Vorstellung impliziert den Gedanken der Nachhaltigkeit. Die Übertragung auf die Natur und kulturelle Güter entstand angesichts von Krisen und Knappheit. So prägte Hans Carl von Carlowitz 1713 den Nachhaltigkeitsbegriff, als Holz zur Mangelware wurde. Ursachen lagen im Bergbau, der Flottenpolitik und damit dem Raubbau in den Forsten. In wenigen Jahren bauten die Menschen mehr Holz ab, als „in etzlichen seculis erwachsen“, wie Carlowitz dies drastisch umschrieb. Der Bischof von Blois, Henri Baptiste Grégoire, formte den Begriff kulturelles Erbe. Da-

vor hatte er miterlebt, wie Menschen Denkmäler, Kunstwerke und Dokumente während der Französischen Revolution zerstörten. Die Nation erhielt nun die Verfügungsgewalt über den Kirchenbesitz, der damit zum nationalen Schatz des gesamten Volkes mutierte. In nahezu allen europäischen Staaten führten Säkularisation und industrielle Revolution im 19. Jahrhundert dazu, dass Menschen sich engagierten, um Denkmäler und kulturelles Erbe zu schützen.

Auch im Begriff der Kultur steckt die Idee der Nachhaltigkeit. Im ursprünglichen Sinn geht es um die Bewirtschaftung des Bodens, im heutigen umfassenden Begriff stehen die Pflege und Bildung des Geistes und der Persönlichkeit im Mittelpunkt. Seit Immanuel Kant hat man

Kultur und Zivilisation voneinander unterschieden. Denn als Bedingung von Kultur galt Kant die „Idee der Moralität“, während der Mensch sich ansonsten nur technologisch durch Wissenschaft und Technik fortentwickelte, was zur Zivilisation führe. Unter dem Begriff Kultur verstand man im Folgenden hauptsächlich das geistig-künstlerische Schaffen. Zivilisation stand für Alltag, Politik, Technik und Wirtschaft.

Gegenüber jenem engen Kulturbegriff, der Kultur als Kunst, steht ein weiterer Kulturbegriff, den die moderne Kulturanthropologie und die heutigen Kulturwissenschaften verwenden. Kultur umfasst hier „jenes komplexe Ganze, Wissen, Glauben, Kunst, Moral, Recht, Sitte, Brauch und andere Fähigkeiten, die der



Mensch als Mitglied einer Gesellschaft erworben hat“, wie Edward Tylor formulierte. Kultur umschließt demnach alle Lebensformen und -stile einer Bevölkerung, einschließlich der Werthaltungen – Phänomene von langer Dauer, die Nachhaltigkeit beinhalten.

Konzepte kultureller Nachhaltigkeit

Schon der Völkerbund diskutierte in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts Überlegungen, das gemein-

same Kulturerbe der Menschheit zu schützen. Später gründeten Vertreter der verschiedenen Staaten unter dem Dach der Vereinten Nationen die UNESCO. Sie fördert Erziehung, Wissenschaft und Kultur. Als Ziel der Arbeit dieser Organisation formulierte die Präambel der Verfassung: „Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.“ Und weiter: „Ein ausschließlich auf politischen und wirtschaftlichen Abmachungen von Regierungen beruhender Friede kann die einmütige, dau-

ernde und aufrichtige Zustimmung der Völker der Welt nicht finden. Friede muss – wenn er nicht scheitern soll – in der geistigen und moralischen Solidarität der Menschheit verankert werden“ – kurz, nachhaltig wirken.

Auslöser der UNESCO-Welterbe-Konvention war ein Hilferuf aus Ägypten und dem Sudan. 1959 wandten sich beide Staaten an die UNESCO. Grund war der Bau des Assuan-Staudamms, der die nubischen Tempel in Abu Simbel gefährdete. 50 Länder beteiligten sich nach

Eine Landkarte kultureller Vielfalt: Gute Praxisbeispiele aus aller Welt

Fünf Jahre nach der Verabschiedung der UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen im Jahr 2005 geht es darum, die Konvention mit Leben zu füllen. Um die globale Situation der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zu bewerten, müssen relevante Informationen geteilt und analysiert werden – weltweit.

Vertragsstaaten haben begonnen, erste relevante und gute Politikstrategien und -praktiken auszutauschen. In diesem Zusammenhang stellt die englischsprachige Broschüre „Mapping Cultural Diversity – Good Practices from around the

Globe“ der Deutschen UNESCO-Kommission und der Asia-Europe-Foundation lebendige und konkrete Beispiele aus der Praxis vor. Die über 40 Projekte beziehen sich auf sechs Bereiche der Konvention auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene: politische Maßnahmen, Programme und Strukturen, Schutz und Förderung kultureller Ausdrucksformen, internationale Zusammenarbeit, Capacity building, Kultur und Entwicklung und Informationsaustausch und -analyse. Sie sind innovativ und nachhaltig gestaltet, tragen zu mindestens einem Aspekt der Schaffung, Produktion, Zugang, Verbreitung und Genuss von kulturellen Ausdrucksformen bei und reflektieren

das Zusammenspiel von Politik und Praxis zur Erreichung der Konventionsziele. Die Projekte zeigen, dass Kultur ein Kernelement nachhaltiger Entwicklung ist. Die in Form von Fallstudien präsentierten Projekte sollen zur internationalen Zusammenarbeit, Netzwerkbildung und zu einer nachhaltigen Politikgestaltung anregen. Damit ist die Publikation ein Beitrag zur internationalen Debatte zur Umsetzung der UNESCO-Konvention und ein Projekt des internationalen Nachwuchsförderprogramms „U40 – Kulturelle Vielfalt 2030“ der Deutschen UNESCO-Kommission.

Mehr Informationen unter www.unesco.de



© UNESCO/Martin Stock

dem Aufruf des Generaldirektors der UNESCO an einer Hilfsaktion und stellten 40 Millionen US-Dollar zur Verfügung. Die Verantwortlichen verlegten die Tempel daraufhin auf eine höher gelegene Nilinsel.

Staaten waren also bereit, Verantwortung für Kulturgüter außerhalb ihres eigenen nationalen Territoriums zu übernehmen – unter diesem Eindruck erarbeitete die UNESCO eine Konvention zum Schutz von Kultur- und Naturgütern mit übernationalem Rang. Die Mitgliedsstaaten beschlossen sie 1972, vier Jahre später trat sie in Kraft, nachdem die ersten 20 Staaten das Dokument ratifiziert hatten. Die ersten zwölf Stätten kamen 1978 auf die Welterbe-Liste. Bis heute haben 178 Länder die Konvention ratifiziert.

2003 verabschiedete die UNESCO auch eine Konvention zum Schutz des immateriellen Kulturerbes. Das immaterielle Kulturerbe besteht insbesondere in mündlich überlieferten Traditionen und Ausdrucksformen einschließlich der Sprache. Auch darstellende Künste, Bräuche, Rituale, Feste, Wissen und Praktiken im Umgang mit der Natur, dem Universum und im Fachwissen etwa über traditionelle Handwerkstechniken sind Teil des Kulturerbes.

Schon 1992 hatte die UNESCO das Programm „Memory of the World“ ins Leben gerufen, das Gedächtnis der Menschheit. Neben einem weltweiten Zugang zu kulturellen und historisch



© www.fotolia.com

bedeutsamen Dokumenten soll das Programm das Erbe der Archive, Bibliotheken, Dokumentationsstellen, Museen und Gedenkstätten vor Zerstörung, gleichbedeutend mit menschheitlichem Gedächtnisverlust, bewahren. Dabei geht es darum, die Bestände sowohl zu sichern als auch auf neuen digitalen Wegen weltweit zugänglich zu machen. Das Programm umfasst bislang mehr als 120 Dokumente aus aller Welt. Bei allen Programmen besteht eine zentrale Kategorie darin, kulturelle Bildung und kreative Wissensschöpfung im Sinne von Nachhaltigkeit zwischen

den Generationen zu vermitteln und weiterzugeben.

Kultur als Bildungsauftrag

Bevölkerung und Kulturtouristen nehmen die Welterbestätten in überwältigender Weise an. Eine Umfrage unter den deutschen Welterbestätten 2009 ergab, dass die meisten Stätten ihre Besucherzahlen verdoppelten. Dabei scheint sich das Besucherprofil in den letzten zehn Jahren deutlich von einem Fachpublikum hin zu einem allgemein kulturinteressierten Publikum zu wandeln. „Als Besucher



© DUK/Dr. Hans-J. Aubert

der Welterbestätte kommen zunehmend Personen, die eigentlich mit dem Bauhaus wenig Inhaltliches assoziieren. So bekommen wir Gelegenheit“, so die stellvertretende Direktorin des Bauhauses in Dessau, „auch diese Gäste vor allem innerhalb von Führungen mit der Welterbe-Stätte vertraut zu machen.“

So verschiebt sich der Schwerpunkt von der Erhaltung der Stätten immer mehr zu einem Bildungsauftrag. Die Idee, das

Kultur- und Naturerbe der Menschheit zu schützen, verpflichtet die kooperierenden Staaten wie auch die einzelnen Stätten in besonderer Weise. Welterbestätten und Dokumente können so zum Mittler im Kulturdialog werden – in der eigenen Region, im eigenen Land und international. Insbesondere erfordern der Klimawandel, der Tourismus und der stetige gesellschaftliche Wandel langfristige Strategien und Konzepte, um das kulturelle Erbe zu erhalten, zu präsentieren, zu

vermitteln und weiterzugeben. Dazu ist es besonders wichtig, auch über die Zusammenhänge aufzuklären, über die Relevanz des kulturellen Erbes zu diskutieren und Bildungsmaßnahmen durchzuführen.

Prof. Dr. Eva-Maria Seng ist Inhaberin des Lehrstuhls für Materielles und Immaterielles Kulturerbe UNESCO an der Universität Paderborn.

Kultur und die UN-Millenniumsentwicklungsziele

Kultur spielt immer noch eine marginale Rolle innerhalb nationaler Politik. Damit wird die Rolle von Kultur für die menschliche und soziale Entwicklung und ihr Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum unterschätzt. Die UNESCO hat sich während des UN-Millenniumsgipfels 2010 für die Anerkennung von Kultur für eine nachhaltige Entwicklung erfolgreich eingesetzt: In der Abschlusserklärung wurde die Bedeutung von Kultur und kultureller Vielfalt für die Erreichung der Millenniumsziele verankert. Die UN-Vollversammlung verabschiedete dazu eine Resolution im Dezember 2010.

Zur Erreichung der Millenniumsziele richtete das UN-Entwicklungsprogramm

(UNDP) 2006 einen internationalen Fonds ein. Einer der acht thematischen Bereiche des Fonds ist „Kultur und Entwicklung“ gewidmet. 18 geförderte Programme in 18 Entwicklungsländern belegen, dass die Millenniumsziele nicht ohne Einbeziehung der kulturellen Dimension erreicht werden.

„Der Schutz, die Förderung und der Erhalt der kulturellen Vielfalt sind eine entscheidende Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung zu Gunsten gegenwärtiger und künftiger Generation“, heißt es in der UNESCO-Konvention zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen von 2005. Mit Unterzeichnung dieser Konvention verpflichteten sich Staaten u.a. Kultur als

strategisches Element in ihre nationale und internationale Entwicklungspolitik einzubeziehen und zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen.

Als ein konkreter Beitrag zur Umsetzung dieses Ziels investiert die EU zwischen 2010 und 2012 eine Million Euro für einen Expertenpool zur Entwicklung von kulturpolitischen Maßnahmen und Programmen in Entwicklungsländern.

Die UNESCO-Konvention ist das einzige völkerrechtliche und somit verbindliche Dokument, das die Rolle von Kultur für nachhaltige Entwicklung festschreibt.



Werner Konold

Biosphärenreservate als nachhaltige Modellregion

Biosphärenreservate sind einzigartige Ökosysteme und besondere Kulturlandschaften. Hier wirtschaften Menschen im Einklang mit der Natur – zum Wohl aller.

In Biosphärenreservaten sollen großräumige Natur- und Kulturlandschaften einschließlich der darin historisch entstandenen Vielfalt an Biotopen und Arten geschützt und entwickelt werden. Zugleich sollen sie beispielhaft der Entwicklung und Erprobung von naturverträglichen Formen nachhaltiger Landnutzung dienen. Damit gehört nachhaltige Nutzung durch den Menschen ausdrücklich zum Konzept der Biosphärenreservate.

Bis in die 1990er Jahre überwog der Schutzgedanke bei der Ausweisung der Gebiete, obwohl es bereits Ansätze zur Einbeziehung menschlicher Nutzungs- und Entwicklungsaktivitäten gab. Nach der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro (1992) erhielt der Entwicklungsaspekt (Entwicklung unter Aspekten der Nachhaltigkeit und unter Mitwirkung der Betroffenen) mit der Sevillastrategie (1995) und dem Madrider Aktionsplan (2008) eine ungleich größere Bedeutung und wurde strategisch verankert.

Biosphärenreservate sollen Modell- und Lernstandorte sein, „Freilandlabore“, in denen neue Wege beschritten werden mit dem Ziel, das aus der Anwendung nachhaltigen Tuns erworbene Wissen auf Landschaften außerhalb der Biosphärenreservate zu übertragen. Da sich die deutschen Biosphärenreservate hinsichtlich ihrer natürlichen Ausstattung, Größe, Landnutzung, Bevölkerungsdichte u. a. m. erheblich voneinander unterscheiden, ergibt sich eine große Vielfalt von Projektansätzen und Problemlösungen; dies auf den Gebieten Erhaltung der biologischen Vielfalt, Vermarktung regionaler Produkte, Mobilität, Tourismus/Freizeit und Erholung, agrarische Landnutzung und naturnahe Waldentwicklung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, generationenübergreifendes Lernen, Forschung und Monitoring, erneuerbare Energien, Klimaschutz und Klimaanpassung, Öffentlichkeitsarbeit und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Sie spiegeln in eindrucksvoller Weise die Umsetzung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung.

Viele erfolgreiche Anstrengungen unternommen

Die Umsetzung dieses Konzepts erfordert, dass alle daran Beteiligten, also Politik, Verwaltungen, Verbände, Wirtschaft, Bewohner, sich über die zu erreichenden Ziele und Maßnahmen im Sinne einer „Good Governance“ möglichst konsensual verständigen. „Governance“ bezeichnet den Prozess kollektiver Entscheidungsfindung und -umsetzung. „Good“ bemisst sich sowohl an der Fairness der Verfahren als auch an der Erzielung von Ergebnissen, die im Lichte übergreifender Zielsysteme (wie beispielsweise der Nachhaltigkeits- und Biodiversitätsstrategien) gutgeheißen werden können.

Es lässt sich an Hand von zahlreichen Good-Practice-Beispiele belegen, dass in den Biosphärenreservaten viele erfolgreiche Anstrengungen unternommen worden sind, die Inhalte der Sevilla-Strategie, des Madrider Aktionsplanes, der Nachhaltigkeitsstrategie, aber auch der Strategie für die biologische Vielfalt sowie der Klimaschutzstrategie aufzugreifen und umzusetzen.



© Archiv NPA - Stock



Integriertes Wasserressourcenmanagement

Die Verfügbarkeit von Wasser wird immer mehr zu einer der entscheidenden Herausforderungen für nachhaltige Entwicklung. Schon heute ist die Lage in einigen Regionen unserer Welt dramatisch. Im Jahr 2025 werden 1,8 Milliarden Menschen in „wasserknappen“ Regionen leben, u.a. in Indien, Zentralasien, Nahost und dem amerikanischen Südwesten. In weiten Teilen Afrikas regnet es zwar genug, es fehlen aber Institutionen der Wasserversorgung. Man spricht von Wasserknapp-

heit bei weniger als 1.000 Kubikmeter pro Jahr und Kopf – Länder wie Kuwait müssen mit weniger als 100 Kubikmeter auskommen.

Wo heute schon Wasserknappheit herrscht, nutzt der Mensch das gesamte Wasser aus den Flüssen für Landwirtschaft, Haushalte, Tourismus oder Industrie. Flussökosysteme sind hier oft komplett zerstört. Auch werden vielerorts „fossile“ Grundwasservorräte angezapft. Besonders unnachhaltig ist es, wenn landwirtschaftliche Erzeugnisse aus wasserknappen Regionen exportiert werden.

Beim Integrierten Wasserressourcenmanagements (IWRM) treffen alle Wassernutzer Entscheidungen gemeinsam, wägen Angebot und Nachfrage

der Ressource Wasser ab und setzen sich gemeinsame Ziele. IWRM ist heute ein weltweiter Standard und betrachtet den gesamten Wasserkreislauf unter Berücksichtigung der Ökosysteme.

Die UNESCO trägt durch Forschung und Fortbildungen dazu bei, IWRM weltweit von der Theorie in die Praxis überzuführen. Sie tut dies durch den Weltwasserbericht, durch das global führende Wasser-Trainingsinstitut in Delft IHE und durch die Zusammenarbeit von über 150 Nationalkomitees des Internationalen Hydrologischen Programms (IHP). Die Deutsche UNESCO-Kommission hat im Herbst 2009 mit Mitteln des Auswärtigen Amtes ein IWRM-Trainingsprogramm für Ministerialbeamte der Staaten des Nahen Ostens organisiert.

Was ist zu tun?

Da aus den Biosphärenreservaten für nahezu alle Politikbereiche ein hoher Nutzen und Synergieeffekte gezogen werden können, ist ihrer Bedeutung durch entsprechende Einflussmöglichkeiten und Mitwirkung in allen Ressorts der Politik, am besten ressortübergreifend, Rechnung zu tragen. Die partizipative Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen muss Eingang in alle Fachplanungen finden (z. B. Verkehrsplanung, Bauleitplanung, Regionalplanung). In Biosphärenreservaten muss eine besonders gute Planungskultur seitens der Planungsträger entwickelt werden, wie dies auch das Programm „Mensch und Biosphäre“ (Man and Biosphere – MAB) fordert. Alle gesellschaftlichen Gruppen, Vereine und Interessensverbände (Heimatschutz und -pflege, Wandervereine, Naturschutz und Landschaftspflege, Landnutzung, Wirtschaft und Tourismus) sind als eminent wichtige und unverzichtbare Akteure auf dem Feld der Pflege und der Entwicklung von Natur- und Kulturlandschaft konsequent und kontinuierlich einzubinden.

Die Kategorie „Biosphärenreservat“ (BR) soll seitens der Landesplanung substantiell durch planerische Festlegungen in der Regionalplanung als spezielle Entwicklungskategorie für großflächige, national bedeutsame Landschaften (Vorranggebiete) aufgewertet werden.

Sozioökonomische und soziokulturelle Themenfelder sind gleichrangig zu Umwelt- und Naturschutzthemen bei der BR-Planung zu berücksichtigen.

Nachhaltige Anbauweise und traditionelle Nutzungsformen

Das Nachhaltigkeitskonzept und der Klimawandel müssen sich in der Landnutzung niederschlagen; dazu gehören selbstverständlich die Beachtung der natürlichen Standortverhältnisse, die Förderung des ökologischen Landbaus und nachhaltiger Anbauweisen, verbunden mit einer Optimierung der Vermeidung von Treibhausgasemissionen. Hinzu kommen beispielsweise die Entwicklung geeigneter und diversifizierter Fruchtfolgen beim Anbau nachwachsender Roh-



© Dr. Brigitte Königsteck

stoffe unter Berücksichtigung alter, biomassereicher Landsorten, die Nutzung von artenreichen Wildpflanzenmischungen für die Biomasseerzeugung, die großflächige Erprobung der Produkte aus der hydrothermalen Carbonisierung, die Wieder-Etablierung traditioneller Waldnutzungsformen (Nieder-, Mittelwaldwirtschaft) mit verschiedenen standortheimischen Baumarten und Nutzung zu Energiezwecken, die Etablierung von neuartigen Agroforstsystemen und Waldformen. Für das extensive, arten- und blütenreiche Grünland, gleichermaßen bedeutend als Kulturlandschaftselement und Lebensraum, sollen beispielhaft Verfahren entwickelt und erprobt werden, mit denen es möglich ist, den meist roh-faserreichen Aufwuchs dieser Flächen zu nutzen, sei es – entsprechend aufbereitet – als Futter, als Brennstoff oder für die Stromerzeugung.

Modellregionen für nachhaltiges Wirtschaften

Biosphärenreservate als Modellregionen für nachhaltiges Wirtschaften sollten, beispielsweise abgesichert durch eine räumlich und zeitlich beschränkte Experimentiergesetzgebung, die Möglichkeit haben, eigene Schwerpunkte der Entwicklung zu definieren und umzusetzen. Diese könnten auf den oben angesprochenen Feldern liegen, ergänzt um alle Varianten der Erzeugung von Energie aus regenerativen Quellen, also aus der Erde (Geothermie), Wind (Windkraftanlagen), Wasser (Wasserkraftanlagen, marine Systeme) und Sonne (Fotovoltaikanla-

gen), die gerade in Schutzgebieten sehr kontrovers diskutiert werden. Hier gilt es beispielhafte, Good-Governance-abgesicherte Lösungen zu finden.

In Biosphärenreservaten als Modellregionen für nachhaltige Entwicklung muss – das ist eine Kernaufgabe – vorbildhafte Bildung (besser: lernen, leben) für nachhaltige Entwicklung (BNE) stattfinden. Zielgruppen sind die dort lebenden Menschen, aber auch Besucher. Die Inhalte reichen vom Begreifen von ökologischen Zusammenhängen über die kritische Betrachtung des eigenen Lebensstils und Konsums bis hin zur Herstellung von Kausalitäten zwischen Globalisierung und regionalen Auswirkungen. Darüber hinaus sollen Handlungskompetenzen vermittelt werden, die Menschen dazu befähigen, in ihrem Wirkungs- und Erfahrungsfeld fundiert Entscheidungen zu treffen, die umwelt- und naturschützende Effekte haben und helfen, weitere Umweltbelastungen zu vermeiden. Biosphärenreservate eignen sich wie keine andere Gebietskulisse für die Erprobung und das beispielhafte Vorleben nachhaltiger Entwicklung.

Prof. Dr. Werner Konold ist Inhaber des Lehrstuhls für Landespflege an der Fakultät für Forst- und Umweltwissenschaft der Universität Freiburg und Sprecher des Deutschen Rates für Landespflege. Der Beitrag ist ein Auszug aus einer Stellungnahme dieses Gremiums.

„Immer auf dem Weg, nie am Ziel“

Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen – Corporate Social Responsibility – wird zunehmend wichtiger. Viele Unternehmen sind sich dieser Verantwortung bewusst. Erich Harsch, Vorsitzender der dm-Geschäftsführung, über das Nachhaltigkeitskonzept der Drogeriekette.



Erich Harsch

Die Deutsche UNESCO-Kommission und dm-drogerie markt haben gemeinsam den Wettbewerb „Ideen Initiative Zukunft“ gestartet. Worum geht es dabei?

Im Kern geht es darum, sich für die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ einzusetzen. Dazu unterstüt-

zen wir Menschen, die sich auf lokaler Ebene für eine nachhaltige Entwicklung engagieren. Menschen, die zum Beispiel aktiv Umweltschutz betreiben oder sich in sozialen Initiativen beteiligen. Wir bieten ihnen zum einen eine Plattform, ihr Engagement anderen Menschen vorzustellen und so eine Vorbildfunktion zu übernehmen. Alle teilnehmenden Pro-

jekte können sich auf der Wettbewerbs-Homepage vorstellen; die Teilnehmer, die von der Jury nominiert werden, präsentieren sich außerdem in einem dm-Markt. Zum anderen wollen wir die oft ehrenamtlich arbeitenden Menschen finanziell unterstützen. Deswegen stehen Preisgelder von insgesamt rund 1,5 Millionen Euro bereit. Die fachliche

Ideen Initiative Zukunft, 2010-2011 – Mit kleinen Ideen Großes bewirken



Die Deutsche UNESCO-Kommission arbeitet gemeinsam mit Unternehmen an der Verwirklichung der Zielsetzungen der UNESCO und der Stärkung der deutschen UNESCO-Politik. Seit 2007 ist das Unternehmen dm-drogerie markt im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ Kooperationspartner der Deutschen UNESCO-Kommission. Gemeinsam entwickelten beide Partner den Wettbewerb „Sei ein Futurist!“ im Jahr 2009, an dem sich bundesweit rund 50.000 junge Menschen beteiligten. 2010-2011 folgte der Wettbewerb „Ideen Initiative Zukunft“. Ziel dieses Wettbewerbs war es, eine Vielzahl kleinerer Projekte oder Ideen von Menschen aller Altersgruppen im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung zu fördern. Eine gemeinsame Jury aus Vertretern von dm und der Deutschen UNESCO-Kommission wählte aus über 4.500 Bewerbungen rund 2.800 Gewinnerprojekte aus, die sich im Januar 2011 in einem dm-Markt präsentierten. Die dm-Kunden konnten sich über die Projekte aus ihrer Region informieren und

per Abstimmkarte das Gewinnerprojekt ihrer Filiale wählen. Rund 1.160 Filialgewinner wurden mit jeweils 1.000 Euro gefördert, alle anderen erhielten 250 Euro. Mehr als 1,5 Millionen Euro wurde von dm hierfür zur Verfügung gestellt. Beide Initiativen wurden von umfangreicher Öffentlichkeitsarbeit flankiert, die dazu beitrug, Anliegen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in der Breite bekannt zu machen. Das dm-Kundenmagazin „alverde“ (monatliche Auflage eine Million) begleitete die Initiativen.

Eigens für die Initiativen eingerichtete Webseiten – auch auf Facebook – informierten nicht nur über die Initiativen und Nachhaltigkeit, sondern boten über eine Datenbank Informationen zu jedem Projekt. Darüber hinaus werden im Rahmen der Initiative Mitarbeiter von dm zu Nachhaltigkeit geschult.

Weitere Informationen:
www.ideen-initiative-zukunft.de

Kompetenz der Deutschen UNESCO-Kommission und unsere Möglichkeiten, sehr viele Menschen anzusprechen, sind beste Voraussetzungen, um wirklich etwas zu erreichen. Und wir haben noch viel vor. Deshalb haben wir gerade den Kooperationsvertrag bis 2013 verlängert.

Warum engagiert sich dm gerade im Bereich Nachhaltigkeit?

Nachhaltigkeit ist kein Spezialbereich, in dem man sich engagieren kann oder nicht. Langfristiger Erfolg ist für ein Unternehmen überhaupt nur möglich, wenn es wirtschaftliche Belange mit ökologischen und sozialen in Einklang bringt. Den Erfolg von dm führen wir zurück auf ein konsequentes nachhaltiges Handeln von Beginn an. Als wir 1989 den Schritt gewagt haben, mit alverde eine eigene Naturkosmetiklinie zu produzieren oder als wir Ende der Neunziger unsere Ausbildungsinitiative gestartet haben, da nannte das niemand Nachhaltigkeit. Das Ziel war aber das gleiche, nämlich wirklich zukunftsfähig zu handeln.

Unter dem Stichwort Greenwashing wird Unternehmen oft vorgeworfen, sich nur des PR-Effekts wegen für den guten Zweck zu engagieren. Was entgegnen Sie Kritikern?

Wenn man nicht wirklich innerlich mit dem verbunden ist, was man tut, und die kommunizierten Werte nicht lebt, verliert man jede Glaubwürdigkeit. Deswegen bemühen wir uns um größtmögliche Transparenz. Nachhaltiges Handeln verlangt aber auch ständige Anpassung an neue Gegebenheiten und damit Optimierung des eigenen Tuns. Es geht immer auch besser. Deshalb sind wir mit unseren Bemühungen um mehr Nachhaltigkeit immer auf dem Weg, nie am Ziel.

Was bedeutet nachhaltiges Management bei dm?

Wir sehen Nachhaltigkeit nicht als Zustand, den es zu erreichen gilt. Nachhaltigkeit verstehen wir als innere Haltung, die Grundlage des täglichen Tuns sein muss. Wenn sich Menschen der Folgen ihres Handelns für andere heute und in Zukunft bewusst sind und versuchen, die negativen Folgen zu minimieren und die positiven zu maximieren, handeln sie nachhaltig. Nachhaltiges Management verlangt deshalb, die Voraussetzungen für nachhaltiges Handeln zu schaffen. Dazu gehört in erster Linie Wissensvermittlung. Zum anderen muss ein Unternehmen nachhaltiges Handeln aber auch zulassen und seinen Mitarbeitern die Möglichkeit zu eigenverantwortlichem Handeln geben.

Wie reagieren die Kunden?

Unsere Kunden erwarten von uns, dass dm Verantwortung übernimmt und es gibt viele, die das sehr kritisch hinterfragen und genau wissen wollen, bei wem sie einkaufen und für was sie bezahlen. Diese Kunden und ihre hohen Erwartungen an ein Unternehmen sind schlussendlich die Treiber einer nachhaltigen Entwicklung.





Michael Braungart und
Anna-Margaretha Griefahn

Intelligentes Produktdesign für mehr Nachhaltigkeit

Die Prinzipien der Wegwerfgesellschaft haben weltweit massive Auswirkungen. Täglich landen wertvolle Stoffe auf Mülldeponien. Experten fordern, unser Wirtschaftssystem nach dem „Cradle to Cradle“-Prinzip umzubauen.

Menschen betrachten sich selbst im Vergleich zu anderen Lebewesen als überdurchschnittlich intelligent. Sie fliegen zum Mond, können sogar durch genetische Veränderung ein Schaf kopieren. Dem Affen als ihrem potentiellen Verwandten billigen sie eine gewisse Lernfähigkeit zu. Auch Schweinen gestehen sie eine Intelligenz zu, die die eines durchschnittlichen drei Jahre alten Kindes übertrifft. Betrachten wir aber diese Lebewesen als Teile des Ökosystems, zeigt es sich, dass die Natur uns Menschen manchmal im Bereich Intelligenz weit voraus ist. Einer ihrer großen Vorteile ist: Die Natur kennt keinen Abfall – der Mensch schon.

Der Mensch entwickelt und produziert ihn, indem er Produkte für lineare Stoffströme konzipiert. Dadurch enden wertvolle Nährstoffe und endliche Ressourcen in Müllverbrennungsanlagen oder Deponien und gehen für immer verloren. Anstatt Produkte mit ihren Inhaltsstoffen von der Wiege zur Bahre zu führen, sollten wir uns am Kreislauf-Prinzip der Natur orientieren. Der Lösungsvorschlag liegt in innovativ-intelligentem Produktdesign, bei dem alle eingesetzten Materialien in technischen und biologischen Kreisläufen zirkulieren. So heißt das Motto dann von der Wiege zur Wiege, also auf Englisch „from Cradle to Cradle“.

Verbrauchsgüter und Gebrauchsgüter

Produkte, die aus biologischen Nährstoffen bestehen, gehören dementsprechend zum biologischen Kreislauf. Im Konzept des „Cradle to Cradle“-Design sind das die Verbrauchsgüter. Diese Produkte verschleiben mit der Zeit und gelangen durch Abrieb oder Abnutzung in die Umwelt. Zu den Verbrauchsgütern gehören beispielsweise Textilien wie Handtücher oder Kleidung. „Cradle to Cradle“ gestaltet diese Textilien so, dass sie ohne schädliche chemische Zusatzstoffe auskommen. Sie können in biologischen Kreisläufen zirkulieren, indem die Nutzer sie nach der Nutzung kompostieren. So dienen die Textilien der Natur als Nährstoff. Außerdem enthalten diese Textilien keinerlei Allergie auslösenden, hautrei-



© BMU/Rupert Oberhäuser

zenden Zusatzstoffe und Farben. Um alle Komponenten wie die verwendeten Garne zu optimieren, bezieht das Konzept auch die Zulieferer in den Design-Prozess ein. Dazu gehört eine positive Definierung aller Inhaltsstoffe und Textilfarben.

Der technische Kreislauf bezieht sich auf die so genannten technischen Nährstoffe. Die dazugehörigen Produkte gelten als Gebrauchsgüter, die der Kunde lediglich zur Nutzung mietet. Diese Dienstleistungsstrategie hat sowohl für den Hersteller als auch den Kunden Vorteile. Der Hersteller bleibt Eigentümer der verwendeten, wertvollen Ressourcen. Nachdem er die Produkte demontiert hat, fließen die Ressourcen quasi ohne Qualitätsverlust in den Produktionsprozess ein. Der Kunde nimmt nur die Dienstleistung des Produkts in Anspruch, ohne damit eine materielle Verantwortung zu übernehmen.

Gebrauchsgüter wie Teppichfliesen oder Waschmaschinen bleiben nach Ablauf ihrer Lebensdauer nicht als Großmüll beim Kunden. Der Nutzer mietet beispielswei-

se einen Teppich bei einer Firma, die ihn nach Ablauf der Mietzeit wieder beim Kunden abholt. Anschließend kann der Kunde einen neuen Vertrag abschließen. Nach der Rücknahme repariert der Hersteller die einzelnen Schichten des Teppichs, um die einzelnen Komponenten wieder als Rohstoffe für neue Teppiche einzusetzen. Ebenso verhält es sich bei einer Waschmaschine. Nach einer festgelegten Anzahl von etwa 5.000 Waschgängen inklusive Wartungsservice holt der Hersteller sein Produkt wieder ab.

Der Kunde kann dann ein neues, technisch weiterentwickeltes Modell mieten. Anschließend erhält der Hersteller das Produkt zurück und kann aus den separierten Materialien neue Produkte erstellen. Weder aus den Bestandteilen der Waschmaschine noch aus den Einzelteilen des Teppichbodens muss zwingend wieder dasselbe Produkt entstehen. Keines der Materialien geht verloren, es entsteht kein Abfall und der Kunde muss sich nicht um die Entsorgung der Produkte bemühen. Dieses Prinzip funktioniert bei allen Gebrauchsgütern.



© KfW-Bildarchiv/Fotograf: Thomas Klewar



Kreislaufförmige Stoffströme

Wenn Designer ein Produkt neu entwickeln oder optimieren, stehen sie oft vor dem Problem, dass die Nutzer ein Eigenschaftsprofil erwarten, das über verschiedene Eigenschaften verfügt. Ein einziger Inhaltsstoff kann das nicht abdecken. Es erfordert vielmehr die Kombination verschiedener Eigenschaften von Werkstoffen. Auch für Produkte, die sowohl aus biologischen als auch technischen Nährstoffen bestehen, gibt es eine Lösung. Die Designer definieren in dem Fall bereits während der Entwicklungsphase die Lebenszyklen jedes einzelnen Bestandteils genau und planen dessen weitere Verwendung. Dadurch entstehen definierte Nutzungsbereiche und -zeiten, so genannte defined use periods.

Um das „Cradle to Cradle“-Konzept flächendeckend anzuwenden, ist es wichtig, Plattformen zu schaffen und Innovationen kommunizierbar zu gestalten und voranzutreiben. Damit dies gelingt, müssen alle an der Wertschöpfungskette be-

teiligten Akteure kooperieren. Mehrere Unternehmen haben bereits damit begonnen, intelligent gestaltete Produkte, Dienstleistungen und Prozesse nach dem Konzept auszurichten. Die Niederlande kündigten an, im Jahr 2012 ihre gesamte öffentliche Beschaffung nach dem Prinzip auszurichten. Entsprechende Beschaffungskriterien formulieren die Akteure derzeit. Die belgische EU-Ratspräsidentschaft fördert offiziell das Konzept. Die Region Limburg mit mehr als zwei Millionen Einwohnern ist dabei, „Cradle to Cradle“ wirtschaftlich und gesellschaftlich zu integrieren. Genauso machen Deutschland, Taiwan und China dazu erste Schritte.

In Folge solcher Entwicklungen entsteht eine positive Agenda, die anstatt einer Dematerialisierung, also der Reduktion von Stoffströmen, Rematerialisierung erzeugt. Dazu gestalten die Akteure Stoffströme verschwenderisch, aber kreislauffähig. Mittels intelligenter Verschwendung muss der Mensch seinen ökologischen Fußabdruck nicht minimieren. Denn durch die positiven und förder-

lichen Einwirkungen hinterlässt er keine öde Wüstenlandschaft, sondern vielmehr ein Feuchtgebiet. Die designten Produkte sind kreislauffähig, gesundheitsförderlich und mit ihren ökologischen und ökonomischen Vorteilen umfassend positiv. Produkte so zu designen, befreit Kreativität, bedeutet Wettbewerbsvorsprung und sorgt dafür, dass sich der Einfluss der Menschheit sogar positiv auf die Flora und Fauna dieser Erde auswirkt.

Prof. Dr. Michael Braungart ist Professor an der Erasmus-Universität Rotterdam, Geschäftsführer der EPEA Internationale Umweltforschung GmbH in Hamburg und wissenschaftlicher Leiter des Hamburger Umweltinstituts. Anna-Margaretha Griefahn ist Mitarbeiterin der EPEA Internationale Umweltforschung GmbH.

Chuanrong Wang

Kann nachhaltiger Konsum die Welt verändern?

Für Industrieländer bedeutet nachhaltiger Konsum, mehr mit weniger zu erreichen, für Schwellenländer nicht die gleichen Fehler zu begehen. In beiden Fällen ist der Konsument gefragt.

Die Welt ist heute mit wirtschaftlichen, sozialen und Umweltrisiken konfrontiert, die hauptsächlich auf menschliches Handeln zurückzuführen sind. Gleichzeitig leidet die Menschheit unter Umweltschäden und Ressourcenknappheit, Armut und zunehmender Ungerechtigkeit, sowie unter der Wirtschaftskrise, die durch das Platzen der, vor allem durch Habgier gespeisten, Spekulationsblase verursacht wurde.

Die nachhaltige Entkopplung des wirtschaftlichen Wachstums vom Ressour-

cenverbrauch entwickelte sich zu dem Topthema, das die weltweite Aufmerksamkeit auf Lösungen richtete. Neben wirtschaftlichen Instrumenten und dem Technologietransfer fordert die UNO vor allem die Abwendung von nicht nachhaltigen Produktions- und Konsummustern (Agenda 21). Eine Forderung, die die internationale Gemeinschaft versucht umzusetzen. Die Frage des Konsums und unseres Umgangs damit war noch nie so dringlich wie heute. Die gegenwärtigen globalen Konsummuster sind nicht nachhaltig. Relativ wohlhabende Konsumenten-



ten sind für den bei weitem größten Pro-Kopf-Anteil an Konsumausgaben und ökologischem Fußabdruck verantwortlich. Es wird deutlich, dass Effizienzsteigerung und technischer Fortschritt allein nicht ausreichen werden, den weltweiten Konsum auf ein nachhaltiges Niveau zu führen. Hierzu müssen Konsumenten auch ihren Lebensstil verändern, was ihre Art und Weise einbezieht, in der sie sich für Produkte und Dienstleistungen entscheiden und diese nutzen.

Globaler Wandel des Konsums in den Gesellschaften

Wenn wir das gegenwärtige Ungleichgewicht im Konsum auf globaler Ebene betrachten, wird sehr deutlich, dass sich die nötigen Veränderungen des Konsumverhaltens in Richtung Nachhaltigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung bis hin zum kulturellen Hintergrund erstrecken. Dabei muss nicht nur die entwickelte Welt ihre aktuellen Konsummuster verändern, auch die sich entwickelnde Welt muss ihren eigenen Weg des nach-

haltigen Konsums finden. Die entwickelten Länder, in denen nur 20 Prozent der Weltbevölkerung leben, sind für beinahe 80 Prozent der Folgen des Konsums verantwortlich. Die Herausforderung für diese Länder besteht daher darin, „mehr mit weniger zu erreichen“: Sie müssen ihren ökologischen Fußabdruck reduzieren und Überproduktion beenden. Sich schnell entwickelnde Volkswirtschaften stehen vor einer ganz anderen Aufgabe. Ihre Gesellschaften sind im Wandel und werden in den nächsten Jahrzehnten 80 Prozent oder mehr ihrer zukünftigen Infrastrukturen aufbauen. Hier bestehen die Herausforderung und das oberste Ziel darin, Grundlagen für ein nachhaltiges, gerechtes Wachstum zu schaffen und die Armut zu beseitigen.

Im vergangenen Jahrzehnt ist ein starkes Verbraucherbewusstsein entstanden. Ein großer Teil der „globalen Klasse der Verbraucher“ macht sich zunehmend Gedanken über die Auswirkungen ihres Konsumverhaltens. Die Verbraucher erwarten mehr umweltfreundliche Herstellung und Produkte, die Nachfrage

verschiebt sich zusehends auf jene mit geringen Folgen für die Umwelt und materielle Ansprüche sinken. Der gute Wille der Verbraucher wird jedoch aufgrund einer ganzen Reihe von Hindernissen nicht in nachhaltiges Verbraucherverhalten umgesetzt. Dazu zählen Verfügbarkeit, Erschwinglichkeit, Bequemlichkeit, Produktleistungen, widersprüchliche Prioritäten, Skepsis und die Macht der Gewohnheit. Aber die Verbraucherentscheidungen haben den Handel mit ökologischen und energieeffizienten Produkten sowie die Schaffung von Geschäftsmodulen und innovative Technologien stark beflügelt.

Bereiche, in denen nachhaltiger Konsum gefördert werden kann

Durch nachhaltiges Konsumverhalten werden Kohlendioxidemissionen deutlich reduziert (z.B. durch Energiesparlampen, Waschen bei niedrigeren Temperaturen, weniger Verzehr von Fleisch, das Pflanzen von Bäumen oder Autos mit niedrigem Treibstoffver-



brauch). Solches Handeln spart nicht nur Geld, es ist auch schneller und leichter verfügbar als viele so genannte große technische Lösungen. Nachhaltiger Konsum hat zudem das Potential, der Armutsbekämpfung zugute zu kommen. Die Nutzung erneuerbarer Ressourcen wie Biomasse oder Solarenergie kann die Armen unabhängiger von den nicht erneuerbaren Energieformen machen. Die Armen darin zu unterstützen, zu konsumieren und dabei Energieverschwendung zu vermeiden, kann ihnen dabei helfen, ihr begrenztes Einkommen wesentlich effektiver zu verwenden.

Mobilität (Auto- und Luftverkehr, einschließlich Urlaubsreisen), Nahrung (Fleisch und Milchprodukte vor anderen Produkten) und der Energieverbrauch im und ums Haus (Heizung, Klimaanlage und Energie verbrauchende Geräte) sowie Hausbau und Abriss verursachen in den meisten Kategorien von Umweltwirkungen zusammen 70-80 Prozent der Umweltbelastungen innerhalb eines Lebenszyklus in der Gesellschaft. Die Entscheidung für organische, saisonale und lokale Lebensmittel und die Reduzierung des Verzehrs von Fleisch und Milchprodukten bieten die Möglichkeit, sowohl die eigene Gesundheit zu fördern als auch die klimatischen Folgen der Nahrungsmittelherstellung zu vermindern. Die Stärkung des Bewusstseins und Aufklärung von Haushaltsvorständen, damit diese in ihrem Heim Energie sparen können, ist ein natürlicher und leichter Weg. Die Verbraucher müssen dazu ermutigt werden, die öffentlichen Verkehrsmittel stärker zu nutzen, wodurch wiederum Energie gespart und Emissionen reduziert werden können.

Lebensqualität versus nachhaltiger Konsum

Viele Menschen haben ihre Zweifel, ob wir unsere Wirtschaft weiterhin auf das Paradigma des Wachstums stützen können, um eine gute Lebensqualität zu sichern, oder vielmehr den Konsum einschränken sollten, was unter anderem dem Prinzip, dass Menschen ihr Leben nach eigenen Wünschen frei gestalten können, der Vorstellung der Verbrauchersouveränität sowie dem Konzept der freien Marktwirtschaft zuwiderläuft. Bessere Lebensqualität und Glückseligkeit sind sachgemäß nicht an materiellen



© TIM Caspary/pixelio.de

Konsum gebunden. Es gibt Möglichkeiten, Konsummuster indirekt zu beeinflussen ohne Verlust an Lebensqualität, ja sogar mit Verbesserungen dieser.

Zukünftig werden Leistungen, die auf Nachhaltigkeit beruhen und gleichzeitig als Mehrwert erkannt werden, eine immer wichtigere Rolle bei Verbraucherentscheidungen spielen. Dazu brauchen die Konsumenten einfache und relevante Informationen darüber, wie sie nachhaltig entscheiden können, über die Preisgestaltung, Werbung, Kennzeichnung und die Medien. Verbraucher können dazu ermutigt werden, sich nachhaltiger zu verhalten, ohne ihre Lebensqualität einzuschränken. Ihnen wird eine größere

Verantwortung zukommen und sie müssen danach streben, Entwicklung nachhaltiger zu gestalten – wirtschaftlich, sozial und im Bezug auf die Umwelt. Indem wir jetzt gemeinsam handeln, werden wir die Welt zu einem besseren und sichereren Ort für die künftigen Generationen machen.

Chuanrong Wang arbeitet als Country Coordinator für China beim UNEP/Wuppertal Institute Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production (CSCP).

Übersetzung: Hella Schneider.

Rosie Agoi

„Wir sind auf dem richtigen Weg“

Rosie Agoi von der Ugandischen UNESCO-Kommission über erfolgreiche Ansätze nachhaltiger Entwicklung in Afrika.

Welche Rolle spielt Nachhaltigkeit in der Entwicklungspolitik Ugandas?

Nachhaltigkeit ist ziemlich wichtig. Die Entwicklungspolitik zielt darauf ab, Ressourcen zu erhalten, besser zu nutzen und dabei die Umwelt zu schützen. Das soll auf einer langfristigen Basis passieren, so dass zum einen die jetzige Generation ihre Bedürfnisse befriedigen kann. Zum anderen müssen künftige Generationen die gleiche Möglichkeit haben, wiederum ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Das Thema Nachhaltigkeit spielt auch beim Nationalen Entwicklungsplan eine wichtige Rolle. Dort geht es zum Beispiel darum, wie wichtig Bildung ist. Ohne Bildung gibt es keine öffentlichen Güter und nur mit denen kann es nachhaltiges Wachstum und soziale Veränderung geben.

Was sind dabei die zentralen Aspekte?

Besonders wichtig ist es, das Bildungssystem insgesamt zu verbessern. Alle brauchen einen Zugang zu einer guten Grundbildung. Die Neuorientierung von bestehenden Bildungsprogrammen gehört auch dazu. Dann müssen wir das öffentliche Verständnis für nachhaltige Entwicklung insgesamt stärken.

In welchen Bereichen ist nachhaltiges Handeln ausgeprägt, wo fehlen entscheidende Impulse?

Vor allem bei Programmen zum Kompetenzerwerb und -training kann man sehen, wie Vermittlung von nachhaltigem Handeln gut funktionieren kann. Außerdem haben wir viele Umweltprojekte an Schulen, die sehr erfolgreich sind. Es gibt

aber leider viel mehr Bereiche, in denen wir noch einiges tun müssen. Dazu gehören neben der Bildung ganz sicher die Verbesserung der Lebensverhältnisse und die Bekämpfung von Armut. 30 Prozent der Ugander leben unter der Armutsgrenze. Dazu haben wir ein jährliches Bevölkerungswachstum von 3,3 Prozent. Eine nachhaltige Agrarwirtschaft wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen bei den Überlegungen auch berücksichtigen, dass immer mehr ungeplante Ballungszentren entstehen, auch in ländlichen Regionen. Wir brauchen nachhaltige Lösungen für Probleme wie den sanitären Verhältnissen und der damit zusammenhängenden Verbreitung von Cholera und Hepatitis E. Auch die Bekämpfung von HIV ist immer noch eine wichtige Aufgabe. Uganda ist ein Binnenstaat, alle Ressourcen teilen wir



Nillandschaft in Uganda

uns mit anderen Ländern: Wasser, Berge, Wälder, Nationalparks und Wildtierreservate. Ganz besonders wichtig ist es deswegen für unser Land, ein gutes und grenzüberschreitendes Management für natürliche Ressourcen zu haben. Ein weiterer Bereich ist die Ölförderung und Ölproduktion, dort ist das Thema Nachhaltigkeit noch nicht angekommen.

Welche konkreten Projekte gibt es?

Schulen schließen sich zusammen, um ihre Umgebung zu begrünen oder den Müll besser zu managen. Sehr erfolgreich ist auch ein Projekt, in dem Kinder selbst Seife herstellen, das ist im Bereich ökonomische Nachhaltigkeit. In der Lake Victoria Youth Cooperation haben

sich mehrere Naturschutzclubs von Sekundarschulen um den Victoriasee zu gemeinsamen Aktionen zusammengeschlossen. Die Nichtregierungsorganisation CECOD (Conservation Efforts for Community Development) hat zusammen mit dem dänischen Outdoor Council in Westuganda ein Programm gestartet, das sich direkt an Grundschulkindern richtet. Inzwischen gibt es in fünfzehn Schulen Lernprojekte im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Andere Projekte stellen Kochherde bereit, die weniger Energie verbrauchen, damit weniger Kosten verursacht werden und die Umwelt schonen. Um Energie zu sparen geht es auch bei Solaranlagen, die Bewohner von Serwanga Lwanga im Kalangala Distrikt im Victoriasee nutzen. Neu angelegte Wälder reduzieren die Entwaldung und fördern die Biodiversität. Die ugandische christliche Universität Mukono bereitet ihr Abwasser auf. In Bishop Kihangire fangen die Menschen Regenwasser auf und benutzen es zum Wäschewaschen. Damit sparen sie viele Liter Wasser ein. Ein Programm im Bereich CSR (Corporate Social Responsibility) der Standard Chartered Bank hat zum Ziel, Malaria zu bekämpfen. In Zusammenarbeit mit der Kirche von Uganda hat die Bank dafür schon 100.000 Moskitonetze verteilt. Es gibt noch viele Beispiele für gute Initiativen. Mit solchen Projekten sind wir auf jeden Fall auf dem richtigen Weg.

Partnerschaftsprogramm mit afrikanischen UNESCO-Nationalkommissionen

Im Jahr 2008 rief die Deutsche UNESCO-Kommission mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes ein Partnerschaftsprogramm mit afrikanischen Nationalkommissionen ins Leben. Im Rahmen dieses Programms wurden Capacity-Building-Workshops in Afrika durchgeführt, auf denen die Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) ein wichtiges Thema war. Afrikanische Nationalkommissionen stellten Beispiele der BNE aus ihren Ländern vor, erklärten nationale Strategien zur Umsetzung der Dekade, tauschten sich mit deutschen BNE-Experten aus und entwickelten gemeinsame Projekte. Im Jahr 2010 lag der Schwerpunkt der Workshops auf

Post-Conflict-Ländern. Eine besondere Herausforderung ist es hier, arbeits- und perspektivlosen Jugendlichen Kompetenzen für eine eigenständige Lebensgestaltung zu vermitteln. Hier setzt das STEP-Programm (Student Training for Entrepreneurial Promotion) der Universität Lüneburg an. Es vermittelt Kenntnisse zur Unternehmensgründung an Universitätsabsolventen, um sie zur Selbstständigkeit zu ermutigen. Damit können die Absolventen nicht nur Arbeitsplätze für sich, sondern auch für andere schaffen. In Uganda wird das Programm bereits durchgeführt und auch jetzt unter anderem in Liberia mit Unterstützung der Deutschen UNESCO-Kommission umgesetzt.

Impressum:

UNESCO heute

(ISBN 978-3-940785-23-7)

Herausgeber:

Deutsche UNESCO-Kommission e.V.

Colmantstraße 15,

53115 Bonn

Tel.: +49 (0) 228 6 04 97-0

Fax: +49 (0) 228 6 04 97-30

E-Mail: sekretariat@unesco.de

Internet: www.unesco.de

www.bne-portal.de

Redaktion:

Dr. Alexander Leicht (verantwortlich),

Katja Korf, Ulrike Schwarzberg, Samera Zagala, Farid Gardizi

UNESCO heute wird vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland unterstützt.

Redaktionelle Kürzungen, Bildauswahl, Überschriften und Veröffentlichung der eingesandten Artikel bleiben der Redaktion vorbehalten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Erscheint fortlaufend. Bezug und Abdruck frei.

Quellenangabe: UNESCO heute. Belegexemplare erbeten.

Kostenlose Abonnements an Privatanschriften werden auf ein Jahr befristet.

Layout und Satz: MediaCompany GmbH, Astrid Ostrowicki

Druck: Medienhaus Plump

Auflage: 6.000

Foto Titelseite: © Anton Balazh - Fotolia.com

Foto Rückseite: © UNESCO / Pascal Maître

UNESCO heute wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Stand: Februar 2011

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über

<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Organisation der
Vereinten Nationen für
Bildung, Wissenschaft,
Kultur und Kommunikation

Deutsche
UNESCO-Kommission e.V.



ISBN 978-3-940785-23-7